

28. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Juli 2009, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 2180

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur
**Eingabe betr. "Geplanter Altweg zur Rappinalm
über die sog. Walchgrabenstraße"** (UG. 0059.16)
(s. a. Anlage 1) (Aussprache siehe Plenarprotokoll
16/27)..... 2180

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger,
Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion
(FW)

**Verbot aller Zusatzstoffe, die nachgewiesener-
maßen krebserzeugend sind, im Verdacht ste-
hen, Krebs zu erzeugen, durch den Verbren-
nungsvorgang im Zigarettenrauch krebserzeu-
gende Substanzen entstehen lassen oder zur
Suchtentwicklung beitragen (geänderte Drs.)**
(Drs. 16/1835)

Dr. Karl Vetter (FW).....	2180	2182
Tobias Thalhammer (FDP).....		2181
Dr. Thomas Zimmermann (CSU).....		2182
Sabine Dittmar (SPD).....		2183
Theresa Schopper (GRÜNE).....		2184
Thomas Dechant (FDP).....	2185	2186
Kathrin Sonnenholzner (SPD).....		2186
Hubert Aiwanger (FW).....	2186	2188
Thomas Kreuzer (CSU).....		2187
Maria Scharfenberg (GRÜNE).....		2188
Staatssekretärin Melanie Huml.....		2189

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2)..... 2189

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 2191

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Sammelvorladungen von abgelehnten chinesi-
schen Asylbewerberberinnen und -bewerbern
sofort einstellen (Drs. 16/1836)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Dr.
Andreas Fischer, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)
**Anhörungen zur Identitätsklärung chinesischer
Flüchtlinge (Drs. 16/1847)**

Renate Ackermann (GRÜNE).....	2190	2192
		2194 2199
Staatsminister Joachim Herrmann.....	2191	2192
	2194	2200 2202
Maria Scharfenberg (GRÜNE).....		2192
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	2194	2196
Margarete Bause (GRÜNE).....	2195	2202
Petra Guttenberger (CSU).....	2196	2198
Markus Rinderspacher (SPD).....	2197	2198
		2199 2200
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW).....	2199	2202

Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 16/1847...
2203

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlich-
keitsantrag 16/1836 (s. a. Anlage 3)..... 2203

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 2208

Dringlichkeitsantrag der Abg.
Thomas Hacker, Renate Will, Dr. Annette Bulfon u.
a. und Fraktion (FDP),
Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a.
und Fraktion (CSU)
**Erleichterte Zugangsbedingungen zur Jahr-
gangsstufe 10 des Mittlere-Reife-Zuges**
(Drs. 16/1837)

Renate Will (FDP).....	2203
Martin Güll (SPD).....	2204
Eva Gottstein (FW).....	2205 2208
Thomas Gehring (GRÜNE).....	2206
Walter Taubeneder (CSU).....	2206
Staatssekretär Dr. Marcel Huber.....	2207 2208
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	2207

Beschluss..... 2208

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer und Fraktion (FDP)

Polizeibeamte besser schützen (Drs. 16/1838)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD)

Rechtsschutz für Polizeibeschäftigte verbessern! (Drs. 16/1848)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion (FW)

Mehr Fürsorge und Schutz für Bayerns Polizeibeamtinnen und -beamte (Drs. 16/1849)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bessere Unterstützung und Prävention bei Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte (Drs. 16/1850)

Christian Meißner (CSU).....	2209
Harald Schneider (SPD).....	2210
Joachim Hanisch (FW).....	2211
Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	2212
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	2214
Staatsminister Joachim Herrmann.....	2215

Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/1838..... 2216

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/1848... 2216

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/1849..... 2216

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/1850..... 2216

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)

Bundesratsvotum (Drs. 16/1839)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Befassung des Landtags bei Entscheidungen im Bundesrat - Änderung des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union nicht im Schnellverfahren (Drs. 16/1851)

Dr. Linus Förster (SPD).....	2217	2222
Dr. Martin Runge (GRÜNE).....	2218	2223 2225 2227
Eberhard Sinner (CSU).....	2220	2222 2223 2227
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW).....		2223
Dr. Annette Bulfon (FDP).....	2225	2226
Staatsministerin Emilia Müller.....		2226

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/1839... 2227

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/1851 in geänderter Fassung..... 2227

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FW)

Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte wieder bereitstellen (Drs. 16/1840)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 2228

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon - Änderung des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union nicht im Schnellverfahren (Drs. 16/1841)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FW)

Begleitgesetz zum Vertrag von Lissabon - Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon vom 30. Juni 2009 (Drs. 16/1852)

Verweisung in den Bundesangelegenheitenausschuss 2228

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion (FW)

Unzureichende Lösung des Gesetzes des Bundestags zu den Feuerwehrführerscheinern (Drs. 16/1842)

Verweisung in den Kommunalausschuss 2228

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Offensive für Grundschulen (Drs. 16/1843)

Verweisung in den Bildungsausschuss 2228

Ferienwünsche

Präsidentin Barbara Stamm..... 2228

Franz Maget (SPD)..... 2229

Staatsminister Martin Zeil..... 2231

Schluss der Sitzung..... 2232

(Beginn 9.01 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße alle diejenigen, die pünktlich um 9.00 Uhr zur Sitzung erschienen sind. Denen zuliebe fangen wir auch pünktlich an, damit wir bald zu einem Ende kommen.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 28. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

(Unruhe)

Vielleicht können wir uns dort hinten etwas beruhigen. Dann können wir nämlich ungestört mit der Tagesordnung fortfahren.

Ich gebe das Ergebnis der gestern Abend durchgeführten namentlichen Abstimmung zur Eingabe betreffend "Geplanter Almweg zur Rappinalm über die sogenannte Walchgrabenstraße" bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 29.

Mit Ja haben gestimmt 103, mit Nein 45, Stimmenthaltungen zwei. Damit ist dem Votum des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 26:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FW)

Verbot aller Zusatzstoffe, die nachgewiesenermaßen krebserzeugend sind, im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen, durch den Verbrennungsvorgang im Zigarettenrauch krebserzeugende Substanzen entstehen lassen oder zur Suchtentwicklung beitragen (geänderte Drs.) (Drs. 16/1835)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat das Wort Herr Dr. Karl Vetter. Bitte schön, Herr Dr. Vetter.

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Guten Morgen! Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mir erlauben, uns alle heute ein bisschen aufzuwecken. Ich beginne martialisches: Gestern haben aus meiner Sicht der Nichtrau-

cherschutz und die Gesundheitsprävention eine Schlacht verloren, aber nicht den ganzen Krieg.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich hoffe, Kolleginnen und Kollegen, dass es uns mit dieser gestrigen Entscheidung des Bayerischen Landtags nicht so geht wie mit der vor zehn bis 15 Jahren nach der Kienbaum-Studie zum Schulsport getroffenen Entscheidung, unter der wir nach wie vor zu leiden haben. Ich glaube auch nicht, dass dies so lange Auswirkungen haben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Rauchen nicht nur die individuelle Gesundheit schädigt, sondern in Deutschland auch einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 17 Milliarden Euro jährlich verursacht, haben wir in den letzten Wochen und Monaten ausführlich besprochen. Nach wie vor - und das ist der Grund für unseren Antrag - ist jedoch der hohe Raucheranteil bei den Jugendlichen und auch schon bei den Kindern erschreckend. In Bayern haben wir mehr als eine halbe Million jugendliche Raucherinnen und Raucher. Das durchschnittliche Einstiegsalter beim Rauchen liegt derzeit bei 13,5 Jahren mit weiter fallender Altersgrenze.

Ein Verbot von Zusatzstoffen - das ist auch uns klar - macht das Rauchen nicht gesund. Rauchen bleibt auch ohne Zusatzstoffe ungesund. Aber wir meinen, gegen Irreführung und Täuschung muss man sich entschieden verwahren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist einfach gefährlich, wenn durch verfälschten Geschmack oder kühlende Effekte Zigaretten genießbarer gemacht oder tiefer inhaliert werden. Dabei ist ein Großteil der Substanzen letztlich, wenn man unabhängigen Wissenschaftlern glauben darf, noch nicht auf seine krebserregende Wirkung bei der Tabakverbrennung eingehend untersucht. Aber auch Zusatzstoffe, die erwiesenermaßen krebserregend sind, werden weiterhin zugegeben.

Meine Damen und Herren, warum werden Zusatzstoffe erst untersucht, für schädlich befunden und trotzdem weiter in den Tabak gemischt? Kann man noch offensichtlicher signalisieren, dass die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger hinter wirtschaftlichen Interessen steht?

Kolleginnen und Kollegen, hier muss die Politik endlich tätig werden, wenn es anders schon nicht möglich ist. Auch die Anti-Tabak-Politik der Bundesregierung ist sehr widersprüchlich. Erst wird die Tabaksteuer erhöht.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

- Ja, ich glaube, die Diskussion geht Gott sei Dank - so muss ich sagen - durch alle Fraktionen, und ich habe auf den Gängen den Eindruck gewonnen, dass sie sehr wohl auch durch die Fraktionen der CSU und der FDP geht. Das ist auch gut so.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW))

Der Kampf geht weiter.

Wie gesagt, die Anti-Tabak-Politik der Bundesregierung ist sehr widersprüchlich. Erst wird die Tabaksteuer erhöht, um die Zahl der Raucher zu senken. Wenn dann die Steuereinnahmen ausbleiben, weil die Menschen weniger rauchen, ist die Gesundheit plötzlich nicht mehr so wichtig, und die nächste Tabaksteuererhöhung wird ausgesetzt.

Bereits 2005 bei der bayerischen Konferenz für rauchfreie Krankenhäuser ging der damalige Staatsminister Dr. Werner Schnappauf auf die Debatte um Zusatzstoffe in Zigaretten ein. Er stellte richtig fest, dass Zusatzstoffe ein besonders rücksichtsloses Instrument des Marketings sind. "Sie führen nämlich zu einer besseren Inhalierbarkeit des Zigarettenrauchs und zu einer erhöhten Aufnahme des suchtbegründeten Nikotins." - Ich habe zitiert.

Staatsminister Dr. Schnappauf forderte damals neben der Verordnung, die seit November 2002 die Veröffentlichung einer Liste der Inhaltsstoffe in Tabakprodukten vorschreibt, auch eine Liste, in der die Gründe für die Hinzufügung der Zusatzstoffe zu den Tabakerzeugnissen erläutert werden. Ich wiederhole: eine Liste, in der die Gründe für die Hinzufügung der Zusatzstoffe zu den Tabakerzeugnissen erläutert werden. Das möchte ich nicht weiter kommentieren.

Kolleginnen und Kollegen, eine Liste von Zusatzstoffen ist meines Erachtens letztlich keine geeignete Maßnahme, um dem Problem des Rauchens entgegenzutreten. Das schreckt niemanden vom Rauchen ab.

Wir diskutieren schon seit Monaten über den Nichtraucherschutz. Entscheidend bleiben - und das ist der Grund, warum wir den Antrag heute gestellt haben - doch Maßnahmen zur Prävention. Jeder von uns wünscht sich doch, dass seine Kinder und Enkel niemals zu Rauchern werden. Trotzdem wurden immer wieder Entscheidungen getroffen, die es begünstigen, zur Zigarette zu greifen.

Ich fordere die Regierung deshalb auf, sich auf die Jugendlichen und Kinder zu konzentrieren und zu verhin-

dern, dass Mädchen und Jungen immer früher das Rauchen beginnen, sowie endlich konsequent auf die Bundesregierung einzuwirken, dass alle Zusatzstoffe, die nachgewiesenermaßen krebserzeugend sind, und auch die, die im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen, sowie alle Zusatzstoffe, die durch den Verbrennungsvorgang im Zigarettenrauch krebserzeugende Substanzen entstehen lassen und/oder zur Suchtentwicklung beitragen, endlich dauerhaft verboten werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle stolz auf das Reinheitsgebot für Bier, das von Bayern ausgegangen ist. Warum soll es uns nicht unter Mithilfe aller hier im Landtag versammelten Fraktionen und Gruppierungen gelingen, ein Reinheitsgebot für Zigaretten zu erreichen, das dann bundesweite Auswirkungen hat? Ich könnte mir das gut vorstellen.

Kolleginnen und Kollegen, das Nichtrauchen muss in Zukunft als gesellschaftliche Normalität gelten und das Rauchen als gesellschaftliche Normalität ablösen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wählern)

Ich denke - und da spreche ich jetzt für mich und für einen Teil der Freien Wähler, wir haben es ja gestern miterlebt -, dass dem Landtag gestern die göttliche Eingebung gefehlt hat. Ich persönlich hoffe auf das Volksbegehren der ödp, auf den Bürgerentscheid und auf Europa. Aber vielleicht können Sie sich heute zumindest dazu durchringen, einen Schritt im Sinne unseres Antrags zu gehen und uns dabei zu unterstützen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Dr. Vetter, bleiben Sie bitte noch am Pult. Kollege Thalhammer hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Guten Morgen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Vetter, ich finde Ihr Ansinnen sehr ehrenwert. Aber Sie stellen diesen Antrag nicht allein als Person, sondern als Fraktion der Freien Wähler. Waren denn die Freien Wähler nicht als Gruppierung unter dem Deckmantel einer Partei diejenigen, die sich im Landtagswahlkampf intensiv für die Raucher eingesetzt haben? Wenn das so war, wieso kommt dann jetzt so ein Antrag? Sagen Sie doch einfach, dass Sie sich von Ihren Wahlkampfzielen zu 180 Prozent verabschiedet haben. Und schieben Sie jetzt doch nicht den Kinder- und Jugendschutz vor!

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dr. Vetter, Sie haben das Wort.

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Leider ist die gestrige Entscheidung, die Raucher zu schützen, eigentlich zugunsten der FDP gefallen. Die CSU wollte das gar nicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Was haben Sie im Wahlkampf gesagt?)

- Wir haben im Wahlkampf tatsächlich nie einem Verbot des Rauchens das Wort geredet. Das wollen wir auch heute nicht. Ich persönlich rauche gern einmal eine Zigarre, natürlich ohne jemanden zu belästigen. Aber was wir heute wollen, ist, dass Zusatzstoffe in Zigaretten verboten werden, die die Leute süchtig machen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Zimmermann das Wort.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich habe heute Nacht schlecht geschlafen. Oder haben mich die Pressemeldungen von heute Morgen so verwirrt, dass ich langsam den Duktus des Antrags der Freien Wähler überhaupt nicht mehr nachvollziehen kann?

Lieber Kollege Vetter, ich muss die Struktur meines Redebeitrags etwas verändern. Ich dachte nämlich, dass Herr Aiwanger als Vorsitzender der Wählerversammlung diesen Antrag erklärt. Ich war hierauf deswegen eingestellt, weil ich mich gut an eine Veranstaltung erinnere, die am 1. Juni vergangenen Jahres zu Füßen der Bavaria stattgefunden hat. Herr Aiwanger, Sie erinnern sich doch noch daran? Auch ich erinnere mich noch zu gut daran. Frau Kollegin Schopper, auch Sie waren dabei. Auch Sie stehen sicher noch unter dem Eindruck dieser doch sehr interessanten Veranstaltung.

(Hubert Aiwanger (FW): Ich war für die Lockerung, Sie waren dagegen! Gestern haben Sie mit uns gestimmt!)

- Ich werde heute in der Presse immer wieder als Abweichler tituliert. Aber ich bin nicht abgewichen. Es sind andere, die abgewichen sind. Ich habe die Position von Anfang an vertreten.

Herr Kollege Aiwanger, ich erinnere mich noch zu gut an Ihre Ausführungen an dem historischen Ort zu Füßen der Bavaria. Ich muss Ihnen ganz ehrlich eines sagen: Sie waren damals der Meinung, dadurch punkten zu können, dass sich die Freien Wähler da hinge-

stellt und irgendwelche Gschichtln erzählt haben. Am Schluss haben Sie wieder den gleichen Unsinn gesagt. Das war schon vor einem Jahr. Für mich ist das nicht neu.

Lieber Kollege Vetter, es tut mir furchtbar leid. Wenn ich gewusst hätte, dass wir zwei uns auf einer Fachebene hätten unterhalten können, dann hätte ich Ihnen diesen Moment erspart. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Letztendlich ist es eine Frechheit, einen solchen Antrag nach einer sehr vernünftigen, ruhigen, sachlich geführten Debatte zum Thema Nichtrauchererschutz heute einzubringen. Sie haben wohl Fracksausen gekriegt, weil Sie plötzlich merken, dass Sie dort nicht dabei waren, wo man vernünftig gesundheitspolitische Überlegungen anstellen konnte.

(Hubert Aiwanger (FW): Lesen Sie es doch einmal nach! Wir reden schon ewig darüber, die krebserregenden Zusatzstoffe zu verbieten!)

- Herr Kollege Aiwanger - -

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW) und anderer Abgeordneter der Freien Wähler)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, Sie haben jetzt nicht das Wort. Ich habe Sie jetzt lange mit Ihren Zwischenrufen ausreden lassen. Jetzt bitte ich Sie, dem Redner Dr. Zimmermann Aufmerksamkeit zu schenken.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Aiwanger, Sie geben vor, Sie hätten eine Schlacht verloren. Ihr Wählerverein war ganz wesentlich daran beteiligt, dass die Entwicklung so gekommen ist. - Jetzt lachen Sie noch.

Eine kleine Nachlese zu gestern sei mir gestattet. Das Thema ist sowieso nicht viel wert. Aber hätten Sie die Position des Kollegen Vetter, die Sie heute vertreten, vernünftigerweise schon damals vorgetragen - -

(Zurufe von den Freien Wählern)

- Aber Sie waren doch ein ganz wesentlicher Motor. Sie haben die Bürger durcheinandergebracht, was den Nichtrauchererschutz anlangt. Das war ähnlich wie bei den Freien Demokraten. - Herr Kollege Bertermann, da kann ich Sie nicht ausnehmen. Auch Sie waren ja bei dieser Veranstaltung, haben sich aber Gott sei Dank nicht zu Wort gemeldet.

Wissen Sie, die Haltung der Freien Demokraten zum Thema Nichtrauchererschutz verstehe ich überhaupt nicht.

(Zuruf: Reden Sie doch einmal zur Sache!)

Gerade dieser Antrag zeigt ganz klar auf, dass die Zusatzstoffe abhängig machen, unfrei machen. Also ist das Rauchen unliberal. Dass Sie als Liberale sich dafür einspannen lassen, den wichtigen Nichtraucherschutz abzulehnen, ist mir nicht klar. Sie können den Antrag vergessen.

(Hubert Aiwanger (FW): Sie sind also weiterhin dafür, dass suchststeigernde Stoffe beigemischt werden? - Weiterer Zuruf von den Freien Wählern: Menthol!)

- Was ist denn im Tabak alles drin? Es gab mal einen Bundeskanzler, der den Tabak mit Menthol rauchen wollte. Aber das ist nur eine Nebensache. Wichtiger ist, dass im Tabak Acethylaldehyd enthalten ist. Das ist ein Zwischenprodukt bei organischen Synthesen. Wenn der Tabak Hitze ausgesetzt wird, findet ein Oxidationsprozess statt. Dabei entstehen neue Stoffe. Wie wollen Sie diese im Voraus heraushalten? Das ist doch ein Schmarren, es sei denn, Sie rauchen ohne Feuer. Das machen vielleicht welche. Im Cafe Hag in München gibt es auch Schokoladenzigaretten.

Was ist denn im Tabak enthalten? Da ist Ammoniak in großer Menge drin. Dieses ist beispielsweise in Putzmitteln enthalten. Was macht Ammoniak? Es reizt schon in geringer Konzentration die Augen. Deswegen ist das Rauchen für Nichtraucher, die dem Rauch ausgesetzt sind, auch so unangenehm. Aber die Interessen der Nichtraucher verfolgen Sie ja in keiner Weise.

Es ist aber noch etwas anderes, sehr Entscheidendes drin: Arsen. Wissen Sie, worin Arsen noch enthalten ist? - Im Rattengift!

(Hubert Aiwanger (FW): Deshalb muss das heraus! Aber Sie stimmen gegen unseren Antrag!)

Wir müssten einen Antrag machen, in dem all die 98 Stoffe aufgeführt sind, die beim Rauchen entweder entstehen oder induziert werden. Diese Stoffe sind zu verbieten. Das müsste von der Bundesregierung ausgehen. So ist ja Ihr Antrag.

(Zuruf von den Freien Wählern)

- Dann hören Sie doch auf zu rauchen! Das ist doch gesundheitsschädlich!

Sie werden sehen, diese Stoffe werden selbstverständlich weiterhin im Gespräch bleiben. In absehbarer Zeit wird es wieder um den Nichtraucherschutz gehen, auch in der Bevölkerung. Dazu werden politische Entscheidungen erforderlich sein. Sie werden es sehen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Sabine Dittmar das Wort.

Sabine Dittmar (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, mir ging es ähnlich wie Herrn Dr. Zimmermann. Nach dem Redebeitrag der Freien Wähler in der gestrigen Plenardebatte war ich sehr erstaunt, als ich diesen Antrag las.

Natürlich haben Sie recht, Herr Aiwanger und Herr Dr. Vetter, wenn Sie die Tabakwarenhersteller wegen der Zusatzstoffe rügen. Das stimmt alles. Während des Verbrennungsvorgangs sublimieren und verdampfen die Stoffe. Sie sind gesundheitsschädigend, vor allem kanzerogen. Es ist richtig, dass die Aromastoffzusätze den Jugendlichen das Rauchen schmackhafter machen sollen.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich meiner Fraktion empfehlen sollte, diesem Antrag zuzustimmen. Wir werden zustimmen, weil auch die Deutsche Krebsgesellschaft diese Forderung stellt.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Aber die Deutsche Krebsgesellschaft fordert in einem Atemzug auch den konsequenten Nichtraucherschutz. Dem haben Sie sich gestern verweigert.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat dieser Antrag für mich Feigenblattcharakter. Man kann nicht das eine tun und das andere lassen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

- Herr Aiwanger, Sie haben ein Mikrofon hinter sich. Melden Sie sich zu einer Zwischenintervention, dann können wir diskutieren, aber jetzt lassen Sie mich meine Rede halten.

Nur auf ein Verbot von Zusatzstoffen hinzuwirken und dabei nicht gleichzeitig und in aller Deutlichkeit auf die kanzerogenen Eigenschaften der Grundsubstanz des Tabaks, auf die neurotoxischen und auf die bluttoxischen Wirkungen für den Raucher und für den Nichtraucher hinzuweisen, ist einfach zu kurz gegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Bei langjährigen Raucherinnen und Rauchern erwecken Sie mit dem Verbot der Zusatzstoffe noch das Scheingefühl, dass sie eine gesunde Zigarette rauchen. Auch in unverfälschtem Tabak - Herr Dr. Zim-

mermann hat es ausgeführt - finden Sie eine unüberschaubare Fülle von krebserregenden Substanzen. Das fängt bei Kadmium an und geht weiter über Benzol und Teerpartikel bis hin zu den Nitrosaminen. Auch wenn Sie Menthol verbieten, weil dann das Rauchen etwas schmerzloser ist, bleibt das Risiko für Mundboden-, Zungen- und Kehlkopfkrebs. Genauso bleibt das Risiko für Herzinfarkt, Schlaganfall, Arteriosklerose und koronare Herzkrankheiten. Sie sollten nicht vergessen: Nicht die Geschmacks-, Zusatz- und Aromastoffe sind für die Abhängigkeit die entscheidenden Inhaltsstoffe; der entscheidende Stoff, der die Sucht auslöst, ist und bleibt das Nikotin. Punktum.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn die Tabakindustrie von den 90 kanzerogenen Stoffen, die bekannt sind, einen Teil eliminiert, wird das Rauchen von Zigaretten um keinen Deut gesünder.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie zur Kenntnis: Ein bisschen gesundheitsschädigend, ein bisschen krebserregend gibt es genauso wenig wie ein bisschen schwanger.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie konsequent das Verbot kanzerogener Stoffe - das sind die originären Bestandteile des Tabaks und die Zusatzstoffe - fordern, dann müsste dies letztendlich zu einem Verbot der Zigaretten führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können die Raucherinnen und Raucher nicht zu ihrem rauchfreien Glück zwingen. Es liegt in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen, ob er raucht und ob er seine Gesundheit weiter schädigt oder nicht. Das muss ich als Medizinerin zähneknirschend hinnehmen. Aber was ich als Parlamentarierin nicht hinnehmen muss, ist, dass wir hier in diesem Gremium die Möglichkeiten, die wir mit der Gesetzgebung haben, nämlich zig Millionen Nichtraucher und Beschäftigte in der Gastronomie vor dem Tabakrauch und dessen kanzerogenen Eigenschaften zu schützen, nicht nutzen. Das kann ich hier ganz deutlich kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Diese Chance wurde gestern hier im Plenum vertan, und zwar mit Hilfe Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

Wir hätten die Gelegenheit zu einer präventiven Gesundheitspolitik gehabt. Sie haben sich verweigert. Sie haben die Chance vorbeigehen lassen. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, aber er ist halbherzig und scheinheilig und nur ein Zuckerl für Ihre Gesundheitspolitiker.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich darf Ihnen mitteilen, dass zu diesem Dringlichkeitsantrag von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Unruhe)

- Wenn wir uns beruhigt haben, können wir fortfahren.

Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Theresa Schopper das Wort. Bitte schön, Frau Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Danke schön. - Gestern, als es um das Rauchverbot ging, waren die Freien Wähler mehrheitlich auf der Seite derer, die die Gesundheit der Menschen in Bayern aufs Spiel setzen. Heute gibt es die Salbe für die Gesundheitspolitiker. Das ist Ihre Politik. Sie haben einen politischen Kompass, der Sie in eine falsche Richtung führt, und Sie wissen nicht, was Sache ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der CSU)

Ihre Politik erinnert mich mehr an die Geschichte von Dr. Jekyll und Mr. Hyde als an Freie Wähler. Einmal sind Sie so, ein anderes Mal sind Sie so. In Ihrem Dringlichkeitsantrag steckt ein richtiges Anliegen, aber in dem politischen Kontext - das muss ich ganz ehrlich sagen - heben Sie bei mir keine Ehre auf. Es ist schändlich, wie Sie hier die politische Debatte führen. Sie tun so, als würden Sie Ihrem Wahlversprechen nachkommen. Ich kann mich sehr gut an die Veranstaltung von Herrn Dr. Zimmermann erinnern. Wir mussten uns beschimpfen lassen, und Sie haben gesagt, was Sie alles für die Freiheit und für die Raucher tun. In Sachen Gesundheit enthielt Ihre Argumentation kein Jota. Nur weil Sie Apfelschorle trinken, heißt das nicht, dass alle anderen gesund sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der CSU)

Richtig an Ihrer politischen Argumentation ist, dass eine Zigarette ein Sammelalbum von chemischen Verbindungen

dungen darstellt. 3.800 Verbindungen lauern in einer Zigarette, 200 davon sind giftig, 40 krebserregend. Bis zu 600 Zusatzstoffe werden hinzugefügt, um den Rauchern das Rauchen schmackhaft zu machen. Jeder hat ein Beispiel von Zusatzstoffen genannt. Ich nenne Ammoniak, welches die schnellere Aufnahme des Nikotins in den Blutkreislauf und ins Gehirn ermöglicht, wodurch die Raucher einen angenehmen Flash wahrnehmen. Zucker wird hinzugefügt und auch Menthol, damit der Schmerz beim Husten minimiert wird.

(Hubert Aiwanger (FW): Deshalb gehört es verboten!)

Wir haben schon im Jahr 2005 im Bundestag gefordert, die Liste aller Zusatzstoffe zu veröffentlichen und die kanzerogene Wirkung zu untersuchen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ihr Anliegen ist wichtig. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Unsere Fraktion schwankt zwischen Enthaltung und Zustimmung. Inhaltlich ist Ihr Anliegen richtig, aber bei der Art und Weise, wie Sie den Antrag einbringen, kann ich mir kaum verkneifen, gegen Ihren Antrag zu stimmen. Denn Sie erwecken heute den Eindruck, dass die Raucher, wenn sie schon rauchen müssen, eine gesunde Zigarette brauchen, und dass Sie der Garant dafür seien. Das aber glauben Sie doch selber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Deshalb werden einige von uns dem Antrag zustimmen, andere werden sich enthalten. Sie müssten sich im Grunde unter der Decke verstecken oder im Mauseloch verschwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat nun der Kollege Thomas Dechant das Wort.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist verständlich, dass dieses Thema zur allgemeinen Erregung beiträgt, aber wir sollten jetzt unsere Aufmerksamkeit dem nächsten Redner schenken. Bitte schön, Herr Dechant.

Thomas Dechant (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal lobe ich im Gegensatz zu allen anderen die Freien Wähler. Ich finde es positiv, dass so etwas grundsätzlich zum Thema gemacht wird. Ich hoffe, dass etwas davon nach außen dringt.

(Unruhe)

- Ruhe.

(Heiterkeit)

Ich hoffe auch, dass dadurch die Leute informiert werden, welche Inhaltsstoffe in Zigaretten sind, welche Stoffe süchtig machen usw. Ich muss mich aber auch der Feststellung meiner Vorredner anschließen, dass der Antrag am Thema vorbeigeht. Wir müssen eine allgemeine Diskussion führen, und wir müssen darauf achten, dass die Leute weniger rauchen. Das Thema Prävention wurde von Herrn Dr. Vetter angesprochen. Ich frage mich, warum Sie nicht in dem Antrag gefordert haben, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit die Leute informiert werden oder damit sie vom Rauchen abgehalten werden. Sie wollen lediglich Zusatzstoffe in Zigaretten verbieten und erwecken damit den Eindruck, dass dann das Rauchen nicht mehr gefährlich sei.

(Hubert Aiwanger (FW): Ach, geh!)

Darüber müssen Sie einmal nachdenken. Das könnte durchaus geschehen. Aufklärung an sich wäre gut. Eines sage ich auch noch: Verbote sind keine Lösung. Es gibt so viele gefährliche Sachen. Soll man bei schnellen Autos die großen Motoren verbieten,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja! Super!)

weil auch die gefährlich sind? Oder soll man - meine Herren, aufgepasst! - vielleicht bei kalter Witterung kurze Röcke verbieten? Wollen wir das wirklich?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch keine Lösung, etwas zu verbieten, nur weil es gefährlich ist. Soll man den Alkohol in Schnaps, Wein und Bier - das wäre die Konsequenz des Antrags der Freien Wähler - verbieten?

(Hubert Aiwanger (FW): Jawohl, alles raus!)

Es kann doch keine Lösung sein, alles zu verbieten. Wir haben dem Bürger gestern ein Stück Freiheit und ein Stück Verantwortung zurückgegeben.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich bin nicht bereit, heute dem Bürger wieder ein Stück Verantwortung zu nehmen. Jeder kann sich entscheiden, ob er Zigaretten kauft oder nicht, ob er etwas anderes raucht oder ob er das Rauchen gleich sein lässt. Herr Zimmermann, Frau Dittmar, Frau Schopper, Sie missbrauchen heute diesen Antrag, um die Debatte von gestern noch einmal aufzurollen. Das finde ich nicht gut.

Herr Aiwanger, eines muss ich Ihnen noch sagen: Sie sind heute so schön und so oft erwähnt worden. Ich möchte Sie in Schutz nehmen, weil Sie es manchmal halt so machen, dass Sie ihre Statements an das Publikum anpassen, und das ist manchmal auch ganz schön.

(Beifall bei der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Stimmt überhaupt nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dechant, bleiben Sie bitte am Rednerpult stehen; denn die Frau Kollegin hat sich für eine Zwischenintervention angemeldet. Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die Präsidentin hat den gestrigen Plenartag mit einer Sternstunde beschlossen. Herr Präsident, das ist ein echter Tiefpunkt, mit dem wir heute früh diese Debatte beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Dechant und Fraktion der FDP, die Scheinheiligkeit kann das erträgliche Maß auch übersteigen. Sie erzählen uns hier gerade von der Schädlichkeit des Rauchens und sagen, man solle nicht vorgaukeln, dass das nicht schädlich sei. Was haben Sie denn gestern die ganze Zeit getan?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Der Freistaat Bayern hat es Ihnen zu verdanken, dass in den Wirtschaften wieder geraucht werden darf. Jetzt versucht ein Teil der Freien Wähler, das, was gestern schiefgelaufen ist, wieder zu besänftigen nach dem Motto: Unter unserem breiten Mantel hat der ganze Freistaat Platz. Herr Aiwanger, das wird aber nicht funktionieren. Genau so funktioniert Politik nicht. Es funktioniert nicht so, dass ich mein Fähnchen am Mittwoch nach rechts und am Donnerstag nach links hänge und schaue, dass sich doch darin alle wiederfinden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Abgeordneten der CSU)

Es funktioniert auch nicht, Herr Aiwanger, dass Sie sagen, wir verböten die Zigaretten, weil die Aussage Ihres Antrages im Kern ist: Wir verbieten die Zigaretten. Hauptsache, in der Wirtschaft darf weiterhin geraucht werden, damit uns beim nächsten Mal die Gastwirte wieder wählen. Wir werden in diesem Freistaat den Menschen sagen, wie Sie hier Politik machen. Sie stellen einen Antrag, der darauf abzielt, die Bundesregierung aufzufordern. Wo sind Sie denn gewählt? Sie

sitzen hier. Sie treten bei den Bundestagswahlen nicht einmal an

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Abgeordneten der CSU)

und wollen jetzt hier den Schwarzen Peter, den Sie sich gestern hier eingefangen haben, auf diese Weise wieder loskriegen.

(Hubert Aiwanger (FW): Nein, nein!)

Auch das wird nicht funktionieren.

Mein letzter Satz: Das ist hier ein ernstes Thema. Ich finde es wirklich unverschämt, wie Sie das für Ihre ureigensten Interessen missbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Abgeordneten der CSU und den GRÜNEN - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dechant, die Intervention war zwar nicht an Sie gerichtet, aber Sie haben das Wort.

(Allgemeine Heiterkeit)

Thomas Dechant (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ja, doch - das stimmt so nicht: Die ersten zwei Sätze gingen an uns. Erst einmal möchte ich mich für das Koreferat bedanken; vielen herzlichen Dank! Ich sehe da keine Widersprüchlichkeit.

(Hubert Aiwanger (FW): Richtig!)

Wir von der FDP sind uns sehr wohl der Tatsache bewusst, dass Rauchen schädlich ist. Aber wir überlassen die Verantwortung dem Bürger selber. Wir wollen den mündigen Bürger, und wir wollen in diesem Land nicht alles mit Verboten regeln.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat derjenige das Wort, der gerade der Adressat von mehreren Äußerungen war. Herr Aiwanger, kommen Sie bitte an das Rednerpult. Bitte schön.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Ja, meine Damen und Herren ich ergreife jetzt noch einige Minuten das Wort, um vielleicht auch den GRÜNEN, die hier zwischen Zustimmung und Enthaltung schwanken, noch einmal zu erklären, was wir damit eigentlich beabsichtigt haben.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Blicken Sie auf den Landtagswahlkampf zurück! Sie haben damals mitbekommen, dass breite Teile der Bevölkerung das damals ins Leben gerufene Nichtrauchererschutzgesetz so nicht akzeptiert haben. Auch in breiten Kreisen der Nichtraucher hat es geheißen, dieses Gesetz gehe zu weit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

Deshalb hat auch die CSU ihren Dämpfer bekommen. Wir vertreten nach wie vor nicht die Meinung, dass das Rauchen gesund sei.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

Aber wir versuchen hier natürlich, den Kompromiss zwischen den Nichtrauchern und denen, die es nicht mehr lassen können, hinzubekommen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Spagat!)

Auf der einen Seite wollen wir die Raucher - sozusagen in Klammern - im Winter nicht wie die nassen Hunde vor die Tür sperren. Auf der anderen Seite wollen wir die Abhängigkeit zurückdrängen und den Leuten, die mal fünf Zigaretten geraucht haben, den Ausstieg erleichtern,

(Lachen bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

indem wir der Zigarettenindustrie verbieten, Stoffe beizumischen, die nicht unbedingt drin sein müssten, die aber beigemischt werden, damit man süchtiger und schneller abhängig wird.

(Unruhe - Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Das ist menschenverachtend!)

Das wollen wir dezidiert nicht. Wenn Sie diese Beispiele bringen, dann kann ich hier ganz klar sagen: Nehmen Sie den Personennahverkehr oder das Autofahren. Auch da könnte man sagen: Wenn man der reinen grünen Lehre folgt, müsste man die Auspuffgase möglichst giftig machen, damit dann alle auf das Autofahren völlig verzichten. Auch das tun wir nicht.

(Lebhafter Widerspruch von der CSU - Harald Gülller (SPD): Jetzt wird es absurd!)

Wir sehen auch, dass das Autofahren an sich nicht gesund ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aber wir sagen auch, wir tun kein Blei mehr in das Benzin und bauen einen Katalysator ein, um das Fahren möglichst wenig gesundheitsschädlich zu machen.

(Unruhe)

Wenn Sie also bei Ihrer Argumentation bleiben wollen, dann müssen Sie auch hier Rattengift und Strychnin den Auspuffgasen beimischen, damit jeder das Auto stehen lässt.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU) und der Abgeordneten Sabine Dittmar (SPD))

Also noch einmal: Wir sind nicht fürs Rauchen. Wenn Sie das nicht verstehen, dann glaube ich, wollen Sie es nicht verstehen. Wenn Sie heute hier wollen, dass die Zigarettenindustrie Rattengift, Menthol usw. beimischen darf, dann stimmen Sie gegen unseren Antrag. Bis 1977 war es verboten, diese Dinge beizumischen.

(Zuruf der Abgeordneten Sabine Dittmar (SPD) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Durch Lobbyarbeit der Zigarettenindustrie ist es erlaubt worden. Wenn Sie für die Zigarettenindustrie-Lobby sind, dann stimmen Sie gegen uns. Wenn Sie sagen, das Rauchen wollen wir zwar nicht verbieten - wir können es auch nicht verbieten -, aber es soll möglichst nicht das beigemischt werden, was die Leute abhängig macht, dann stimmen Sie für unseren Antrag. Sie haben die freie Entscheidung. Tun Sie, was Sie wollen!

(Zurufe von der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Herr Kollege Kreuzer hat sich für eine Zwischenintervention gemeldet. Bitte, Herr Kollege Kreuzer, Sie haben das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Aiwanger, ich glaube, hier ist niemand dagegen,

(Hubert Aiwanger (FW): Dann stimmen Sie für unseren Antrag!)

dass die Zigaretten keine Zusatzstoffe enthalten, die unnötig schädlich sind.

(Hubert Aiwanger (FW): Genau, und darum geht es!)

Die Staatssekretärin wird darauf noch eingehen.

Der Weg, den Sie vorschlagen, geht so nicht. Wir müssen einen anderen Weg gehen. Die Europäische Union

arbeitet daran. Aber so, wie Sie das machen, geht es nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Abgeordneten der CSU)

sondern das ist der übliche Populismus, Herr Kollege Aiwanger, den sie da betreiben.

(Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! - Beifall bei der CSU und den GRÜNEN - Widerspruch des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Sie sind vor wenigen Monaten durch die Bierzelte gezogen und haben Stimmungen aufgegriffen, die Sie jetzt geschildert haben, nämlich dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung dieses strenge Nichtrauchergesetz nicht will.

(Hubert Aiwanger (FW): Genau!)

Jetzt sage ich Ihnen, was die Bevölkerung davon gehabt hat, dass sie Sie gewählt hat: Sie haben selbst einen Antrag gestellt, diese Regelung zu lockern. Hier ist fast ein Drittel Ihrer Fraktion nicht mitgegangen. Sie haben nicht einmal Ihre eigenen Reihen schließen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Beifall bei der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Sie auch nicht!)

Die einzige Möglichkeit, dieses Gesetz zu lockern, war, dem Antrag von CSU und FDP zuzustimmen. Das haben Sie nicht getan. Nach Ihrem Verhalten und Ihrem Abstimmungsverhalten wäre gar nichts passiert, sondern das Rauchen im Bierzelt wäre verboten worden.

(Hubert Aiwanger (FW): Stimmt überhaupt nicht!)

Das hat die bayerische Bevölkerung von dem, was Sie getan haben. Ich nenne dies, was Sie hier betrieben haben, annähernd Wahlbetrug. Sie haben Stimmungen aufgegriffen, die Sie selber nicht umgesetzt haben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, der FDP und den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kreuzer, Ihr Beitrag zeigt, dass Sie nicht wissen, von welchen Anträgen Sie reden.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie haben unseren Antrag nicht durchgelesen. In unserem Antrag ist das Rauchen in Festzelten ausdrück-

lich erlaubt. Unser Antrag unterscheidet sich von Ihrem Antrag vor allem dadurch, dass wir nicht auf der Getränkedominanz herumreiten, sondern sagen, das ist bürokratische Augenwischerei. Das Thema "Getränkedominiertheit" ist bei uns nicht drin. Wir sind deshalb trotzdem für die Raucherlaubnis in den Festzelten.

(Zuruf der Abgeordneten Sabine Dittmar (SPD))

Wenn Sie unseren Antrag durchlesen, werden Sie feststellen, er widerspricht keinesfalls dem, was ich hier sage. Und er widerspricht keinesfalls dem, was wir im Wahlkampf gesagt haben. Wir haben in unserem Antrag genau diese Liberalisierung abgebildet, und dafür haben wir in den eigenen Reihen eine Dreiviertelmehrheit. Wenn wir also mit diesem Votum herausgegangen wären, hätten wir ein vernünftiges Nichtraucherschutzgesetz, das weniger bürokratisch ist als das Ihre. Das wissen Sie genau.

(Dr. Thomas Zimmermann (CSU): So ein Schmarren!)

Oder Sie haben die Anträge nicht gelesen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, wir haben noch eine Zwischenintervention von Frau Scharfenberg. Frau Scharfenberg, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Aiwanger, ich möchte Sie bitten, den ersten Schritt vor dem zweiten zu machen. Das Naheliegende ist doch: Wir wissen, dass Passivrauchen noch viel mehr schädigt als Aktivrauchen. Das heißt, für uns und für Sie auch muss der Arbeitsschutz zwingend sein. Die Leute, die in der Gaststätte arbeiten, sind doch die Gelackmeierten. Im Grunde müssen Sie auch an die Leute denken, die in der Gaststätte essen und nicht rauchen. Das sind ebenfalls die Gelackmeierten. Da müssen Sie ansetzen.

Wenn Sie das erledigt haben, dann machen Sie den zweiten Schritt und kümmern sich um das Kleingedruckte auf der Packung. Das ist zunächst einmal nicht so wichtig. Das andere ist viel, viel wichtiger, und das haben Sie gestern verpasst.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD - Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Sehr gut!)

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Scharfenberg, was uns von den GRÜNEN unterscheidet, ist, dass wir auch nach einer politischen Niederlage - oder wie immer Sie das bezeichnen - weiterdenken und versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Sie ziehen sich ins Mauselloch zurück, verschränken die Arme und sagen:

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Wir haben uns gestern nicht durchgesetzt, jetzt wollen wir an dem Cadmium sterben, weil es so traurig war. Wir sagen: Es ist nun einmal so, dass ein gewisser Teil der Bevölkerung weiterhin rauchen wird. Wir wollen aber nicht, dass mutwillig und unnötig giftige Stoffe beigemischt werden. Wenn das verboten wird, ist auch der Nichtraucher besser dran als nach der jetzigen Regelung, wenn weiterhin das Rattengift drin ist.

(Beifall bei den Freien Wählern - Dr. Thomas Zimmermann (CSU): So ein Schmarrn!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. Als Nächste hat Frau Staatssekretärin Huml das Wort.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine kurze Vorbemerkung machen.

Sehr geehrter Herr Aiwanger, ich erinnere mich auch noch an eine Veranstaltung mit Ihnen, wo Sie so schön gesagt haben: "Und dann verbieten sie uns noch den Schweinebraten und das Popeln in der Nase usw."

(Allgemeine Heiterkeit)

Deswegen hat es mich ein bisschen gewundert, dass wir danach den Verbotsantrag der Freien Wähler bekommen haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Aber nicht gegen das Schweinefleisch, sondern gegen die Hormone im Schweinefleisch!)

Das aber nur als Vorbemerkung. Ich möchte auch nicht die gestrige Diskussion komplett wiederholen und aufrollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich teile das, was Frau Kollegin Sonnenholzner vorhin gesagt hat. Sie hat es, denke ich, sehr treffend beschrieben, wenn wir uns auch nicht immer einig sind.

Ich möchte noch einmal auf den Antrag selbst zurückkommen und auf das, was Thomas Kreuzer vorhin angedeutet hat. Es ist nämlich so, dass bis zu 600 Zusatzstoffe den Zigaretten beigemischt werden können.

(Hubert Aiwanger (FW): Können!)

Wir wissen aber bei vielen noch gar nicht, wie krebserzeugend sie sind, ob sie genverändernd sind.

(Hubert Aiwanger (FW): Aber bei denen, wo wir es wissen, können wir reagieren!)

Im Moment beschäftigt sich damit sowohl die EU-Ebene als auch die Bundesebene. Für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird von einer Expertengruppe gerade ein standardisiertes Prüfverfahren erarbeitet. Im Herbst 2009 soll es einen Bericht geben. Das heißt, wir sind bereits auf dem Weg. Es wäre vernünftig gewesen zu sagen: Kann das eine oder andere vielleicht etwas schneller gehen? Aber es ist sicherlich nicht so, dass man jetzt sofort mit einem Verbot daherkommen kann.

(Hubert Aiwanger (FW): Die Regierung auffordern!)

Außerdem finde ich, wenn die Zusatzstoffe weg sind, heißt das noch nicht, dass die Zigarette sofort gesund ist.

(Hubert Aiwanger (FW): Haben wir nie behauptet!)

Das suggerieren Sie aber mit Ihrem Antrag. Von daher lehnen wir den Antrag ab,

(Hubert Aiwanger (FW): Etwas anderes hätte mich auch gewundert!)

weil wir der Meinung sind, dass wir erst wissen müssen, wie die Zusatzstoffe wirken, und dass wir dann weiter vorgehen können. Da sind die EU-Ebene und die Bundesebene die Richtigen, die das gemeinschaftlich tun.

(Hubert Aiwanger (FW): Deshalb haben wir gesagt: Antrag an die Bundesregierung!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatssekretärin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Die Urnen sind hier vorne und an der Seite aufgestellt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der geänderten Drucksache 16/1835 zustimmen will, wer ihn ablehnen oder sich der Stimme enthalten will, der möge dies an den Urnen tun.

(Namentliche Abstimmung von 9.45 bis 9.50 Uhr)

Die fünf Minuten sind abgelaufen. Ich schließe damit die namentliche Abstimmung und bitte, außerhalb des Saales die Stimmen auszuzählen. Das Ergebnis der

namentlichen Abstimmung wird bekannt gegeben, sobald es vorliegt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sammelvordrungen von abgelehnten chinesischen Asylbewerberberinnen und -bewerbern sofort einstellen (Drs. 16/1836)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP) Anhörungen zur Identitätsklärung chinesischer Flüchtlinge (Drs. 16/1847)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Renate Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Während wir hier eine mehr oder weniger fröhliche Sitzung veranstalten, werden ganz in der Nähe, in der Boshetsrieder Straße in München - dort ist die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge -, etwa 20 chinesische Flüchtlinge, die aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekartt wurden, von einer Delegation verhört, die aus China eingeflogen wurde. Es handelt sich dabei um Mitarbeiter des Innenministeriums und eventuell auch um Mitarbeiter der chinesischen Geheimdienste. Wir halten diesen Vorgang für absolut skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass diese Anhörung, wie es beschönigend formuliert wird, sofort beendet wird.

China ist gerade in der letzten Zeit wieder massiv dadurch aufgefallen, dass es ein Unrechtsstaat ist, ein totalitärer Staat, der die Menschenrechte mit Füßen tritt. Und gerade Vertretern dieses Staates gibt unser Innenministerium nun die Möglichkeit, vor diesem Unrechtsstaat geflohene Staatsangehörige hier zu verhören.

Der Skandal ist im Grunde noch größer. Denn in demselben Haus, in dem diese Menschen sehr wahrscheinlich ohne jede Chance verhört werden, bitten chinesische Flüchtlinge um Asyl. Ich frage Sie: Was glauben Sie, ist das für ein Gefühl, wenn man soeben einem Unrechtsstaat unter Einsatz seines Lebens entkommen ist und dann in dem Land, von dem man sich Zuflucht erhofft hat, ja sogar im selben Haus wieder Repräsentanten des Staates trifft, dem man gerade entkommen ist? Was glauben Sie, was das für ein Gefühl ist? Auch deshalb muss diese Anhörung sofort gestoppt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Anhörung zum Ziel hat, ist auch klar. Es heißt, es solle die Identität dieser Menschen festgestellt werden. Was geschieht dann, wenn die Identität festgestellt ist? Die Menschen werden zurückgeführt - ein wunderschönes Wort: "zurückgeführt". Das klingt so behütet. Aber kennen Sie die Gefahr, die besteht, wenn diese Menschen zurückgeführt werden? Die Gefahr ist, dass sie in China sofort von der Polizei in Empfang genommen werden und unter Umständen in eines der grausamen Laogai-Arbeitslager eingewiesen werden. Wir haben von hier aus keine Kontrolle darüber, was mit den Menschen passiert, die dort hingebacht werden.

Wir haben so etwas schon einmal erlebt. Wir haben einmal einen Flüchtling aus dem Flugzeug wieder herausgeholt, der der Falun Gong Sekte angehörte. Er war zwar zunächst wieder draußen, wurde aber später dennoch abgeschoben, und wohin kam er? Er kam für drei Jahre in ein Arbeitslager, und das unter entsetzlichen Bedingungen. Diese Arbeitslager Laogai stehen unter dem Motto "Arbeiten macht frei". Es heißt übersetzt "Recht auf Arbeit".

Danke schön, wenn wir dazu Vorschub leisten. Ich würde mich dafür schämen. Ich halte es absolut nicht für rechtsstaatlich, was hier passiert.

Die Menschen dieser chinesischen Delegation, die eingeflogen wurden, sind keine Botschaftsangehörige. Und eigentlich dürften bei uns nur Botschaftsangehörige mit den ausländischen Staatsbürgern Gespräche führen. Und dann auch nur in der Botschaft. Nun heißt es aber, die Räumlichkeiten in der Botschaft seien überlastet und deshalb müsse ein anderes Gebäude genommen werden. Das verletzt den rechtsstaatlichen Grundsatz, dass sich die ausländischen Bürger bei uns auch der rechtsstaatlichen Prinzipien gewiss sein dürfen. Wir wissen auch nicht, ob es gewährleistet ist, dass diese Menschen in dem Haus, in dem sie gerade verhört werden, anwaltlich vertreten sind. Es liegt uns ein Schreiben der Regierung von Oberbayern vor, wonach kein Anwalt teilnehmen darf. Ob das jetzt so gehandhabt wird oder nicht, wird eine Mündliche Anfrage klären, die wir gestellt haben.

Wir fordern, dass in der derzeitigen Situation auf keinen Fall Abschiebungen nach China stattfinden. Solche Abschiebungen sollen jetzt durch diese Anhörungen vorbereitet werden.

Wir wollen darüber hinaus einen Bericht darüber, welche Menschen da verhören und wie diese Verhöre ablaufen. Es ist uns auch ganz wichtig, was mit diesen Menschen passiert.

Darüber hinaus wollen wir gewährleistet wissen, dass verfolgt werden kann, wie es mit diesen Menschen weitergeht, wenn sie wirklich abgeschoben werden sollten. Diese Abschiebung müssen wir allerdings dringendst verhindern.

In dieser Angelegenheit verlässt der Rechtsstaat wirklich seine Grundsätze; es werden Menschen wie Gefangene behandelt. Es treten chinesische Vertreter auf, die durch nichts legitimiert sind, in diesem Land Gespräche mit chinesischen Staatsbürgern zu führen.

Wie ich mir habe sagen lassen, gibt es bei solchen Gesprächen auch gewisse Geheimsprachen. Während die chinesischen Flüchtlinge, die verhört werden, sehr wohl verstehen, was ihnen angedroht wird, was aber aufgrund dieser Geheimsprache nicht ausgesprochen werden muss von denjenigen, die sie verhört, können wir das nicht voll nachvollziehen. Das alles sind Methoden, die wir nicht billigen können.

Das ist aber nicht nur unsere Meinung. Mir liegt ein Schreiben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vor, aus dem ich kurz zitieren darf. Es heißt da:

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte ist entsetzt über die Einladung von chinesischen Beamten zwecks Vorbereitung der Ausreise von Chinesen, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Während der Rechtsstaatsdialog gerade bei Protesten wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen zum Beispiel bei den Unruhen in Tibet immer wieder von der chinesischen Regierung unterbrochen wird, schenken anscheinend deutsche Behörden chinesischen Beamten ausreichend Vertrauen, auf deutschem Boden im Umgang mit chinesischen Rückkehrern rechtsstaatlichen Grundsätzen Genüge zu leisten.

Ich denke, diese Stellungnahme sollte uns zu denken geben. In China gibt es 11.000 dieser sogenannten Umerziehungslager. Seit 1949 sind darin gut 55.000 Menschen inhaftiert worden. Davon sind 25.000 für immer verschwunden.

Wir als Rechtsstaat dürfen uns nicht auf die Ebene solcher Staaten begeben, die die Rechte ihrer Bürger mit Füßen treten. Wir dürfen nicht Vorschub leisten, dass in unserem Freistaat, in dieser Stadt heute ein solches Unrecht geschieht.

Ich fordere Sie auf, diesem Treiben ein Ende zu setzen und mitzuhelfen, dass diese Anhörungen beendet werden und dass die Abschiebungen nach China nicht stattfinden. Es gilt, ein Zeichen für die Menschenrechte zu setzen. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Ackermann. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Schweiger, Dr. Vetter und anderer und Fraktion (FW) betreffend "Verbot aller Zusatzstoffe, die nachgewiesenermaßen krebserzeugend sind, im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen, durch den Verbrennungsvorgang im Zigarettenrauch krebserzeugende Substanzen entstehen lassen oder zur Suchtentwicklung beitragen", geänderte Drucksache 16/1835, bekannt. Mit Ja haben 57 gestimmt, mit Nein 90 bei 8 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zielt darauf ab, die von der zentralen Rückführungsstelle Südbayern durchgeführten Anhörungen zur Klärung der Identität abgelehnter chinesischer Asylbewerber einzustellen und auf Abschiebungen in die Volksrepublik China völlig zu verzichten. Ich halte das für völlig inakzeptabel und will Ihnen kurz darstellen, worum es eigentlich geht. Bei dieser Gelegenheit will ich auch gerne die Fragen beantworten, die durch den Antrag der FDP, was völlig nachvollziehbar ist, aufgeworfen sind.

Wir müssen uns vor Augen halten, mit welchem Kreis von Personen wir es zu tun haben. Es handelt sich wohlgerne eben nicht um anerkannte Flüchtlinge, sondern um Menschen, deren Asylanträge rechtskräftig abgelehnt wurden und sich auch nicht mehr im Verfahren befinden. Ihre Anträge wurden bestandskräftig abgelehnt, und deshalb sind sie verpflichtet, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. In einem rechtsstaatlichen Verfahren wurde also festgestellt, dass den Betroffenen keine asylerblichen Gefahren in China drohen. Für diese Feststellung ist wohlgerne nicht eine bayerische Landesbehörde zuständig, sondern ein Bundesamt. Dieses Bundesamt wurde in seiner jetzigen Form unter der Verantwortung der vormaligen rot-grünen Bundesregierung eingerichtet, und es wird von einem Präsidenten geleitet, der ehemals Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag war. Ich sage das, um die Rahmenbedingungen für diese Verfahren klarzumachen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Scharfenberg?

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, ich habe eine Frage zu Ihrer Aussage, die Anträge seien rechtskräftig abgelehnt. Es sind wirklich Flüchtlinge. Wir haben nicht gesagt, dass sie nicht rechtskräftig abgelehnt sind, sondern das sind einfach Menschen, die auf der Flucht sind.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Scharfenberg, keine Zwischenbemerkung, eine Zwischenfrage bitte!

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sie haben gerade gesagt, sie sind ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen. Bezieht sich Ihre Aussage darauf, dass diese Leute aus Angst vor Verfolgung in Deutschland durch den chinesischen Geheimdienst ihren Pass nicht abgegeben haben? Verstehen Sie diese Frage? Ist das die Mitwirkungspflicht, der sie nicht nachgekommen sind, und ist das der Grund dafür, dass sie rechtskräftig abgelehnt sind?

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Rechtskräftig abgelehnt werden sie nicht deswegen, weil sie ihren Pass nicht abgegeben haben, sondern rechtskräftig abgelehnt wird jemand, der in unser Land kommt und zum Beispiel behauptet, er wäre Flüchtling, ihm drohe irgendeine politische, religiöse oder sonstige Verfolgung, und wenn das Bundesamt nach intensiver Prüfung feststellt, dass eine solche Verfolgung nicht erkennbar ist.

Ich will kurz schildern, vor welchem Hintergrund diese Leute auftreten. Sie erwecken den Eindruck, als wären sie alle Verfolgte. Für die Feststellung, ob jemand Verfolgter ist, ist allein das Bundesamt zuständig. Sie führen seit Jahren immer wieder gerne diese Diskussion hier in diesem Hohen Hause. Es ist nun einmal so, dass nicht der Bayerische Landtag darüber befindet, ob ein Asylgrund vorliegt, sondern das Bundesamt, das nach den Bundesgesetzen ausschließlich dafür zuständig ist.

Unabhängig davon ist die Realität eine ganz andere. Ich will nicht bestreiten, dass es natürlich auch politisch Verfolgte in China gibt. Selbstverständlich gibt es den einen oder anderen, der deswegen als Asylberechtigter anerkannt wird; das ist gar keine Frage. Fakt ist aber auch, meine Damen und Herren, dass jedes Jahr eine Vielzahl von Leuten aus China ganz gezielt nach Deutschland eingeschleust wird, damit sie hier einer schlecht bezahlten Beschäftigung nachgehen. Das geschieht zwar auf illegale Weise, aber es geschieht ganz offenkundig. Ich sage hier unter Verzicht auf alle diplomatischen Gepflogenheiten: Das geschieht ganz offen-

kundig, teilweise unter Mitwisserschaft oder Beteiligung chinesischer Behörden. Es gibt ein Interesse des chinesischen Staates, solche Leute in unser Land zu bringen, die das Ziel haben, in chinesischen Firmen in unserem Land tätig zu werden, und dergleichen mehr. Ich weiß nicht, ob Sie wirklich persönlich diesem Irrtum unterliegen oder ob Sie den Landtag wissentlich irrig informieren wollen. Die Realität ist jedenfalls: Nicht alle, die in unser Land kommen, sind tatsächlich Verfolgte, sondern unter diesen Leuten befindet sich eine ganze Reihe von Wirtschaftsflüchtlingen und darüber hinaus solche, die gar keine Flüchtlinge im eigentlichen Sinne sind, sondern die gezielt eingeschleust werden, damit sie bei uns im Wirtschaftsleben tätig werden, wo sie in manchen Firmen als Billigstarbeitskräfte - ich sage das ganz bewusst - ausgenutzt werden. Deshalb, liebe Kolleginnen von den GRÜNEN, sollten Sie einem solchen Treiben nicht auch noch mit Ihren pauschalen Vorwürfen hier Vorschub leisten.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Bitte schön.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ackermann, bitte.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Minister, geben Sie mir darin recht, dass Menschen, gleichgültig auf welchen Wegen sie hierher kommen und welche Beweggründe sie dafür haben, hier nach rechtsstaatlichen Prinzipien behandelt werden müssen?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Da gebe ich Ihnen selbstverständlich recht. Genau das ist im Freistaat Bayern allumfassend gewährleistet, liebe Frau Kollegin Ackermann.

Tatsache ist, dass ungefähr 85 % aller nach Bayern kommenden Asylbewerber vorgeben, nicht im Besitz von Reisepässen oder sonstigen Identitätsnachweisen zu sein. Das ist ein Problem für unsere Ausländerbehörden, die erst einmal anfangen müssen, sich über die Identität der Leute klarzuwerden. Da kommt einer und sagt, ich bin Flüchtling von da oder dort, legt aber keine Ausweispapiere vor. Da kann jeder das Blaue vom Himmel heruntererzählen, woher er kommt, wie er heißt, wann er geboren ist und dergleichen mehr. Er weigert sich, Papiere vorzulegen, und dann haben die Behörden das Problem nachzuweisen, was für ein Staatsbürger er ist.

Gerade bei Leuten, die aus China eingeschleust worden sind - diesen Aspekt des Problems sollten Sie nicht vernachlässigen -, erklärt zunächst - so war die Situa-

tion in den vergangenen Jahren - der chinesische Staat: Wir haben mit denen nichts zu tun, wir haben überhaupt kein Interesse, diese Leute zurückzunehmen. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als wollten die chinesischen Behörden diese Leute verfolgen. Die Regel war es aber vielmehr in den letzten Jahren, dass der chinesische Staat bei der Masse dieser Leute gesagt hat: Die sind gar nicht von uns, wir sind für die nicht zuständig, Chinesen gibt es überall auf der Welt, und dergleichen mehr.

In den letzten Jahren hat es auf EU-Ebene - wir sind mit diesem Problem keineswegs allein - intensive Bemühungen zum Abschluss eines Rückübernahmeabkommens mit der Volksrepublik China gegeben.

Klar ist jedenfalls, dass die Ausländerbehörden nach der geltenden Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sind, die Identität abgelehnter, vollziehbar ausreisepflichtiger Asylbewerber aufzuklären, um die Rückführung zu ermöglichen. Wenn die Betroffenen vorgeben, keinen Pass oder keine Identitätspapiere zu besitzen, wenn sie sich weigern, zur Identitätsfeststellung bei der Botschaft oder dem zuständigen Generalkonsulat ihres Landes vorzusprechen, und wenn der Antrag auf Passausstellung dort wegen ungeklärter Identität und Herkunft keinen Erfolg hat, bleibt den Behörden letztlich nur ein Ausweg: Sie müssen die Vorsprache auch gegenüber ausländischen Delegationen durchsetzen, die zum Zwecke der Identitätsklärung entsandt werden. Genau solche Anhörungen finden seit einer Weile statt. Das machen alle Bundesländer. Das geschieht in enger Zusammenarbeit, weil das mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden ist. Dazu werden - hier gibt es eine Absprache mit der Volksrepublik China - Experten aus China von der Volksrepublik nach Deutschland entsandt, die überprüfen, ob es sich um Personen handelt, die tatsächlich aus China stammen, aus welcher Region sie stammen und dergleichen mehr. Solche Anhörungen haben in den letzten Monaten bzw. in den vergangenen Jahren auch in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz, welches SPD-regiert ist, - auch wenn die Betroffenen in Bayern ansässig sind - stattgefunden. In den letzten Wochen erfolgen solche Anhörungen auch in Bayern, auch für chinesische Bürger, die in anderen Bundesländern untergebracht sind.

Ich sage Ihnen ganz klar: Es handelt sich um ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges, wenn sich eine Vielzahl von Personen in Deutschland oder Bayern aufhält, deren Identität wegen verweigerter Mitwirkungsbereitschaft ungeklärt ist. Es handelt sich um Personen, von denen wir nicht wissen, woher sie kommen, wie sie heißen, was sie bisher gemacht haben und dergleichen mehr. Ein Staat kann doch nicht akzeptieren, dass sich auf Dauer solche Leute bei ihm aufhalten. Es muss

doch geklärt werden, um welche Personen es sich handelt und wo sie hingehören.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das Bundesamt festgestellt hat, dass kein Asylgrund vorliegt, dann ist eine Ausländerbehörde dazu verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass diese Personen das Land auch wieder verlassen. Die Kooperation mit den chinesischen Vertretern der Ämter für Aus- und Einreise ist deshalb ohne Alternative. Nur diese Stellen können naturgemäß beurteilen, ob die von den Ausreisepflichtigen angeführten Angaben zu ihrer Herkunft zutreffend sind. Bei den Anhörungen ist eine Teilnahme von durch die Betroffenen beigezogenen Rechtsanwälten möglich. An den Anhörungen nehmen jeweils die Mitarbeiter der Zentralen Rückführungsstelle sowie ein externer unabhängiger Dolmetscher teil. Auch der Vorwurf, dass chinesische Asylantragsteller, über deren Asylantrag noch nicht entschieden worden ist, mit chinesischen Behördenvertretern zusammentreffen, ist unberechtigt. Die Stellen befinden sich zwar in München - in der Boshetsrieder Straße - im gleichen Gebäude, aber auf verschiedenen Etagen des Gebäudes. In einer Etage ist die Zentrale Rückführungsstelle untergebracht, während die Außenstelle des Bundesamtes sich in einer anderen Etage befindet. Die Außenstelle des Bundesamtes hat sorgfältig dafür gesorgt, dass die Asylbewerber, die bei ihnen vorsprechen - es handelt sich dabei nicht ausnahmslos um Chinesen - nicht in Kontakt zu den wenigen chinesischen Regierungsvertretern gekommen sind, die bei der Zentralen Rückführungsstelle in dem genannten Zeitraum von zwei Wochen zugange waren. Es handelt sich dabei nur um einen sehr überschaubaren Zeitraum.

Aus meiner Sicht ist die Vorgehensweise der Zentralen Rückführungsstelle Südbayern unter keinem Gesichtspunkt zu beanstanden. Sie erfüllt mit den Anhörungen nur die gesetzliche Pflicht, die Identität abgelehnter ausreisepflichtiger Asylbewerber aufzuklären und deren Rückführung sicherzustellen.

Für die Aussetzung der Abschiebung nach China von Personen, die keine Flüchtlinge sind, besteht keinerlei Anlass. Wenn der Rechtsweg ausgeschöpft ist, muss es möglich sein, den Aufenthalt abgelehnter Asylbewerber - erforderlichenfalls zwangsweise - zu beenden. Dies liegt letztendlich auch im Interesse derjenigen, die tatsächlich schutzbedürftig sind. Natürlich gehören zu diesem Personenkreis auch Personen aus China. Genau diesen wollen wir auch in Zukunft Asyl gewähren. Das ist ein vernünftiges Vorgehen, und deshalb bitte ich Sie herzlich, dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN nicht zu folgen. Ich bitte Sie, letztendlich zu bestätigen, dass das Verfahren unserer Zentralen Rückführungsstelle sinn-

voll ist. Es gibt für die Aufregung, die Sie in den letzten Tagen in diesem Zusammenhang verbreitet haben, nicht den geringsten Grund, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile zu einer Zwischenbemerkung Frau Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Zunächst die Frage: Warum finden diese Anhörungen nicht - wie es rechtsstaatlich geboten wäre - in der Botschaft statt?

Ist Ihnen bekannt, dass es ein Schreiben der Regierung von Oberbayern gibt, in dem steht, die geladenen Personen hätten grundsätzlich alleine, insbesondere ohne Anwalt, zu erscheinen? Können Sie ausschließen, dass der chinesische Geheimdienst derzeit in München diese Menschen verhört?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Bei diesen Gesprächen sind - wie ich Ihnen gerade gesagt habe - grundsätzlich die Mitarbeiter der Zentralen Rückführungsstelle anwesend.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Das habe ich nicht gefragt!)

Insofern kann ich ausschließen, dass in diesem Sinne derartige Verhöre stattfinden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Entschuldigung, macht es nicht Sinn, dass ich zunächst die drei gestellten Fragen beantworte, bevor Sie dazwischenrufen?

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

- Das wäre jetzt mein nächster Satz gewesen, eines nach dem anderen.

Ich kann nicht ausschließen - wie dies entsprechend auch bei anderen ausländischen Vertretern der Fall ist -, dass jemand als Vertreter der chinesischen Ein- und Ausreisebehörde teilnimmt und gleichzeitig Mitglied eines Nachrichtendienstes in China ist. Das kann ich in diesem Falle nicht ausschließen, das kann ich auch bei Vertretern anderer Staaten nicht ausschließen. Ich kann es nicht ausschließen, weil ich diese Personen nicht einzeln identifizieren kann. Die Betroffenen treten als Vertreter der Ein- und Ausreisebehörden auf. Bei den Gesprächen ist ein Vertreter der deutschen Behörde anwesend, der auf die Gesprächsführung achtet, nachdem von den Dolmetschern entsprechend übersetzt worden ist. Deshalb kann ich sagen: Ein Verhör - wie Sie das suggerieren - durch einen Vertreter des chinesischen Geheimdienstes kann

nicht stattfinden. Was ich Ihnen aber nicht sagen kann, ist, ob jemand, der hier tätig ist, auch Mitarbeiter eines Geheimdienstes ist. Was die Begleitung durch einen Rechtsanwalt anbelangt, mag es sein, dass dies zunächst anders gehandhabt worden ist. Ich habe Ihnen klar gesagt, dass nunmehr sichergestellt ist, dass Rechtsanwälte teilnehmen können.

Was war nun die dritte Frage? Sie hatten noch etwas angesprochen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Ackermann, wenn Sie eine Zwischenbemerkung machen, dann müssen Sie aufpassen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Entschuldigung, da kann ich Sie überhaupt nicht verstehen, Frau Kollegin Ackermann. Es ist doch völlig unlogisch. Sie erklären, es handle sich um eine große Belastung, wenn die Betroffenen überhaupt mit Vertretern des chinesischen Staates in Kontakt kommen, und dann fragen Sie, warum wir die Betroffenen nicht dazu zwingen, in die chinesische Botschaft nach Berlin zu gehen. Das ist doch völlig widersinnig. Wenn ich die betroffenen Personen verpflichten würde, in die chinesische Botschaft nach Berlin zu gehen, nachdem sie aus China geflüchtet sind, würde das doch Ihrem Anliegen noch viel stärker widersprechen. Die Logik dieser Frage - Entschuldigung, Frau Ackermann - kann ich überhaupt nicht verstehen. Es ist doch ein größeres Entgegenkommen, wenn ich die Vertreter der chinesischen Behörde in eine deutsche Dienststelle hole und dort den Betroffenen die Möglichkeit gebe, ihre Identität offenzulegen. Wenn Sie meinen, es wäre besser, die Betroffenen in die chinesische Botschaft zu schicken, werde ich das gerne offen prüfen, wenn Sie ernsthaft der Meinung sind, dass ein solches Vorgehen den Betroffenen besser gefällt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst den GRÜNEN dafür danken, dass sie hier ein wichtiges Menschenrechtsthema im Landtag zur Abstimmung gestellt haben. Das Thema verdient eine Debatte. Ich sage ganz klar: Ja, die Volksrepublik China ist ein Unrechtsstaat. Ja, in der Volksrepublik China findet Verfolgung statt. Ja, Sie haben recht, die Umstände der Anhörungen verdienen Beachtung. Trotzdem sage ich: Der Antrag der GRÜNEN ist für mich nicht zustimmungsfähig, und ich möchte Ihnen das auch erläutern. Das ist ganz einfach zu erklären.

Zum einen fordern Sie einen Bericht, nehmen aber das Ergebnis schon vorweg. Das passt meines Erachtens nicht. Was schwerer wiegt, ist, dass Sie mehrere Dinge vermischen. Wenn Sie fordern, dass Abschiebungen in die Volksrepublik China komplett gestoppt werden, dann meine ich, übersehen Sie, dass dem sehr unterschiedliche Sachverhalte zugrunde liegen und dass man differenzieren muss zwischen Menschen, die politisch verfolgt sind, und Menschen - in diesem Punkt kann ich dem Staatsminister recht geben -, die als Wirtschaftsflüchtlinge hierher kommen.

Ich möchte aber auch sagen, dass ich mit Ihrem Bericht, Herr Staatsminister, nicht zufrieden bin.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch ganz klar sagen, dass einige Fragen für mich offen bleiben.

Zunächst möchte ich aber noch einmal auf das Thema an sich eingehen. Worum geht es bei der Beschaffung von Heimreisepapieren? Es geht um eine Anhörung, und diese Anhörung ist grundsätzlich in Ordnung, sie ist sogar notwendig. Es ist auch in Ordnung - und darin unterscheidet sich meine Auffassung von der der GRÜNEN -, dass Menschen dabei mit Vertretern des Staates konfrontiert werden, aus dem sie geflohen sind. Das ist nicht vermeidbar. Es handelt sich um abgelehnte Asylbewerber. Ich gehe davon aus, dass ein rechtsstaatliches Asylverfahren stattgefunden hat. Wenn ein Asylantrag aber abgelehnt worden ist, muss eine Möglichkeit bestehen, dass diese Menschen zurückgeführt werden.

Nicht für in Ordnung halte ich es - das sage ich in aller Deutlichkeit -, dass die Anhörungen im gleichen Gebäude stattfinden. Herr Staatsminister, dabei ist es mir egal - das muss ich auch ganz deutlich sagen -, ob die Anhörung in der gleichen oder in einer anderen Etage stattfindet. Wenn Menschen, die in Deutschland Zuflucht gesucht haben, im gleichen Gebäude mit den Menschen zusammentreffen, die Repräsentanten des Staates sind, aus dem sie geflohen sind - so ganz ist es nicht geklärt, welche Repräsentanten des Staates sie sind -, dann halte ich das für nicht akzeptabel.

Sie haben einige Fragen beantwortet. Trotzdem möchte ich klarstellen, dass für mich dieser Antrag noch nicht erledigt ist. Sie haben zwar gesagt, dass mit chinesischen Behörden eine Zusammenarbeit stattfindet. Ich möchte trotzdem genauer wissen, um welche Behörden es sich dabei handelt. Nachvollziehbar ist, dass sie nicht beantworten können, ob jemand verdeckter Mitarbeiter eines Geheimdienstes ist. Das ist logisch. Ich möchte aber trotzdem wissen, welche Vertreter welcher Behörde es sind. Ist es die Polizei? Ist es das Außenministerium, oder welche Behörde ist es? Ich sage auch

ganz klar: Ich halte es nicht für richtig zu sagen, es sei ein größerer Aufwand, Menschen zur Botschaft zu bringen. Das wäre der richtige Ort für solche Anhörungen. Ich würde mir wünschen, dass diese Anhörungen in der Botschaft stattfinden.

Ich möchte ganz klar sagen, dass die FDP ihrem Ruf als Rechtsstaatspartei gerecht bleiben wird. Wir werden uns dieser Themen weiter annehmen. Wir werden ganz genau hinschauen, was beantwortet wird, wenn wir Berichte bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, Sie müssen bitte wieder zurück ans Pult kommen. Eine Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Fischer, es freut mich, dass Sie sich des Anliegens ernsthaft annehmen und offensichtlich auch nicht ganz der Linie folgen, die das Innenministerium vertritt. Würden Sie bitte den Innenminister darauf hinweisen, dass auch abgelehnte Asylbewerber hierbleiben können, wenn sie geduldet sind und aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden dürfen? Würden Sie den Innenminister auch darauf hinweisen, dass es hier Tibeter gibt, die geduldet sind und nicht abgeschoben werden dürfen?

Ein zweiter Punkt. Ich empfinde es wirklich als einen Skandal, dass wir in einem demokratischen Staat mit Geheimdienstbeamten aus China, also einer Diktatur, kooperieren,

(Peter Winter (CSU): Haben Sie das bereits geprüft?)

um bestimmte Flüchtlinge unter Druck zu setzen. Vor ein paar Wochen haben wir eine sehr erregte Debatte über das Thema "Unrechtsstaat DDR" geführt. Diesen Unrechtsstaat gibt es nicht mehr. Vielleicht sollten wir die Grundsätze, die die CSU damals aufgestellt hat, auf die aktuelle Situation in China übertragen. Ich halte es für unerträglich, dass bayerische Beamte mit chinesischen Beamten kooperieren, die möglicherweise Beamte des chinesischen Geheimdienstes sind, um Flüchtlinge unter Druck zu setzen und sie zur Ausreise zu zwingen. Wir wissen nicht, was mit diesen Menschen in China passiert, wenn sie zur Ausreise gezwungen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So etwas geht in einem demokratischen Land überhaupt nicht. Das ist mit unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich möchte ganz kurz dazu Stellung nehmen. Zunächst zum zweiten Punkt: Das können Sie auch bei einer Anhörung in einer Botschaft nicht vermeiden. Sie wissen nicht, welche Leute für den Geheimdienst arbeiten und welche nicht. Ich kann nur das wiederholen, was ich schon gesagt habe. Ich sehe in Ihrem Antrag schon einen gewissen Aktionismus.

Ein Zweites sage ich auch ganz deutlich. Dass Menschen trotz abgelehnten Asylantrags hierbleiben können, ist mir bekannt. Ich gehe davon aus, dass es auch dem Staatsminister bekannt ist.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich gebe bekannt, dass das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine namentliche Abstimmung zu seinem Antrag verlangt hat. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Dringlichkeitsantrag soll wieder einmal mehr der Eindruck erweckt werden, es gehe im Freistaat Bayern inhuman zu, es gehe nicht rechtsstaatsgemäß zu, Bayern mache sich zum Helfershelfer chinesischer Geheimdienste und setze sich über deutsches Recht hinweg. Das ist die Ausgangslage. Diese Art der Stimmungsmache ist absolut inakzeptabel. Sie ist absolut nicht hinnehmbar.

Fangen wir damit an, den Sachverhalt etwas anders zu erhellen. Erstens gibt es ein Memorandum of Understanding zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem chinesischen Staat, welches die Durchführung von Anhörungen vorsieht. Um welche Menschen handelt es sich? Es handelt sich um Asylbewerber, bei denen festgestellt wurde, dass sie kein Asylrecht haben, weil sie nicht politisch verfolgt wurden. Diese Feststellung erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Diese Feststellung wurde größtenteils auch noch von den Verwaltungsgerichten überprüft, die zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind. Frau Kollegin, Sie sprachen vorhin von Duldungen. Bei einem Ausreisehindernis gibt es eine Duldung. Ein Ausreisehindernis wurde hier aber nicht dargetan. Es ist kein Ausreisehindernis ersichtlich.

(Margarete Bause (GRÜNE): Woher wissen Sie denn das?)

Um das in einem rechtsstaatlichen Verfahren rechtskräftig festgestellte Ergebnis "es besteht kein Asylgrund" in die Praxis umzusetzen, muss die Ausländerbehörde die Identität des Ausländers feststellen. Kein

Land dieser Erde nimmt jemanden auf, der nicht die Staatsangehörigkeit des aufnehmenden Landes hat. Wenn ein vermutlicher oder vermeintlicher chinesischer Asylbewerber, dessen Antrag abgelehnt wurde, seinen Pass wegwirft, gibt es nur eine Möglichkeit: Ich muss versuchen zu ermitteln, ob dieser Mensch ein chinesischer Staatsbürger ist oder nicht. Es ist klar, dass China nur seine eigenen Landesbürger zurücknimmt.

Es ist nicht skandalös, nicht bedenklich und auch nicht exorbitant verwerflich, wenn die Behörden auf der Grundlage des § 82 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes die betroffenen Menschen zu einer Anhörung laden, ihr persönliches Erscheinen anordnen und wenn diese Anhörungen, so wie es das Gesetz vorsieht, durch die Vertretungen oder durch ermächtigte Bedienstete des aufnehmenden Staates durchgeführt werden. So steht es im Gesetz. Frau Ackermann, Sie meinen, Sie müssten sich ihr eigenes Verfahren schnitzen: Aber so ist es im Gesetz vorgesehen! Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie irgendwann auf Bundesebene gegen dieses Aufenthaltsgesetz vorgegangen wären. Das wäre nämlich die redliche Art, das Verfahren zu ändern. Sie aber sagen: Skandal in Bayern - wie können die ein Gesetz der Bundesrepublik Deutschland vollziehen? Das ist keine redliche Art. Ich weiß nicht, wo hier der Skandal sein soll. Ihnen geht es ausschließlich um Stimmungsmache.

Es gäbe ein völlig problemloses Mittel. Die abgelehnten Asylbewerber müssten nur an der Ausreise mitwirken, wie es rechtsstaatlich übrigens auch vorgesehen ist. Die mangelnde Mitwirkung ist im Übrigen auch strafbewehrt. Auch hier kenne ich keine Initiative gegen diese so entsetzliche Strafvorschrift. Aus Ihrer Sicht aber ist es offensichtlich egal, ob ein Antrag abgelehnt ist oder nicht. Bei Ihnen gilt offensichtlich nicht mehr der Grundsatz, dass derjenige, der ein rechtmäßiges und rechtsstaatlich durchgeführtes Verfahren durchlaufen hat, dort aber keine Anerkennung gefunden hat, in sein Herkunftsland zurückkehren muss.

Ich weiß nicht, wo da das Skandalöse, Entsetzliche und Nicht-Rechtsstaatliche liegen soll. Ich habe den Eindruck, dass es Ihnen tatsächlich um eine reine Stimmungsmache geht. Andernfalls würden Sie auf Bundesebene versuchen, dieses Gesetz zu kippen. Stattdessen behaften Sie diejenigen, die dieses Bundesgesetz vollziehen, mit negativen Attitüden. Das kann es nicht sein. Ich wüsste nicht, warum aufgrund des stattgefundenen rechtsstaatlichen Verfahrens die Anhörung unterbrochen werden sollte. Ich wüsste auch nicht, wie man sonst feststellen sollte, ob eine Person chinesischer Staatsangehöriger ist oder nicht. Wir könnten hier raten. Das wäre wohl rechtsstaatlich?

Ich sehe wirklich keinen Grund, warum wir die Abschiebung von Menschen, bei denen kein Ausreisehindernis besteht und die ein rechtsstaatliches Verfahren durchlaufen haben, stoppen sollten. Ich kann auch keine Ungeheuerlichkeit darin erkennen, dass die Zentrale Rückführungsstelle die gleiche Adresse, aber eine andere Etage als die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat. Ich habe den Eindruck, dass Sie sich ein Reihenhaus vorstellen, in dem eine Etage nahtlos an die andere grenzt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich dieses Gebäude einmal näher anzuschauen.

In diesem Sinne dürfte es auf der Hand liegen, dass wir Ihrem Dringlichkeitsantrag in keiner Weise zustimmen können, wollen und werden, weil wir nicht einsehen, dass eine Behörde, die rechtsstaatlich handelt, in eine Skandalposition gebracht wird. Sie hätten die Aufgabe, auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren auf den Weg zu bringen - ich verhehle nicht, dass wir ein solches Gesetzgebungsverfahren nicht wollen -, aber diese Möglichkeit lassen Sie völlig außen vor.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern vor einer Woche habe ich an einer Pressekonferenz des Weltverbandes der Uiguren in München teilgenommen. Ich habe die Solidarität meiner Fraktion mit dieser verfolgten Minderheit in der Volksrepublik China zum Ausdruck gebracht. Diese Pressekonferenz stand unter einem ganz besonderen Vorzeichen: Im Vorfeld der Veranstaltung waren nämlich telefonische Drohungen in chinesischer Sprache eingegangen, wie mir gesagt wurde. Die Bayerische Polizei hat dieses Mediengespräch unter einen ganz besonderen Schutz gestellt. Sie war bei ihrem Vorgehen überaus besonnen und professionell. Hierfür möchte ich mich bei der Bayerischen Polizei sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat Bayern hat hier das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung durchgesetzt und damit die Proteste der Uiguren gegen schlimmste Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat möglich gemacht. Das ist eine Selbstverständlichkeit in einem Rechtsstaat. Bei uns ist das eine Selbstverständlichkeit, keineswegs jedoch in China. Für die SPD-Landtagsfraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, auf das Schärfste gegen die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China zu protestieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir betrachten die aktuellen Entwicklungen im Reich der Mitte mit größter Besorgnis: blutige Unruhen, das Kriegsrecht in der Provinz Xinjiang, das brutale Vorgehen der chinesischen Staatssicherheit und hunderte Tote. Die Bilder, die uns aus Fernost erreichen, dürfen uns nicht unberührt lassen. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer der jüngsten Unruhen. Unsere Gedanken sind auch bei jenen Frauen, die in Südchina auf die Straßen gehen und vor die Reporter treten. Angesichts der willkürlichen Verhaftungen fragen diese Frauen, wo ihre Männer seien, was mit ihren Brüdern sei und wo ihre Söhne seien. Wir sagen: Die kulturelle und religiöse Unterdrückung ethnischer Minderheiten in China muss ein Ende haben. Zugleich fordern wir die Konfliktparteien zu Besonnenheit und Friedfertigkeit auf. Wir fordern sie außerdem auf, in einen Dialog miteinander zu treten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Unterdrückung der Uiguren und Tibeter steht stellvertretend für viele Menschenrechtsverletzungen in China. Polizeiliche Willkür, Grundrechte, die mit den Füßen getreten werden, Folter und Todesstrafe: In dieses Land darf der Freistaat angesichts der aktuellen Lage keine Abschiebungen vornehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe zu Beginn das vorbildliche Verhalten der Bayerischen Polizei in der letzten Woche erwähnt. Ich füge hinzu: Der Freistaat Bayern muss über jeden Verdacht erhaben sein, das Asylrecht, das auch in Artikel 105 der Bayerischen Verfassung geschützt wird, durch möglicherweise fragwürdige und zweifelhafte Verfahrensweisen einzelner Behörden zu unterminieren. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit endet nicht mit dem abgeschlossenen Asylverfahren. Herr Staatsminister Herrmann, dieses Prinzip der Rechtsstaatlichkeit hat auch Geltung in den Räumen der Zentralen Rückführungsstelle. Dafür muss Sorge getragen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sammelanhörungen von chinesischen Asylbewerberinnen und -bewerbern durch den chinesischen Geheimdienst darf es nicht geben. Eine Kooperation dieser Art mit einem Verfolgerstaat konterkariert das Asylrecht auf geradezu bizarre Art und Weise und ist nicht hinnehmbar. Es kann nicht sein, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit offiziellen Vertretern des Staates konfrontiert werden, aus dem sie geflohen sind. Das ist den Flüchtlingen nicht zumutbar.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme damit zu unserem einzigen Dissens, nämlich dem Vorschlag, diese Flüchtlinge der chinesischen Botschaft vorzuführen und sie dort anzuhören. Diesen Vorschlag halte ich nicht gerade für zielführend. Ich werte diese Zwischenbemerkung als einen Hinweis, der nicht ganz zu dem Antrag passt, den die GRÜNEN heute vorgestellt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): So ist es!)

Bedauerlicherweise vermittelt Herr Staatsminister Herrmann immer wieder den Eindruck, dass nicht der Schutz vor Verfolgung, sondern die schnellstmögliche Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland in der bayerischen Asylpolitik Priorität genießt. Die Asylpolitik wird in Bayern seit jeher restriktiver als in anderen Bundesländern gehandhabt. Die Anerkennungsquoten sind in Bayern mit am niedrigsten. Im Kontext der jüngsten Vorgänge stellt sich die Frage, um welchen Preis dies erreicht wird.

Der Freistaat Bayern steht in einer besonderen Verantwortung. Ich möchte die bayerisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen erwähnen, die sehr intensiv sind. Bayern pflegt seit vielen Jahren Wirtschaftskontakte mit seinen Partnerprovinzen Shandong und Guangdong. Hochrangige Delegationen aus China treffen regelmäßig mit Vertretern der Staatsregierung zusammen. Staatskanzleiminister Schneider hat gestern zeitgleich mit den Demonstrationen von Menschenrechtsorganisationen in München in einer Presseerklärung wissen lassen, dass China Bayerns wichtigster Handelspartner in Asien sei. Der bayerisch-chinesische Handel sei seit 1990 bis zum Jahr 2008 um rund 17,8 Milliarden Euro oder 2.500 % gestiegen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich begrüßen wir prinzipiell gute wirtschaftliche Beziehungen. Wir dürfen dabei aber nicht vernachlässigen, dass der ökonomische Aufbruch im Lande des Drachens auch mit unserer Forderung nach einer strikten Einhaltung von universellen Menschenrechten einhergehen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister Herrmann, ich frage Sie, ob an den Verhandlungstischen zwischen Bayern und China auch über Folter, Hinrichtungen und willkürliche Verhaftungen gesprochen wird. Bayern sollte selbstbewusst genug sein, um hier Tacheles zu reden und das Rechtsstaatsprinzip zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten mit dem Grundrechtsschutz bei uns zu Hause beginnen. Es darf nicht sein, dass Angestellte des Innenministeriums ihre Befugnisse und Auskunfts-

pflichten an chinesische Behördenvertreter abtreten oder unüberprüfbare Auskünfte über ominöse Kanäle einholen. Herr Staatsminister, wir erwarten von Ihnen heute eine klare Ansage, die nur lauten kann: Chinesische Beamte mit willkürlicher Rechtsauslegung haben in bayerischen Amtsstuben in dem genannten Zusammenhang nichts, aber auch gar nichts verloren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Der lange Atem Mao Zedongs darf nicht bis in Ihr Vorzimmer reichen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine lückenlose Aufklärung. Ich kann mich Herrn Kollegen Dr. Fischer nur anschließen: Heute sind bei Weitem noch nicht alle Fragen beantwortet worden. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung über die Vorgänge in den Räumen der Zentralen Rückführungsstelle Süd in der Boschetsrieder Straße. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der GRÜNEN und auch dem Antrag der FDP zustimmen. Ich möchte Herrn Kollegen Dr. Fischer gegen die Angriffe von Frau Kollegin Guttenberger in Schutz nehmen: Herr Kollege Dr. Fischer, was Sie heute gesagt haben, ist völlig richtig. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass diese Geschichte von den Kolleginnen und Kollegen der FDP skandalisiert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Rinderspacher, ich erteile der Kollegin Guttenberger das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Kollege, stimmt es, dass die SPD Mitglied der Bundesregierung ist?

Markus Rinderspacher (SPD): Ja.

Petra Guttenberger (CSU): Stimmt es auch, dass es ein Memorandum of Understanding der Bundesregierung mit dem Staat China über die Rückführung chinesischer Flüchtlinge gibt? Ist das richtig? Die SPD ist immer noch Mitglied der Bundesregierung, oder?

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Das ist vollkommen richtig. Das eine hat aber mit dem anderen nichts zu tun. Vorhin habe ich schon betont, dass das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit mit der Beendigung des Asylverfahrens nicht enden darf. Das Prinzip muss auch dann gelten, wenn die betroffenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach dem Abschluss des rechtsstaatlichen Verfahrens vorgeführt und befragt werden. Daran ändert sich nichts. In diesem Zusammenhang müssen

wir dafür Sorge tragen, dass das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt wird.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Rinderspacher, ich möchte Ihre dankenswerten Ausführungen dadurch ergänzen, dass ich aus dem Lagebericht der Bundesrepublik zitiere, welcher uns zugespielt wurde. In Bezug auf China kann man dort lesen: Elementare Menschenrechte werden weiterhin signifikant verletzt. Dazu gehören verwaltungsbehördliche Einweisungen in ein Lager für Umerziehung durch Arbeit - das heißt Haft ohne Gerichtsverfahren -, Folter, polizeiliche Willkür, parteiabhängige Justiz und fehlende Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wo immer die Partei ihr Machtmonopol oder die Stabilität des Staates gefährdet sieht, greift sie rigoros durch. Kritiker werden häufig der Aufwiegelung zum Sturz der Staatsgewalt oder Gefährdung der Staatssicherheit beschuldigt und zu unverhältnismäßigen Haftstrafen sowie Entzug der politischen Rechte verurteilt.

Mit diesem Staat und mit diesem Geheimdienst arbeiten unsere Behörden zusammen, zum Schaden der Menschen, die aus der ganzen Bundesrepublik unter Polizeischutz angekart werden. Es reicht nicht, zu sagen, dass es sich um ein abgeschlossenes Asylverfahren handle. Das zeigen besonders die Fälle der Angehörigen der Falun Gong, einer Glaubensgemeinschaft, die in chinesischen Umerziehungslagern gefoltert und misshandelt worden sind. Einige Stimmen behaupten sogar, dort seien Organbanken eingerichtet worden. Diese Tatsachen müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir darüber reden, ob wir Menschen nach China abschieben wollen und die Anhörungen unter Mitwirkung der chinesischen Vertreter rechtmäßig sind oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Kollegin Ackermann, ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass Sie die Menschenrechtssituation in China mit diesen Details untermauert haben. Bemerkenswert war die heutige Äußerung des Ministers, er könne nicht garantieren, dass Vertreter des chinesischen Geheimdienstes Sammelbefragungen durchführten. Das hat der Minister wörtlich gesagt. Sie können mir gerne widersprechen, wenn ich etwas falsch verstanden habe. Für mich ist das die bemerkenswerteste Äußerung. An dieser Stelle muss der Freistaat Bayern Sorge dafür tragen, dass keine Kooperation in jeglicher Form mit chinesischen Geheimdienstbehörden stattfindet.

(Zuruf von der CSU - Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der letzte Redner zu diesem Dringlichkeitsantrag. Wir haben alle die verschiedenen Statements gehört. Aufgrund der verschiedenen Statements lässt sich feststellen, dass der Fall noch nicht abgeschlossen ist und sehr großer Klärungsbedarf besteht. Ich habe aufmerksam die Äußerungen des Innenministers, aber auch die Äußerungen der GRÜNEN, der SPD und der FDP verfolgt. Die vier Fragen der FDP und die zwei Fragen der GRÜNEN sind heute noch nicht ausreichend beantwortet worden. Die Beantwortung sollte auf jeden Fall in schriftlicher Form erfolgen, damit der Sache gründlich nachgegangen werden kann. Darauf bestehen auch die Freien Wähler. Wir unterstützen deshalb die Stellungnahme des Herrn Dr. Fischer und den Vorschlag der GRÜNEN. Da der Antrag der GRÜNEN dafür plädiert, die chinesischen Flüchtlinge nicht abzuschicken, werden wir dem Antrag in dieser Form zustimmen. Derzeit ist es noch nicht gerechtfertigt, diese Abschiebung vorzunehmen. Wenn die Anhörung abgeschlossen ist und die Antworten vorliegen, kann über dieses Thema erneut diskutiert werden.

Der Deutsche und der Bayerische Flüchtlingsrat sowie Pro Asyl berichten, dass ein chinesischer Flüchtling vor Ort auf chinesische Beamte des Innenministeriums getroffen sei. Da diese Nachricht aus drei unterschiedlichen seriösen Quellen stammt, wird sie stimmen. Das ist ein Verstoß gegen deutsche Verfahrensgrundsätze. Das deutsche Recht wird außer Kraft gesetzt. Das kritisieren wir ganz klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Konfrontation mit offiziellen Vertretern des Staates ist in dieser Form nicht akzeptabel. Der Rechtsbeistand wird dabei nicht gewährleistet.

In der chinesischen Verfassung steht zwar, dass der Staat die Menschenrechte gewährleiste und akzeptiere, aber das Verständnis von Menschenrechten unterscheidet sich fundamental von dem Verständnis, das wir in Deutschland in Bezug auf Menschenrechte haben. Die Artikel 1 bis 20 des Grundgesetzes gelten für alle weiteren Grundrechte. Der Unterschied zu China liegt darin, dass in China die Menschenrechte der Stabilität und der Einheit des Landes untergeordnet sind. Wenn die chinesische Regierung die Einheit und die Stabilität gefährdet sieht, kann sie die Menschenrechte, die formal in der Verfassung festgesetzt sind, außer Kraft setzen. Deswegen sind die Menschenrech-

te in China in keiner Weise vergleichbar mit den Menschenrechten in Deutschland. Die Menschenrechte in China waren nicht nur im letzten Jahr anlässlich der Olympischen Spiele in Peking aktuell. In China werden permanent Menschenrechte verletzt. Die Menschen werden drangsaliert und unter Hausarrest gestellt. Hunderttausende befinden sich in Untersuchungshaft. In den Medien wird ständig davon berichtet. Im Jahre 2008 gab es mindestens 7.000 Todesurteile, von denen 1.700 vollstreckt worden sind. Journalisten sind von diesen Verfahren nicht ausgeschlossen. Erst Anfang Juli ist es erneut zu Unruhen gekommen.

In diesem konkreten Fall, der im Antrag der GRÜNEN aufgeführt ist, drohen den Betroffenen bei Rückführung Folter und brutale Verhörmethoden. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag der GRÜNEN, der dafür plädiert, keine Abschiebung nach China durchzuführen, derzeit berechtigt. Zunächst müssen alle Fragen, die von der FDP und den GRÜNEN gestellt worden sind, beantwortet werden. Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Bevor ich dem Herrn Innenminister das Wort erteile, habe ich die Ehre, auf unserer Ehrenloge den Präsidenten des Parlaments von Krasnojarsk zu begrüßen, Herrn Alexander Uss. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich den Vorwurf von Herrn Kollegen Fahn, deutsches Recht werde außer Kraft gesetzt, mit aller Entschiedenheit und Schärfe zurückweisen. Es ist eine unglaubliche Unterstellung, dass irgendeine Behörde deutsches Recht außer Kraft setzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Entschuldigung, Herr Kollege, ich habe großen Respekt vor jedem Parlamentarier. Aber ich denke, dass Sie über ein Thema geredet haben, von dem Sie jedenfalls juristisch null Ahnung haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege, Tatsache ist, dass nach geltendem deutschem Recht jeder in unserem Land verpflichtet ist, sich ordnungsgemäße Ausweispapiere zu beschaffen. Das ist ausdrücklich im Gesetz geregelt. Das gilt ebenfalls nachdrücklich für jemanden, der als Asylbewerber rechtskräftig von einem Bundesamt nach einem rechtsstaatlichen Verfahren, das in Bundesgesetzen geregelt

ist, abgelehnt wurde. Jeder, über den wir reden und der in der letzten Woche in der Boshetsrieder Straße unterwegs war, ist nach geltendem deutschem Recht verpflichtet, sich einen ordnungsgemäßen Pass zu besorgen. Diese Personen waren alle seit Monaten verpflichtet, in der chinesischen Botschaft in Berlin vorzusprechen und sich einen Pass zu beschaffen. Die Betroffenen haben alle gegen diese Verpflichtung verstoßen. Das ist geltendes deutsches Recht, Herr Kollege!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist denn das für ein Maßstab? - Unruhe bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Ackermann, Sie können die Leute gerne alle fragen, warum sie bisher noch nicht bei der chinesischen Botschaft waren. Die Leute sind alle seit Monaten verpflichtet gewesen, in der chinesischen Botschaft vorzusprechen und sich einen Pass zu besorgen. Keiner der Betroffenen ist der Verpflichtung nachgekommen. Das ist die Vorgeschichte der Fälle, meine Damen und Herren. Erst nachdem die Betroffenen dieser Verpflichtung nicht nachgekommen sind, wurden sie von der Zentralen Rückführungsstelle vorgeladen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wären die Leute dieser Verpflichtung nachgekommen, sich in ihrer Botschaft einen Pass zu besorgen, wäre das ganze Verfahren nicht notwendig. Das ist, wohl gemerkt, geltendes deutsches Recht. Das wurde mit den Stimmen der SPD im Deutschen Bundestag beschlossen. - Herr Kollege Rinderspacher, bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Staatsminister, es ist überhaupt keine Frage, dass deutsches Recht durchgesetzt werden muss, das möchte ich an dieser Stelle betonen. Da standen wir, glaube ich, aber auch nicht im Verdacht.

Herr Staatsminister, ich frage Sie: Ist es für Sie in Ordnung, deutsches Recht durchzusetzen durch die Kooperation mit dem chinesischen Geheimdienst?

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den Freien Wählern - Dr. Günther Beckstein (CSU): Selbstverständlich!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Rinderspacher, ich habe vorhin Herrn Kollegen Fahn angesprochen. Ich habe mit dem, was Sie zur Menschenrechtssituation in China gesagt haben, überhaupt keine Probleme. Ich kann in großen Teilen, wenn auch nicht in allen Nuancen, volle Übereinstimmung feststellen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist doch alles nur ein Kasperltheater!)

Was die grundsätzliche Kooperation betrifft, so wurde ein weiter Bogen geschlagen bis hin zur deutschen Geschichte und dem früher geteilten Deutschland. Wir könnten lange darüber diskutieren. Zunächst ist es immer - auch für die Musterdemokratie Deutschland - eine Herausforderung, mit den faktischen Machthabern allüberall auf der Welt in irgendeiner Weise in Kontakt zu treten. Vor dieser Situation stand bekanntermaßen auch die sozialliberale Koalition in den Siebzigerjahren in Bezug auf die DDR.

(Markus Rinderspacher (SPD): Zu meiner Frage, bitte!)

Falls es ein Regime gibt, das gegen Menschenrechte verstößt, dann kann man nicht sagen, zu diesem Regime dürfe es keinen Kontakt geben. So haben Sie das auch nicht gesagt, Herr Rinderspacher, ich sage das in eine andere Richtung. Diese Auffassung jedenfalls ist sicherlich weltfremd.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich kooperiere nicht mit dem chinesischen Geheimdienst, und das tut die Zentrale Rückführungsstelle auch nicht. Wenn mir aber die Frage gestellt wird, ob ich ausschließen kann, dass ich mit dem chinesischen Geheimdienst zu tun habe, dann beantworte ich diese Frage wahrheitsgemäß. Wenn Sie morgen die französische Botschaft in Lissabon aufsuchen, dann kann Ihnen auch niemand garantieren, dass Sie nicht zufällig an einen Mitarbeiter geraten, der auch Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes ist. Das kann keiner ausschließen.

(Anhaltende Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD - Glocke des Präsidenten)

Es wäre deshalb völlig weltfremd, wenn ich hier sagen würde: Ich kann ausschließen, dass das ein Mitarbeiter des chinesischen Geheimdienstes ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Was ich ausschließen kann, das ist, dass eine bayerische oder eine deutsche Behörde in der Zentralen Rückführungsstelle oder beim Bundesamt ausdrücklich mit dem chinesischen Geheimdienst kooperiert. Ich kann aber nicht ausschließen, was diese Mitarbeiter sonst machen. Was ich Ihnen sagen kann, das ist Folgendes: Die Delegation, die aus China kam, setzt sich wie folgt zusammen: ein Mitarbeiter vom Amt für Ein- und Ausreise der Provinz Kanton, ein Mitarbeiter vom Stadtbüro Ning bo der Verwaltung der Provinz Zhejiang für Ein- und Ausreise, ein Mitarbeiter vom Stadtbüro Fu

Zhou, Amt für Ein- und Ausreise in der Provinz Fu Jian, und noch einmal ein Mitarbeiter aus der Verwaltung der Provinz Fu Jian. Mit diesen Vertretern werden vor allem die verschiedenen Dialekte der Volksrepublik China abgedeckt. Darum geht es bei diesen Gesprächen.

Meine Damen und Herren, die Gespräche fanden vom 6. bis 10. Juli 2009 für Personen statt, die in Bayern Unterkunft haben. Für die Personen, die in Bayern ansässig sind, sind diese Verfahren jetzt erst einmal abgeschlossen.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, es ist nicht die Auffassung des Bundesaußenministers, dass zurzeit keine Abschiebungen nach China stattfinden könnten. Eine solche generelle Haltung, das sage ich Ihnen hier noch einmal, ist völlig weltfremd.

Eines erlaube ich mir abschließend noch einmal festzustellen: Ich habe vorhin ausdrücklich auf die problematische Menschenrechtssituation in China und auf die Tatsache hingewiesen, dass es dort politische Verfolgung gibt. Aber auf die Tatsache, dass bundesdeutsche Behörden - bitte schön nicht in erster Linie bayerische - schon seit längerer Zeit feststellen, dass gezielte Schleusungen von Personen allein aus wirtschaftlichen Gründen in deutsche Wirtschaftsbetriebe stattfinden - und in dieser Frage sind sich alle deutschen Behörden einig -, ist kein Einziger von Ihnen eingegangen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Weil das nichts miteinander zu tun hat!)

Das können Sie doch nicht einfach ignorieren. Ich sage deshalb: Menschen, denen in China tatsächlich Verfolgung droht, dürfen nicht abgeschoben werden. Diese Menschen werden wir auch nicht abschieben. Wenn das Bundesamt aber festgestellt hat, es gibt keine Verfolgungsgefahr und keinen Asylgrund bei uns, dann wird in jedem einzelnen Verfahren geprüft, ob es ein Abschiebehindernis gibt. Das findet in einem rechtsstaatlichen Verfahren statt. Wenn im Einzelfall dann festgestellt wird - wohlgemerkt im Einzelfall, liebe Kolleginnen und Kollegen -, dass kein Abschiebehindernis besteht, dann können wir uns nicht auf den Standpunkt stellen - und das sage ich hier klipp und klar -, wir könnten überhaupt niemanden mehr nach China abschieben. Angesichts eines Volkes mit über einer Milliarde Einwohnern und der Tatsache, dass aus diesem Land gezielte Schleusungen von Wirtschaftsflüchtlingen in verschiedenste Länder dieser Erde stattfinden, wäre es weltfremd, zu sagen: Wir schieben überhaupt niemanden nach China ab. Ich sage deshalb, eine solche Haltung kann ich auf keinen Fall teilen. Im Übrigen wird

diese Auffassung auch von keinem der anderen Bundesländer geteilt.

Die weiteren Detailfragen werden wir gern in einer der nächsten Ausschusssitzungen in allen Einzelheiten beantworten. Wir stellen uns dieser Diskussion gern, da gibt es überhaupt nichts zu verbergen. An der Linie der Zentralen Rückführungsstelle gibt es im Moment aber nicht das Geringste auszusetzen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, bleiben Sie hier, ich habe zwei Zwischenbemerkungen. Erste Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Innenminister, Sie haben gerade ausgeführt, dass einige Anhörungen schon stattgefunden haben. Durften bei diesen Anhörungen Anwälte dabei sein? - Das würde ich gerne wissen. Außerdem: Was passiert mit diesen Menschen, wenn sie ausreisepflichtig sind? Können Sie garantieren, dass den Flüchtlingen, wenn sie nach China zurückkommen, keine menschenrechtswidrige Behandlung droht? Und: Habe ich Sie vorhin richtig verstanden: Sie haben die Situation in Frankreich mit der Situation in China gleichgesetzt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Nein, Frau Kollegin. Ich kann Ihnen gerne bestätigen: Das haben Sie, wie so vieles in diesem Hause, wieder einmal missverstanden. Das habe ich auch überhaupt nicht gesagt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe gesagt, der Sinn von Geheimdiensten ist logischerweise der, dass man bei keinem ihrer Mitarbeiter auf der ganzen Welt auf der Stirn geschrieben sieht, ob dieser neben seiner offiziellen Tätigkeit nach außen nebenbei auch noch Mitarbeiter eines Geheimdienstes ist. Auch einem chinesischen Regierungsvertreter sehe ich leider nicht an, ob er einem Geheimdienst angehört. Ich könnte hier auch sagen: Nein es gibt keine Geheimdienste. - Sie könnten dann erwidern: Woher wollen Sie wissen, ob diese Person beim Geheimdienst ist? - In der Tat kann ich Ihnen redlicherweise nur sagen: Ich weiß es nicht, genauso wenig wie ich es in Bezug auf alle anderen Staaten dieser Welt weiß. Nur das habe ich damit sagen wollen.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu den anderen Dingen kann ich Ihnen nur sagen, Frau Kollegin, eine Auswertung habe ich noch nicht vorliegen. Die Gespräche haben jetzt erst einmal stattgefunden. Ich habe auch noch nicht gesagt, ob die 29 Per-

sonen jetzt alle abgeschoben werden können. Die Gespräche haben stattgefunden. Ich hoffe, dass bei dem einen oder anderen durch diese Gespräche eine Identitätsfeststellung möglich ist. Dann können wir entsprechend weitergehen. Es kann auch sein, dass bei dem einen oder anderen diese Gespräche zu keinem konstruktiven Ergebnis geführt haben. Ich weiß das noch nicht. Ich habe noch nichts vorliegen. Deshalb gibt es da auch noch keine Entscheidungen. Auch darüber werden wir Sie gerne informieren.

Rechtsanwälte konnten nach meiner Kenntnis in einigen Fällen an den Gesprächen teilnehmen. Auch das kann ich Ihnen gerne in der weiteren Berichterstattung im Detail mitteilen. In welchem Umfang Rechtsanwälte teilgenommen haben, kann ich Ihnen jetzt ad personam zu den 29 Betroffenen nicht aus dem Stegreif sagen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Zwischenbemerkung: Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Innenminister, Sie haben mich persönlich angesprochen. Deswegen darf ich auch die Gelegenheit ergreifen, zu erklären, was ich gemeint habe.

Ich zitiere § 82 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes:

Soweit es zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen und anderen Gesetzen erforderlich ist, kann angeordnet werden, dass ein Ausländer bei der zuständigen Behörde sowie den Vertretern oder ermächtigten Bediensteten des Staates, dessen Staatsangehörigkeit er vermutlich besitzt, persönlich erscheint...

Diese Vorschrift erlaubt jedoch nicht die Abkehr von deutschen Verfahrensgrundsätzen. Die Einhaltung dieser Vorschriften muss aber unbedingt so weit gewährleistet sein, dass zumindest in dem Fall die Anwesenheit deutscher Beamter sichergestellt werden muss. Wie aber von Pro Asyl sowie vom Bayerischen und Deutschen Flüchtlingsrat berichtet wurde, ist das bisher nicht der Fall gewesen bzw. es soll geprüft werden. Wenn das nicht der Fall ist, ist das eben eine Abkehr von den deutschen Verfahrensgrundsätzen. Das habe ich damit gemeint.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Das ist eine erfreulich deutliche Einschränkung des pauschalen Vorwurfs, den Sie vorhin erhoben haben. Ich habe Ihnen gesagt, dass an diesen Gesprächen jeweils mindestens ein Mitarbeiter der Zentralen Rückführungsstelle teilnimmt. Wenn Sie behaupten, dass das in Einzelfällen nicht der Fall gewesen ist,

werde ich dem gerne nachgehen und dies gerne auch in die weitere Berichterstattung einfließen lassen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, vielen Dank. Offensichtlich gibt es keine Zwischenbemerkungen mehr. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Meine Damen und Herren, die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich lasse zuerst über den FDP-Dringlichkeitsantrag abstimmen. Diese Abstimmung ist nicht namentlich.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1847 - das ist der Antrag der FDP-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Eine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist mit einer Gegenstimme fast einstimmig beschlossen. Vielen Dank. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1836. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Die Wahlurnen sind wie üblich hier vorn am Stenografentisch und an den Ausgängen. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 11.04 bis 11.07 Uhr)

Wer jetzt noch eine Karte einwerfen will, möge das bitte tun. - Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird im Anschluss bekannt gegeben.

Ich darf bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe die Nummer 3 der Dringlichkeitsanträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Renate Will, Dr. Annette Bulfon u. a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU)
Erleichterte Zugangsbedingungen zur Jahrgangsstufe 10 des Mittlere-Reife-Zuges (Drs. 16/1837)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Will. Bitte schön, Frau Kollegin.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu unseren wichtigsten Zielen in der Bildungspolitik gehört es, möglichst vielen Schülerinnen

und Schülern wohnortnah zu höheren Abschlüssen zu verhelfen. Es ist an uns, für die optimalen Rahmenbedingungen zu sorgen und unnötige Barrieren wegzuräumen.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, ich bitte um Entschuldigung. - Ich bitte doch die Regierungsbank, ein bisschen den Pegel zu senken. Danke schön. - Frau Will, bitte schön, Sie haben das Wort.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Jeder Schüler, jede Schülerin muss die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln und den Bildungsweg gehen zu dürfen, der seinen, ihren Fähigkeiten und Talenten entspricht. Manchmal dauert das bei einigen ein bisschen länger. Sie brauchen einfach ein bisschen Zeit. Deshalb wollen wir im Sinne der Chancengerechtigkeit eine höhere Durchlässigkeit ermöglichen. Diese Möglichkeit wird in nächster Zeit im Übrigen auch in der neuen bayerischen Mittelschule aufgrund der Modularisierung bestehen.

Nur - und das wollen wir mit diesem Antrag erreichen - dürfen wir die Schülerinnen und Schüler nicht vergessen, die nicht mehr die Möglichkeit haben, von der neuen bayerischen Mittelschule oder von den Kooperationsschulen zu profitieren. Deshalb wollen wir ihnen durch ein faires Angebot die Möglichkeit dazu geben. Wir wollen prüfen lassen, auf welchem Weg die Zugangsbedingungen zur jetzigen M 10 des Mittlere-Reife-Zuges im Sinne der Chancengerechtigkeit angepasst werden können.

Schülerinnen und Schüler, die den Qualifizierenden Hauptschulabschluss gemacht haben, erhalten jetzt mit der Note 2,0 die Möglichkeit, noch in den M-Zug einzusteigen. Wir sagen: Den Schulen, Schulleitungen oder Schulkonferenzen muss die Möglichkeit geboten werden, die harte Barriere 2,0 aufzuheben

(Zuruf von den Freien Wählern: 2,3, Frau Kollegin!)

und die Entscheidung der Schulleitung zu überlassen. Denn die betroffenen Schüler haben bereits einen Abschluss. Es liegt in der Verantwortung der Eltern, ob die Schüler den weiteren Schulabschluss machen können und sollen. Das heißt: Es soll nicht das Hackebeil des Notendurchschnitts gelten.

Wir haben mit einem Antrag "Durchlässigkeit weiter erhöhen" schon die ersten Schritte eingeleitet. Ich bitte Sie, jetzt auch diesem Schritt zuzustimmen. Er liegt im Sinne der Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt schon ein bisschen schwer, bei diesem Antrag sachlich zu bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich werde mich bemühen.

Ich stelle hier fest: Wenn Bildungsthemen aufgerufen werden, leert sich der Saal interessanterweise schnell. Ob das diesen Themen angemessen ist, möchte ich bezweifeln. In diesem konkreten Fall habe ich allerdings ein bisschen Verständnis dafür. Denn hier haben wir einen Antrag der Regierungsfractionen, bei dem man sich die Frage stellen muss: Hat es eine Regierungspartei nötig, einen Berichtsantrag an die eigene Regierung zu stellen? Oder könnten die Regierungsfractionen das nicht einfach machen, weil sie in der Mehrheit sind?

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem will ich mir die Mühe machen, dahinterzuschauen, was der Antrag fordert, wenn es auch fast nicht der Rede wert ist.

Hier geht es um zwei Dinge. Erstens frage ich mich im Hinblick auf das Wort "Dringlichkeitsantrag", was hier eigentlich dringlich ist. Das Schuljahr ist gelaufen. Wenn etwas gemacht werden soll, betrifft es also das nächste Schuljahr. Dringlich ist der Antrag bestimmt nicht. Er ist schon gar nicht dringlich, wenn man bedenkt, Herr Staatssekretär, dass wir weitreichende Reformen auf den Weg bringen. Ich muss erst einmal darüber schlafen, bevor ich darüber nachdenken kann, wie das zusammenpasst. Ich bin überhaupt nicht sicher, ob das zusammenpasst, aber vielleicht werden wir das noch schaffen.

Worum geht es? Es geht darum, den Hauptschulabsolventen den Zugang zur M 10, also bis zur 10. Klasse und bis zur mittleren Reife, zu erleichtern.

Zweitens. Ihr Antrag verweist auf einen anderen Antrag, den ebenfalls die Regierungsfractionen gestellt haben, wonach weitere Möglichkeiten erprobt werden sollen. Darin wird das Ministerium gefragt, ob weitere Möglichkeiten geschaffen werden können, dass Hauptschulabsolventen zum mittleren Schulabschluss kommen.

An dieser Stelle darf ich einmal bemerken: Mit den Begriffen nehmen es die Regierungsfractionen überhaupt nicht genau. Da wird einmal von "mittlerer Reife", dann

vom "mittleren Schulabschluss" gesprochen. Ich glaube, Sie wissen wirklich nicht, was dahintersteckt. In dem einen Antrag kommen beide Begriffe zweimal vor. Wenn man danach die "mittlere Reife" anstrebt, geht es um das Angebot des Realschulabschlusses. Wenn man den "mittleren Schulabschluss" anstrebt, dann muss man M 10 machen. Daran merkt man, wie schwierig es ist, hier mit den Begriffen klarzukommen.

Wenn dann vielleicht noch die neuen Kooperationsstandorte mit eingebunden werden, dann sind das Chaos und die Verwirrung der Menschen komplett.

(Beifall bei der SPD)

Es ist natürlich keine Frage, dass wir den jungen Menschen Zugänge zu höheren Bildungsabschlüssen ermöglichen wollen. In der Begründung heißt das "Zukunftschancen eröffnen". Natürlich wollen auch wir das.

Wir wollen auch, wie es in der Begründung des Antrags auf Drucksache 16/1138 heißt, der in Ihrem Dringlichkeitsantrag erwähnt wird, dass die Bildungsabschlüsse möglichst wohnortnah gemacht werden können. Aber wie soll das verwirklicht werden? Soll es dadurch passieren, dass man dem Druck der Eltern nachgibt? Soll man immer wieder an der Zugangsschraube drehen? Wenn die Leute nämlich nicht mit dem Übertrittszeugnis und mit der Note 2,3 zufrieden sind, dann kommt man vielleicht auf die Idee, die Note bei 2,6 festzulegen, und dann passt die Sache wieder.

Bei der Hauptschule ist die Note 2,0. Das ist natürlich eine hohe Barriere. Da könnte man auf die Idee kommen, sie woanders festzulegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf diese Weise Schulpolitik zu machen läuft auf einen Offenbarungseid hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Denn wie passt es zusammen, wenn man sich einerseits zur Leistung bekennt, andererseits jedem Qualis Schüler den Zugang zur M 10 gibt?

Ich habe selber die Erfahrung gemacht, dass der Sprung von der Kreisliga in die Oberliga - also vom Quali in die letzte Klasse des M-Zuges - gewaltig ist. Wenn wir Leistung und Anerkennung wollen, müssen wir auch auf Qualität achten.

Deshalb sind wir überhaupt nicht dafür, dass man das durch die Notenfestlegung macht. Wenn man hier etwas machen will, muss man das System neu aufstellen. Dann sind wir beieinander. Sie glauben, dass das bei der Mittelschule geht. Wir haben aber Zweifel, weil das an der Systematik und den Inhalten nichts ändert.

Wenn wir etwas ändern wollen, sollten wir uns nicht mit Dringlichkeitsanträgen beschäftigen, die keine sind, sondern uns in Ruhe zusammensetzen und mit dem Ziel eines Konsenses überlegen: Wie bringen wir das System wieder auf die Beine? Wie schaffen wir es, dass die ehrenwerten Ziele erreicht werden? Das heißt: Wie können wir es schaffen, dass die Schüler und Jugendlichen möglichst wohnortnah möglichst hohe Bildungsabschlüsse bekommen können?

Was macht jetzt die SPD-Fraktion im Angesicht dieses Schaufensterantrags, dem man eigentlich nicht zustimmen kann? Wir haben uns trotz alledem entschlossen, dem Antrag zuzustimmen, weil das Signal natürlich richtig ist, die Bildungschancen zu erhöhen. Wie sich die Antragsteller das vorstellen, wird es zwar nicht gehen, aber einem Berichtsantrag kann man zustimmen.

Wir sind natürlich gespannt, was aus dem Haus des Herrn Ministers und des Staatssekretärs dazu kommt, ob man jetzt wieder beginnt, die Mittelschule auf den Prüfstand zu stellen, oder ob man nachbessert.

Eines ist schon komisch. Im Moment laufen Informationsveranstaltungen. Da wüsste ich schon gern, was zu tun ist. Soll man andere Zugangsvoraussetzungen für die Mittelschule schaffen? Kein Mensch weiß das. Chaos perfekt! Wir stimmen trotzdem um der Sache willen zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Gottstein für die Freien Wähler.

Eva Gottstein (FW): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist seltsam. Er zeigt einmal mehr, dass der Koalitionspartner FDP von der Schulwirklichkeit wenig Ahnung hat. Was mich wundert, ist nicht der Antrag der FDP, sondern die Tatsache, dass sich die Kolleginnen und Kollegen von der CSU zu diesem Antrag hergeben.

Die Formulierung ist schon etwas kompliziert. Mir ist klar, warum die FDP davon ausgeht, dass man bei uns eine Abiturientenquote von 100 % braucht. Man hätte das auch einfacher formulieren können. Es soll berichtet werden. Das ist in unseren Augen eine reine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für das Ministerium. Es gibt ein kleines grünes Buch, auf dem "Volksschulordnung" steht. Darin kann man die Zugangskriterien, die es bisher gibt, nachlesen. Sie, Frau Will, haben die Kriterien falsch zitiert. Die Durchschnittsnote muss 2,3 sein, aber in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik muss die Note 2,0 erreicht werden. Keine Note

darf schlechter als 3 sein. Der Gesamtdurchschnitt, der vorgeschrieben ist, liegt also bei 2,3.

Sie wollen, dass die Staatsregierung berichtet, wie man diese Zugangskriterien ändern kann. Die Zugangskriterien sind nur die Notendurchschnitte. Man wird etwas am Notenschnitt ändern müssen. Sie wollen eine Erleichterung. Wem helfen Sie damit? Helfen Sie jemandem, wenn Sie die Durchschnittsnote auf 3,0 festsetzen? Wenn Sie mehr Förderstunden beschließen und in jeder M-Klasse, in der in Zukunft ein Schüler sitzt, der keinen Notendurchschnitt von 2,3, sondern von 3,0 hat, mehr Lehrer einsetzen, dann gehen wir mit Ihnen d'accord. Aber so hat der Schüler doch keine größere Chance, bloß weil er einen niedrigeren Notendurchschnitt haben darf. Die Notendurchschnitte haben sich doch in der Realität bewährt, und sie sind praxisbezogen. Ihre Forderung schafft keine Chancengleichheit. Im Gegenteil: Sie jagen Schüler in eine unverantwortliche Situation und müssen ihnen nach einem halben Jahr erklären, dass Sie sich leider getäuscht haben.

Wenn Sie Chancengleichheit erreichen wollen, und wenn Sie erreichen wollen, dass mehr Schüler als bisher in der 9. Klasse einen Notendurchschnitt von 2,3 haben, sodass Sie in den M-Zweig wechseln können, dann müssen Sie mehr Verwaltungspersonal in den Schulen einsetzen. Dann kann nämlich der Hauptschullehrer der 9. Klasse in der ersten Stunde unterrichten, und er muss nicht überlegen, ob von den drei Schülern, die nicht anwesend sind, einer verschlafen hat oder seine Eltern verschlafen haben, und er muss sich nicht fragen, ob er die Polizei verständigen muss, weil das die Schulordnung vorschreibt, wenn ein Schüler nicht im Unterricht erscheint.

Wenn Sie wirklich wollen, dass ein Schüler der 9. Klasse besser gefördert wird, dann müssen Sie an jeder Hauptschule einen Sozialarbeiter einsetzen. Dann kann nämlich der Lehrer in der dritten Stunde besser unterrichten und besser fördern, weil er nicht mit der Suche nach Streitschlichtern beschäftigt ist oder gar selber einen Streit aus der Pause schlichten muss.

Wenn Sie mehr fördern und mehr Chancengleichheit erreichen wollen, dann müssen Sie mehr Personal einsetzen und die Klassen, speziell die 8. und 9. Klassen der Hauptschule, verkleinern, damit die Lehrer nicht das Burn-out-Syndrom bekommen. Das haben zu viele Lehrer. Diese unterrichten dann auch in der 5. und 6. Stunde nicht so gut, wie es die Schüler, die gefördert werden müssen, verdienen.

Wenn Sie all diese Maßnahmen ergreifen, dann brauchen Sie nicht an Notendurchschnitten herumzuschrauben. Wenn Sie in der jetzigen Situation, ohne etwas zu ändern, die Schüler mit einem niedrigeren

Notendurchschnitt in eine solche Klasse lassen, dann gefährden Sie den Erfolg derer, die bereits in diesen Klassen sind und die seit Jahren auf einem höheren Niveau unterrichtet werden, und Sie gefährden den Erfolg des Schülers, den Sie in diese Klasse - ich muss es so formulieren - hineinjagen. Empfehlen Sie so einem Schüler - ich denke, Sie kennen die Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems nicht, die sehr wohl in großen Teilen gegeben ist -, den Quali zu machen, mit dem Quali einen Beruf zu ergreifen, in der Berufsschule einen Notendurchschnitt von 2,0 oder im Berufszeugnis eine 2,5 zu erreichen; denn dann hat er den Quali und damit den mittleren Schulabschluss. Damit hat er mehr Chancen. Sie hätten bisher genug Gelegenheit gehabt, eine entsprechende Förderung zu ermöglichen und verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie und Ihre Kollegen im Bildungsausschuss hätten nur einigen wichtigen Anträgen von uns, der SPD oder den GRÜNEN zustimmen müssen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Dann wären Sie glaubwürdig gewesen, so nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Gehring für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keine Diskussion über das gegliederte Schulwesen führen - Sie kennen unsere Position -, aber manchmal muss man den herrschenden Politikern den Spiegel vors Gesicht halten. Sie singen immer das Hohelied der Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens in Bayern. Wenn man sich aber die Petitionen anschaut, die wir in der letzten Woche im Bildungsausschuss behandelt haben, dann stellt man fest, dass sich zumindest für die Eltern diese angebliche Durchlässigkeit als ein Hindernislauf darstellt, wobei die Kriterien für den Wechsel nicht nachvollziehbar sind.

Ich nenne ein Beispiel. Wenn der Schüler von der Grundschule auf die Realschule wechseln will, dann braucht er einen Notendurchschnitt von 2,66. Im Probeunterricht kann man mit zwei Vierern in Deutsch und Mathematik auf Wunsch der Eltern überrücken. Wenn der Schüler von der 6. in die 7. Klasse der Hauptschule wechseln will, dann braucht er einen Notendurchschnitt von 2,33, oder die Lehrerkonferenz der abgebenden Schule, also der Hauptschule, kann entscheiden, ob er weiterkommt. Die Eltern haben den Verdacht - der ist nicht ganz von der Hand zu weisen -, dass die Lehrerkonferenz unterschiedliche Kriterien hat, je nachdem

ob die Schule selber einen M-Zug hat, den sie vielleicht auffüllen muss, oder nicht.

Wenn die Kinder auf die Wirtschaftsschule gehen wollen, dann entscheidet wiederum die aufnehmende Schule, ob dieses Kind übernommen wird. Nach der 9. Klasse gibt es zwar den Qualifizierenden Abschluss, aber dann wird wieder eine zusätzliche Hürde aufgebaut. Das ist ein System, das nicht nachvollziehbar ist und von vielen Eltern als willkürlich empfunden wird. Wenn wir diese Wege öffnen wollen - Frau Gottstein hat es bereits angesprochen -, dann dürfen wir nicht nur über die Formalien reden, sondern dann müssen wir auch über die Förderbedingungen und die zusätzliche Unterstützung reden, die sowohl die abgebenden Schulen als auch die aufnehmenden Schulen erhalten müssen. In dieser Hinsicht gäbe es viel zu tun.

Gestatten Sie mir einige Worte zu Ihrem Antrag. Sie als Regierungspartei hätten die Möglichkeit, Ihren Einfluss beim Kultusministerium dahin gehend auszuüben, dass Änderungen ohne Zustimmung des Parlaments erfolgen. Das ist rechtlich möglich. Sie hätten, was guter parlamentarischer Brauch wäre, hier einen entsprechenden Antrag mit Ihren Forderungen stellen können. Wir hätten diesen Antrag unterstützt. Sie hätten vielleicht sogar für Ihren Antrag eine Mehrheit in diesem Parlament gefunden. Jetzt haben Sie einen Schaufensterantrag gestellt. Er hat es mir ermöglicht, vor diesem Hohen Hause das Gleiche zu sagen, was ich letzte Woche im Bildungsausschuss gesagt habe. Dafür bedanke ich mich, aber es reicht nicht aus, um diesem Antrag zuzustimmen. Wir werden uns enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der Freien Wähler)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Taubeneder für die CSU. Bitte schön.

Walter Taubeneder (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die große Stärke des bayerischen Schulsystems ist die hohe Durchlässigkeit. Meines Erachtens wird das viel zu wenig herausgestellt; denn jeder, der will, hat die Möglichkeit, nach seinem Abschluss ein höheres Bildungsniveau zu erreichen. Er muss natürlich leistungsbereit sein. Wir haben uns anlässlich dieses Antrages in letzter Zeit wiederholt damit befasst, den Zugang vom Quali in die 10. Klasse des M-Zuges zu vereinfachen. Wir haben intensiv darüber diskutiert. Grundsätzlich ist zu sagen, dass nach § 30 der Volksschulordnung der Übergang möglich ist. Er ist an hohe Hürden gekoppelt, aber das ist zum Teil notwendig - Frau Gottstein und Herr Güll haben es schon erwähnt -, um Schüler nicht ins Messer laufen zu lassen und um zu gewährleisten,

dass die Schüler den höheren Abschluss erreichen. Der Wissensvorsprung der Schüler des M-Zuges vor denen der Regelklasse ist relativ groß. Daher muss ein Gutachten abgegeben werden. Es handelt sich dabei um ein pädagogisches Wortgutachten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass sich keiner anmaßen würde, das Urteil eines Arztes infrage zu stellen. Selbst bei dem Gutachten eines Installateurs ist das so. Aber das Gutachten eines Lehrers wird infrage gestellt, was ich nicht verstehen kann. Er ist Fachmann und kann ein Urteil abgeben. Es muss dann eine Aufnahmeprüfung durchgeführt werden. Die Hürden sind genau definiert, sodass ich sie jetzt nicht mehr zu wiederholen brauche. Wir wollen den Schülern helfen, damit sie vor dem Scheitern bewahrt werden. Trotz dieser Situation werden wir dem Berichtsantrag zustimmen. Wir wollen, dass die Staatsregierung diese Festlegungen überprüft und die Durchlässigkeit gegebenenfalls weiter erhöht. Ich bin mir ganz sicher, dass gerade mit der Einführung der bayerischen Mittelschule die Durchlässigkeit weiter erhöht wird.

Abschließend noch ein persönliches Wort: Ich möchte mich herzlich für die gute Zusammenarbeit, die wir im Ausschuss pflegen, bedanken, auch bei unserem Vorsitzenden. Wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber wir arbeiten gut zusammen. Ich möchte mich auch herzlich beim Kultusminister bedanken, der intensiv mit uns diskutiert und den Dialog pflegt. Wir haben in dieser kurzen Zeit doch einige gute Maßnahmen auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das Wort hat nun die Staatsregierung. Herr Staatssekretär Dr. Huber, bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders als bei den beiden vorangegangenen Anträgen, wo es gerade so schön gezofft hat, sind wir uns hier offensichtlich ziemlich einig. Ich will es auch sehr kurz machen. Einem Berichtsantrag kann man nichts entgegensetzen, aber ich möchte erläutern, wo unsere Position ist: Wir werden uns sehr bemühen, die Chancen, die die jungen Menschen bekommen sollen, zu erhöhen. Aber wir haben auch eine pädagogische Verantwortung. Wir können nicht einfach jedem jede Möglichkeit geben; denn wir dürfen junge Menschen in der Schule nicht in Situationen bringen, in denen sie zum Scheitern verurteilt sind. Hier müssen wir sorgsam vorgehen. In dem Bericht werden wir darstellen, wie wir die Übergangsmöglichkeit so offen wie möglich gestalten können, ohne die jungen Menschen zu gefährden.

Herr Pfaffmann, das, was wir hier an der Mittelschule an zusätzlicher Flexibilität einbringen werden, wird uns zu Modellen bringen, die wir noch diskutieren werden. Ich denke an das im vorletzten Antrag erwähnte Rosenheimer Modell 9 plus 2, womit man sich schon beschäftigt. Solche Modelle werden kommen.

Herr Güll, wenn wir die Möglichkeiten erhöhen - die Sie als Chaos bezeichnen -, dann möchte ich wissen, was wir mit der Regionalschule haben, wo in jedem Dorf jeder machen kann, was er will. Da ist dann überhaupt keine einheitliche Linie und keine Übersichtlichkeit mehr vorhanden. Das scheint mir nicht die bessere Lösung zu sein.

Ich darf Ihnen über das Modell "Hauptschule 9 plus 2" kurz berichten. Junge Menschen, die sich von der siebten Klasse weg auf einen mittleren Schulabschluss vorbereiten und dann glauben, nach dem Quali könnten sie einfach dazu stoßen, mussten erleben, dass man sich bei diesem zweijährigen Crashkurs zum mittleren Schulabschluss erst einmal wieder sammeln und das Ganze rekapitulieren muss. Ab dem ersten halben Jahr wird hauptsächlich wiederholt, damit das, was wegen des Unterschieds zwischen Hauptschulabschluss und mittlerem Abschluss noch draufgesattelt werden muss, auf einer vernünftigen Basis steht. Das in einem Jahr zu schaffen, ist wirklich allerhöchster Anspruch. Diese Möglichkeit wird wirklich nur ganz wenigen jungen Leuten offen stehen, die bis zur 9. Klasse diese für den mittleren Abschluss vergleichbare Basis noch nicht erworben haben, sich diese aber in einem Jahr aneignen sollen. Aus diesem Grund werden weiterhin Hürden bleiben, die wir uns anschauen werden. Darüber berichtet die Staatsregierung gerne.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, bleiben Sie noch kurz am Pult, denn wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollege Pfaffmann. Bitte sehr.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, Herr Präsident, es ist eher eine Zwischenfrage, aber das ist egal.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, mir wurde "Zwischenbemerkung" signalisiert.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, Sie reden immer von der Mittelschule und davon, dass diese neue Schulform, die es noch gar nicht gibt und die in den nächsten zwei Jahren auch nicht geplant ist, eingeführt wird und diese Probleme löst. Erste Frage: Haben Sie denn schon ein Konzept für die Mittelschule, was die pädagogische Ausrichtung und die Durchlässigkeit betrifft?

Können Sie uns dieses Konzept schon vorlegen, oder gibt es ein solches Konzept noch nicht?

Zweite Frage: Können Sie sicherstellen, dass Schüler, die in die Mittelschule gehen, künftig ab der fünften, sechsten, siebten Klasse, die es dann auch noch geben wird, an die Realschule und ans Gymnasium ohne Probleme wechseln können, nachdem Sie immer sagen, die Mittelschule erhöhe die Transparenz?

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Herr Pfaffmann, das ist jetzt schon so. Durch die zusätzlichen Fördermöglichkeiten, die wir schaffen werden, wird eine zusätzliche Durchlässigkeit hergestellt. Es tut mir wirklich leid, dass unsere Bemühungen, die Inhalte der Mittelschule darzustellen, bei Ihnen noch nicht angekommen sind. Alle diese Dinge sind natürlich nicht nur geplant, sondern schon sehr konkret.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie das vorlegen?)

Wir haben jetzt eine Besprechung darüber, ob wir einen Bericht geben wollen. Selbstverständlich werden wir zu diesem Thema gerne einen Bericht geben. Darüber stimmen wir heute ab. Ich kann Ihnen den Bericht bei dieser Diskussion natürlich nicht geben. Aber er liegt vor, Sie können ihn gerne haben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich habe noch eine Meldung für eine Zwischenbemerkung von Frau Gottstein vorliegen.

Eva Gottstein (FW): Ich habe folgende Frage: Ist Ihnen klar, dass wir, wenn Sie, wie Sie andeuten, die Zugangskriterien überprüfen und ändern werden, ab nächster Woche jede Menge Petitionen haben werden, weil nach einer solchen Auskunft natürlich nicht nachvollziehbar ist, warum derjenige, der gerade in dieser Woche sein Zeugnis der neunten Klasse bekommt, durch das Parlament erfährt, dass sich hier etwas ändern wird? Wie gehen Sie damit um? Bis wann haben Sie hier Fakten vorliegen? Oder soll man sagen: Du hast jetzt Pech gehabt? Denn Sie kündigen mehr oder minder klar an, dass es nicht bei dem Schnitt von 2,3 bleibt. Oder sollen wir im September in der ersten Sitzung des Bildungsausschusses hundert Petitionen bearbeiten?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist eine gute Frage!)

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Mich wundert das ein bisschen, denn eine einmal festgelegte Verordnung dürfte man dann niemals überdenken. Wenn der Wunsch da ist, diese Dinge noch einmal anzuschauen, dann werden die abgearbeitet. Es wird zwischen alter und neuer Regelung immer eine

Schnittstelle geben. Dass an der Schnittstelle Petitionen kommen werden, ist logisch. Außerdem ist überhaupt noch nicht gesagt, dass sich die Regelungen verändern werden. Aber den anstehenden Prozess einer Überprüfung der derzeitigen Regelungen im Gesamtkontext mit der Mittelschule sollte man mit Sicherheit jetzt nicht negativ darstellen. Über solche Regelungen, die eine größere Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit zum Ziel haben, sollte man immer nachdenken dürfen, auch wenn sie für das konkrete Schulwesen Konsequenzen haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1837 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Harald Güller (SPD): Bei Abwesenheit von Frau Pauli!)

- Das spielt hier keine Rolle.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger, Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sammelvorladungen von abgelehnten chinesischen Asylbewerberinnen und -bewerbern sofort einstellen", Drucksache 16/1836, Tagesordnungspunkt 26, bekannt: Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93; Stimmenthaltungen: zwei. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe die Nummer 4 der Dringlichkeitsanträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer und Fraktion (FDP)

Polizeibeamte besser schützen (Drs. 16/1838)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD)

Rechtsschutz für Polizeibeschäftigte verbessern!
(Drs. 16/1848)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger,
Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion
(FW)
Mehr Fürsorge und Schutz für Bayerns
Polizeibeamtinnen und -beamte (Drs. 16/1849)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bessere Unterstützung und Prävention bei
Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und
Polizeibeamte (Drs. 16/1850)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Meißner für die Fraktion der CSU. Bitte sehr.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht und freuen uns, dass er ein so lebhaftes und vielfaches Echo gefunden hat. Weil wollen heute die Gelegenheit nutzen, einmal mehr zu betonen, dass unsere Polizeibeamtinnen und -beamten in Bayern für uns einen überaus hohen Stellenwert haben, dass wir ihnen sehr viel zu verdanken haben und dass sie mit großem Engagement und Erfolg tagtäglich für uns arbeiten.

Der Freistaat Bayern ist bei der öffentlichen und inneren Sicherheit nach wie vor Marktführer. Es gibt ohne Sicherheit keine Freiheit. Das heißt, gegen Bedrohungen wie etwa durch schwere Kriminalität, durch Kriminalität überhaupt oder gar durch Terror muss die innere Sicherheit gewährleistet werden, und sie wird es von unseren Beamtinnen und Beamten.

Wir dürfen uns alle darüber klar werden, dass wir alle ohne diese Sicherheit unsere Freiheit nicht leben können. Deswegen ergeht von hier aus an unsere vielen Tausenden Beamtinnen und Beamten mein herzlicher Dank, die uns dieses freie Leben ermöglichen, indem sie die innere Sicherheit herstellen. Vielen Dank für Ihr Engagement!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben in dieser Debatte auch über die Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes gesprochen und einige Veränderungen vorgenommen. Es ist jederzeit die Gefahr vorhanden, dass wir den Schutz des Bürgers vor dem Zugriff von Sicherheitsorganen, die Erhebung von Daten und anderes mehr zwar sehen, aber manchmal

auch zu sehr in den Fokus stellen. Ich denke, das Anliegen unseres heutigen Dringlichkeitsantrags ist genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger. Denn der Dringlichkeitsantrag beleuchtet die Situation unserer Polizisten.

Meine Damen und Herren, ich nenne einige Stichworte aus den letzten Monaten: Hamburger Schanzenviertel, die alljährlichen Krawalle zum 1. Mai in Berlin, Ausbrüche von Gewalt, die fast schon rituell stattfinden. Jeder Vertreter der Polizeigewerkschaft und jeder Beamte, jede Beamtin, die dort im Einsatz sind, sagen, dass diese Gewalt immer mehr eskaliert, dass es immer größer zugeht. Wir sind eigentlich schon besorgt, dass wir heute feststellen müssen, dass die Polizistinnen und Polizisten bei solchen Demonstrationen und bei Großveranstaltungen zunehmend zum Objekt von Gewalttaten von Randalierern und Chaoten werden, ob von links oder rechts, das ist völlig egal. Ich glaube, niemand darf die Augen vor der zunehmenden Eskalation dieser Gewalt verschließen. Wenn wir unseren Polizistinnen und Polizisten danken, dann sind wir es ihnen auch schuldig, dass wir sie, soweit wir es können, vor einer Eskalation von Gewalt in diesem Bereich schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Es ist auch nicht nur ein Eindruck, den wir vielleicht alle haben, wenn wir die Fernsehbilder sehen oder die Medien verfolgen. Ich habe eine Zahl gefunden, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte in den vergangenen zehn Jahren um 35 %, immerhin von 20.000 auf 27.000 Fälle, gestiegen ist. Das sind in den Reihen der Polizei 27.000 Einzelschicksale von Kolleginnen und Kollegen, deren körperliche Unversehrtheit in Ausübung einer dienstlichen Pflicht beeinträchtigt wurde.

Der "Spiegel" titelt: "Nicht mehr die Polizei ist dein Freund und Helfer, sondern dein Feind und Gegner". Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir diesen Antrag gestellt, und deswegen ist es wichtig - und man kann sich nur bei allen bedanken, die zugestimmt haben -, dass wir im Doppelhaushalt 1.000 neue Stellen für Polizisten haben, damit wir auch personell weiterhin gewährleisten - das ist eine Daueraufgabe -, dass die Polizei ihre Aufgaben erfüllen kann.

Des Weiteren ist uns wichtig, dass wir in Zukunft vielleicht noch vermehrt auf das in Bayern bewährte Prinzip der Deeskalation durch Stärke setzen. Wir wollen auch deutlich machen und stärken damit unseren Beamtinnen und Beamten den Rücken: Es wird in Bayern weiterhin kein Zurückweichen vor Chaoten aller Art geben. Wir sehen, dass einige Polizistinnen und Polizisten wie begossene Pudel dort stehen und quasi nicht vorrücken dürfen. Wir fordern daher Deeskalation durch Stärke

und kein Zurückweichen vor Gewalttätern, woher sie auch immer kommen mögen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Frage ist aber auch, in welche Situationen Beamtinnen und Beamte manchmal in anderen Bundesländern geschickt werden. Darüber wollen wir Auskunft: Wie sind dort die polizeitaktischen Strategien? Können wir dazu beitragen, dass sich das eine oder andere bessert? Ich möchte mich damit an unseren Innenminister wenden. Herr Staatsminister Herrmann, die Innenministerkonferenz hat nach meiner Kenntnis beschlossen, dass das Thema "Gewalt gegen Polizeibeamte" aufgearbeitet wird. Eine entsprechende Studie wurde in Auftrag gegeben. Wir begrüßen das, und ich glaube, es besteht auch Handlungsbedarf. Wenn der derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz aus Bremen öffentlich sagt, dass die Polizeibeamten mittlerweile die Prügelknaben der Nation sind, dann müssen wir hier gegensteuern. Es ist also eine Daueraufgabe, vernünftige Rahmenbedingungen für unsere Polizei zu schaffen, und diese Aufgabe wollen wir weiterhin erfüllen.

Dann sage ich ein Wort zu den nachgezogenen Anträgen. Ich habe eingangs erwähnt, dass ich mich zunächst einmal freue, dass Sie alle diese Thematik mit unterschiedlichen Sichtweisen und Zielsetzungen aufgegriffen haben. Ich sage deshalb, dass ich mich freue, weil dies über die Fraktionsgrenzen in diesem Haus hinweg eine große Solidarität mit der Polizei zeigt und unterstreicht.

Aus unserer Sicht ist es allerdings nicht hilfreich - und deswegen sind diese Anträge auch nicht zustimmungsfähig -, wenn man dabei Forderungen der Gewerkschaft eins zu eins aufgreift. Das muss nicht heißen, dass sie falsch sind. Aber wir können doch nicht ad hoc im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags zustimmen. Die Freien Wähler haben immerhin in die Begründung hineingeschrieben, woher die Forderungen im Antrag kommen.

Ich weise es aber zurück, wenn Pressemitteilungen verteilt werden, in denen steht, wir würden der Polizei Sand in die Augen streuen. Wir wissen und sagen, dass der Doppelhaushalt und damit Verbesserungen in der Sachausstattung und der Personalausstattung bereits beschlossen sind. Dann ist es eben nicht möglich, noch weitere Maßnahmen vorzunehmen.

Ein eigenes Problem, das immer wieder angesprochen wird - ich denke, auch nicht ganz zu Unrecht -, ist die Frage nach Schadensersatz und Schmerzensgeld, wenn Beamtinnen oder Beamte im Einsatz zu Schaden kommen. Das haben wir im Januar schon ausführlich diskutiert. Wir können einen Antrag dann aber auch

nicht gleich eins zu eins beschließen. Ich verweise aber darauf, dass wir einstimmig im Landtag einem Berichts-antrag - ich glaube, von den GRÜNEN - zugestimmt haben. Für die Schließung eventueller Lücken, die noch beim Schutz der Beamtinnen und Beamte vorhanden sind, ist der Dienstrechtsausschuss zuständig. Darüber wollen wir einen Bericht, damit wir uns auch über die in den Dringlichkeitsanträgen erhobenen Forderungen unterhalten können. Soweit ich es in Erinnerung habe, haben wir das im Januar beschlossen, und ich bitte die Staatsregierung herzlich, diesen Bericht demnächst zu geben, damit wir uns vertieft Gedanken machen können und das miteinander diskutieren können. Ich bin sicher, das wird im Herbst zügig passieren.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag und würde mir wünschen, dass die in den Anträgen ganz allgemein zum Ausdruck kommende Solidarität fortgesetzt wird. Das tut unseren Beamtinnen und Beamten gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Meißner. Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Harald Schneider das Wort.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben schon genügend salbungsvolle Worte gehört, Herr Kollege Meißner. Wir brauchen jetzt endlich Taten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Polizisten bekämpfen Terroristen von rechts und links, halten Demonstranten auseinander, versuchen wild gewordene Ehepaare zu besänftigen, sind bei Mord und Totschlag als Erste vor Ort. Polizisten werden mit Steinen beworfen, werden geschlagen, werden beschimpft und einige von ihnen leider Gottes auch im Dienst getötet. Sie müssen nicht selten den Kopf hinhalten für politische Entscheidungen, die von einer großen Anzahl von Bürgern nicht mitgetragen werden. Sie werden bei ihren Einsätzen oftmals verletzt, manchmal leider auch getötet - ich habe es gesagt -, und viele fühlen sich, Kolleginnen und Kollegen, nach einem pressewirksamen Auftritt des Ministers oder des Polizeipräsidenten im Krankenhaus dann oftmals allein gelassen. Aus diesem Grund verdienen sie nicht nur unsere Anerkennung, sondern sie brauchen unsere Unterstützung. Diese Unterstützung und Anerkennung dürfen sich nicht auf salbungsvolle Worte beschränken, die in diesem Haus bei Weihnachtsempfängen und ähnlichen Anlässen geäußert werden.

Herr Staatsminister, im Januar haben Sie schon angekündigt, dass sich etwas in Sachen Rechtsschutz tun muss. Als wir über den Fall Mannichl diskutierten,

haben Sie angekündigt, es werde Verbesserungen geben. Aber bis heute ist nichts passiert.

Wir begrüßen dennoch die vorliegenden Anträge zum besseren Schutz der Polizeibeamten und werden diesen auch zustimmen. Aber da muss mehr Fleisch ran.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bravo!)

Es nützt uns nichts, wenn wir immer nur bloße Absichtserklärungen bekommen. Das Ganze muss endlich konkret werden.

Ich will nur zwei Beispiele aufführen, die beweisen, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Bayern leider eine riesige Lücke klafft. Am 17. Juni 2006 um 3.15 Uhr werden Beamte der Polizeiinspektion Dorfen zu einer Massenschlägerei nach Sankt Wolfgang gerufen. Die Polizei versucht, die Schläger zu trennen. Ein Beamter wird von hinten angesprungen und erleidet einen doppelten Unterschenkelbruch und einen dreifachen Bruch des Sprunggelenks. Er liegt mehrere Wochen im Krankenhaus und kann keinen Dienst verrichten. Während das Polizeipräsidium und die Landesadvokatur sofort einen Brief an den Schädiger schicken und Schadensersatz verlangen, weil der Kollege keinen Dienst verrichten kann, steht der Kollege mit seinen Schmerzensgeldforderungen alleine da. Bisher hatte er Prozesskosten in Höhe von 5.000 Euro, aber noch keinen einzigen Cent Schmerzensgeld erhalten. Vom Täter ist nichts zu holen. Dieser Kollege fühlt sich allein gelassen.

(Beifall bei der SPD)

Nächstes Beispiel: Bei einer Auseinandersetzung am 12.05.2007 mit mehreren Personen wird in Unterfranken einem Polizeibeamten fast das Genick gebrochen. Die Beamten wollten eine aufgebrachte Menschenmenge beruhigen, als ein Täter von hinten dem Beamten mit Anlauf ins Genick sprang. Der Polizeibeamte, Jahrgang 1964, musste vorzeitig in den Ruhestand treten. Der Täter sitzt im Gefängnis. Es ist von ihm kein Cent zu holen, und der Polizist musste das Prozessrisiko völlig allein tragen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Unglaublich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind uns alle einig, dass sich da etwas ändern muss.

(Beifall bei der SPD - Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Da sollte der Minister mal zuhören!)

Meines Erachtens verbietet sich auch eine Abgrenzung dahin gehend, ob es sich um Polizeibeamte oder Tarifbeschäftigte der Polizei handelt. Wir haben Beispiele,

dass Tarifbeschäftigte den Kollegen zu Hilfe geeilt sind, wenn Personen in der Haftzelle randalierten, dabei auch einen Schlag ins Gesicht bekommen haben und verletzt wurden. Diese Personen müssen auch unter diese Regelungen fallen.

Oder denken Sie an die Radarmessungen. Manche Betroffene, bei denen die Geschwindigkeit gemessen wurde, randalieren; einer ging mit der Axt auf das Radarmessgerät los und schlug dort das Glas ein und hat dabei eine Kollegin, eine Tarifbeschäftigte der Polizei, verletzt.

Es ist auch egal, ob die bei der Polizei beschäftigten Personen bei Auseinandersetzungen mit Hooligans im Rahmen von Sportveranstaltungen oder bei Demonstrationen oder Straftaten mit extremistischem Hintergrund verletzt werden.

Ich bin sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Ihnen wäre es egal, ob es ein gewalttätiger Fußballfan, ein ausgerasteter Ehemann oder ein Demonstrant ist, wenn Sie einen Pflasterstein ins Genick geworfen bekommen. Die Wirkung ist jeweils die gleiche.

(Beifall bei der SPD)

Dass es besser geht, beweisen andere Bundesländer. In Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und beim Bund haben wir schon wesentlich bessere gesetzliche Regelungen, die es den Polizeibeschäftigten ermöglichen, Schadens- und Schmerzensgeldansprüche gegenüber den Straftätern oder Verursachern auf Kosten des Landes durchzusetzen. Nach unserem Selbstverständnis müsste es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Bürger, in oder ohne Uniform, die für uns den Kopf hinhalten, grundsätzlich Rechtsschutz in vollem Umfang erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. Nächste Wortmeldung: Kollege Hanisch für die Fraktion der Freien Wähler.

Joachim Hanisch (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation der Polizei haben wir in den letzten Wochen und Monaten häufiger zu Recht diskutiert. Was den Zustand unserer Polizei anbelangt, können wir feststellen: Wir leben in Sicherheit und Freiheit. Wir haben eine Polizei mit einer hohen Qualifikation, mit Wissen und einem tollen Ausbildungsstandard. Wir haben in Bayern den höchsten Sicherheitsstandard bundesweit. Ich glaube, da sind sich alle einig. Das ist die Ausgangssituation für unsere Diskussion. Ich darf mich bei dieser Gelegenheit im Namen der Fraktion herzlich bei allen

Polizeibeamtinnen und -beamten im Freistaat für die gute Arbeit bedanken.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Gleichwohl haben alle fünf in diesem Plenum vertretenen Fraktionen heute einen Antrag gestellt, der sich - zumindest zum Großteil - mit der Verbesserung der Situation der Polizei befasst. Das geschieht nach meiner Auffassung zu Recht, wenn man sich ansieht, wie die Gewalt gegen Polizeibeamte immer stärker zunimmt. Die Polizeigewerkschaft hat auf ihrer Tagung am 27. Oktober 2008 und in ihrem Programm "Gewalt gegen Polizeibeamte" darauf hingewiesen, dass die Aggression gegen Polizeibeamte in den letzten Jahren ständig zugenommen hat. Wenn ich nun sehe, wie schwierig die Rechtssituation der Polizeibeamten ist, die mein Vorredner bereits aufgezeigt hat, dass die Beamten also beispielsweise für die Prozesskosten teilweise selbst aufkommen müssen, fehlt mir für all diese Dinge das Verständnis. Diese Leute halten ihren Kopf für uns hin und werden hinterher allein gelassen, wenn es darum geht, ihre Ansprüche durchzusetzen. Das kann in Zukunft so nicht weitergehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir haben im Ausschuss des Öfteren darüber diskutiert, dass die Sicherheitsbestimmungen verbessert werden müssen. Darüber waren wir uns alle einig, ebenso wie über die Tatsache, dass die persönliche Ausstattung der Polizisten einer Verbesserung bedarf. Man darf nicht nur salopp ankündigen: Liebe Polizisten, ihr bekommt nun zweimal 500 zusätzliche Stellen; denn das ist im Prinzip nur ein Ausgleich für die Stellen, die in den letzten Jahren durch Pensionierungen abgebaut wurden.

Man kündigt an, die 42-Stunden-Woche auf 40 Stunden zu reduzieren, sagt aber niemals dazu, ab wann das geschehen soll. Wenn ich in den Doppelhaushalt hineinsehe, sehe ich da einfach nichts. Und auf den nächsten Haushaltsplan zu warten, fällt natürlich außerordentlich schwer, insbesondere da nie angekündigt wurde, ab wann die 40-Stunden-Woche kommen soll. Herr Minister, vielleicht können Sie heute etwas Konkretes dazu sagen. Denn das ist es, worauf die Leute an der Basis warten. Allerdings wird dann die Situation für Sie noch schwieriger; denn es müssten eine Menge Leute mehr eingestellt werden.

Im Übrigen brauchen wir eine persönliche Schutzausstattung, die den Waffen des Gegners angepasst ist. Und wir haben überhaupt kein Verständnis für die Liberalisierung des Vermummungsverbots. Das ist ein inakzeptables politisches Signal. Die Abstufung des Straftatbestandes der Vermummung zur Ordnungswidrigkeit erhöht deutlich die Gewaltbereitschaft der zur

Aggression neigenden Demonstranten. Das wurde im Gesetz, das wir vor Kurzem beraten haben, total ignoriert.

Schadensersatz, Fürsorgeleistungen, Aus- und Fortbildung, all das gehört verbessert. Da kann der Standard noch so gut sein, es muss etwas getan werden. Nur noch besser ausgebildete und vorbereitete Polizisten sind im Ernstfall den Bedrohungen gewachsen, die auf sie zukommen.

Meine Damen und Herren, wir werden den Anträgen der GRÜNEN und der SPD zustimmen, haben allerdings beim Antrag von CSU und FDP unsere Bedenken. Es finden sich in den vier Punkten Formulierungen wie "... weiterhin darauf hinzuwirken ...", oder "... hat sich bewährt und ist auch künftig beizubehalten;" bzw. "... auch künftig sicherzustellen, ...". Das heißt im Klartext: weiter so wie bisher. Wir aber wollen Verbesserungen in diesem Bereich. Deshalb unser Antrag. Wir bitten Sie, stimmen Sie unserem Antrag im Interesse unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Hanisch. Nächste Wortmeldung für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Tausendfreund.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist ein absolut ernstzunehmendes Problem. Angesichts unserer Fürsorgepflicht sind wir gefordert, uns wirklich ernsthaft mit den Ursachen, dem Ausmaß und den Lösungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen. Das geht aber nicht mit Anträgen, wie sie hier von CSU und FDP gestellt worden sind, da diese keinerlei Wirkung zeigen. Der Kollege hat es gerade gesagt: Dieses "weiter so" bringt nichts.

Einen wichtigen Beitrag für eine fundierte Debatte hat die Deutsche Polizeigewerkschaft im letzten Herbst mit ihrer Expertenrunde geleistet sowie mit den Ergebnissen, die dort zusammengetragen wurden. Gleichwohl können diese Forderungen nicht so einfach eins zu eins übernommen werden, sondern müssen kritisch hinterfragt werden.

Die zunehmende Gewalt gegen die Polizistinnen und Polizisten ist ein sehr vielschichtiges Problem. Deswegen benötigen wir eine fundierte Basis an Informationen, um die richtigen Schlüsse ziehen zu können. Wir haben deshalb Anfang des Jahres einen Berichtsanhtrag gestellt, der hier im Hause im Mai einstimmig verabschiedet worden ist. Dieser Bericht hätte schon längst gegeben werden können. Er verlangt Auskunft darüber, wie der Freistaat seiner Fürsorgepflicht den Betroffene

nen gegenüber nachkommt, und zwar gegenüber allen Beamten; denn auch Lehrer können von Angriffen betroffen sein.

Wir haben außerdem am 7. Juli eine Anfrage gestellt, wie viele und welche Straftaten es gegenüber Polizisten in den letzten Jahren gegeben hat, welche Folgen diese für die Betroffenen hatten, mit welchen Instrumentarien wir adäquat reagieren können und welche Unterstützung der Freistaat den Betroffenen geben kann bzw. wie er sie verbessern kann. Außerdem wollten wir wissen, wie das Phänomen der Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte besser untersucht werden kann, damit wir eine gute Basis haben.

Für die Diskussion wäre es gut gewesen, wenn wir den Bericht und die Beantwortung der umfassenden Anfrage abgewartet hätten, aber heute wurde nun einmal die Debatte von den Koalitionsfraktionen vom Zaun gebrochen. Wir haben darauf mit unserem Dringlichkeitsantrag auf sachlicher Basis reagiert und die wichtigsten Forderungen herausgegriffen, die, so denke ich, unstrittig sein müssten.

In unserem Antrag geht es zunächst einmal um die statistische Basis. Jetzt tauchen Angriffe auf Polizeibeamte nicht explizit in der Kriminalstatistik auf. Gerade die schwereren Körperverletzungsdelikte verschwinden unter den Körperverletzungsdelikten, es wird nicht dargestellt, wer jeweils die Opfer sind. Das sollte geändert werden, und das muss auf Bundesebene mit den anderen Ländern vereinbart werden.

Die nächste Forderung ist die verbesserte personelle Ausstattung. Die jetzige Einstellungspraxis reicht nicht aus. Es ist zu wenig, wenn dieses und nächstes Jahr zweimal 500 Anwärter eingestellt werden sollen. Wir benötigen eine verstetigte Einstellungspraxis. Nötig ist eine bessere Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten und eine bessere Vorbereitung auf Ausnahmesituationen. Wir brauchen auch Beschäftigungsansprüche, wenn eine Erwerbsminderung aufgrund eines Dienstunfalls vorliegt.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Der Freistaat muss bei Schadensersatzansprüchen eintreten, welche die Polizisten gegen die Schädiger haben, wenn diese nicht bezutreiben sind. Es kann nicht sein, dass die Polizisten auf den Kosten und ihren Ansprüchen sitzen bleiben. Diese müssen vom Freistaat übernommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dem SPD-Antrag stimmen wir voll zu. Er fordert die Kostenerstattung schon im Vorfeld, wenn die Rechtsstreitigkeiten laufen. Die Beamten dürfen nicht mit dem Prozessrisiko allein gelassen werden, zum Beispiel

wenn sie Schmerzensgeldansprüche aufgrund von Verletzungen, die sie im Dienst erlitten haben, geltend machen wollen.

Dem Antrag der Freien Wähler können wir leider nicht zustimmen. Das liegt nicht am Antrag selbst, sondern an den Inhalten der Begründung. Die Begründung wurde eins zu eins von den Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft übernommen. Darin sind einige Dinge enthalten, die so nicht stehen bleiben können. Wir halten die Anschaffung von Distanzwaffen für kritisch, ebenso die Position, das Versammlungsrecht gewissermaßen zu verschärfen. Wir können nicht mittragen, dass sich die Begründung gegen die Liberalisierung des Vermummungsverbotes wendet. Schon jetzt ist es so, dass es zum Teil bereits als Verstoß gegen das Vermummungsverbot gewertet wird, wenn jemand im Rucksack einen Schal dabei hat.

Ich schildere ein lustiges Beispiel. Bei einer Demonstration gegen rechtsradikale Umtriebe in Gräfenberg haben sich mehrere Bürgermeister der umliegenden Gemeinden abgesprochen und sind als Nikolause aufgetreten. Sie mussten dann den Nikolausbart herunterziehen, damit ihr Gesicht frei war, sonst wäre das als Verstoß gegen das Vermummungsverbot gewertet worden. Das ist wirklich lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Bei der geforderten Verschärfung von § 113 des Strafgesetzbuches - Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte - können wir auch nicht mitziehen; denn Widerstandshandlungen sind nicht immer mit Verletzungen der Beamten verbunden. Wenn Verletzungen vorliegen, dann gibt es bereits einen viel größeren Strafraum bei den Körperverletzungsdelikten, nämlich von fünf bis maximal zehn Jahren bei schweren Körperverletzungen, der dann greift. Eine Verschärfung des § 113 StGB können wir nicht mittragen.

Der CSU-Antrag ist ein Aufguss des damals zurückgezogenen Dringlichkeitsantrags. Sie müssen natürlich wieder Rechts- und Linksextremisten gleichsetzen. Bei der im Freistaat Bayern praktizierten Vorgehensweise "Deeskalation durch Stärke" wäre bei manchen Demonstrationen schon ein bisschen mehr Augenmaß angebracht. Sie reduzieren das Gewaltproblem auf Sportveranstaltungen und Demonstrationen. Das Gewaltproblem gibt es aber auch bei normalen Einsätzen, Stichwort Jugendgewalt oder betrunkenen Randalierern etc. Sie nennen überhaupt keine konkreten Maßnahmen, sondern äußern nur vage Vorstellungen bei der Rechtsschutz- und Kostenübernahme. Das ist ein Schaufensterantrag. Wir haben auch kein Verständnis dafür, dass nach Ihrer Meinung bayerische Polizisten in

anderen Bundesländern wohl nicht mehr eingesetzt werden sollen. Das wäre grundgesetz- und vertragswidrig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Tausendfreund. Nächster Redner für die Fraktion der FDP: Kollege Dr. Fischer, bitte sehr.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die bayerische Polizei steht vor schwierigen Herausforderungen. Die Bevölkerungszahl in Bayern ist in den letzten Jahren gestiegen. Es gibt neue Formen der Kriminalität; ich erwähne nur organisierte Kriminalität, Extremismus, Terrorismus und Internetkriminalität. Die Mobilität der Menschen ist gestiegen. Auch das führt zu zusätzlichen Belastungen für die Polizei.

Mir ist es deshalb ein großes Anliegen, mich als Erstes dem Dank an die bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten anzuschließen, der hier geäußert wurde, und namens der FDP-Fraktion den Beamten meine Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der FDP)

Damit die Bayerische Polizei gut arbeiten kann, sind drei Dinge wichtig. Zum Ersten brauchen wir eine vernünftige personelle Ausstattung, zum Zweiten eine vernünftige Sachmittelausstattung, und zum Dritten muss der Beruf des Polizeibeamten nach wie vor attraktiv bleiben.

Für eine bessere Personalausstattung haben wir den ersten wichtigen Schritt mit den 1.000 neuen Stellen für die Polizei im Doppelhaushalt 2009/10 getan. Ich sage in aller Deutlichkeit: Das ist ein erster Schritt, zu dem die FDP beigetragen hat, aber das ist nur der Anfang. Wir werden hier fortfahren.

Der heute vorliegende Antrag hat die beiden anderen Dinge zum Gegenstand, nämlich die Sachmittelausstattung und die Attraktivität des Polizeiberufs. Die Sachmittelausstattung der Bayerischen Polizei ist gut. Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Hanisch, ausdrücklich widersprechen, wenn Sie sagen, dafür seien keine Mittel im Haushalt. Im Haushalt sind durchaus viele Mittel für die Bayerische Polizei vorgesehen. Ich bin davon überzeugt, dass der Innenminister dazu noch etwas sagen wird. Uns ist es ein Anliegen, diese Ausstattung weiterhin auf einem hohen Niveau zu halten und zu verbessern. Das ist das Ziel unseres Antrags.

Mit einsatztaktischen Überlegungen - auch das gehört zum Thema Polizei - muss dafür gesorgt werden, dass Polizeibeamte bei Ausübung ihres Dienstes geschützt

werden. Ich sage auch in aller Klarheit: Die FDP-Fraktion steht nicht für neue Gesetze. Sie steht nicht für Verschärfungen, aber sie steht für eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze. Deswegen pflichte ich ausdrücklich bei, wenn es in unserem Antrag heißt: Ein Zurückweichen vor Gewalt darf es für die bayerische Polizei nicht geben.

Einsätze in anderen Ländern sind ein besonderes Problem. Sie sind deswegen problematisch, weil nicht in allen deutschen Bundesländern die Voraussetzungen so gegeben sind, wie wir es uns in Bayern wünschen würden. Das haben insbesondere die Mai-Krawalle in Berlin gezeigt. Deswegen ist es uns ein Anliegen, einen Bericht darüber zu bekommen, wie für den Schutz der bayerischen Polizeibeamten gesorgt werden kann. Es ist keine Rede davon, dass wir diese Einsätze nicht wollen, Frau Kollegin Tausendfreund. Es ist keine Rede davon, dass wir uns grundgesetzwidrig verhalten wollen. Wir wollen aber einen angemessenen Schutz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten - auch in anderen deutschen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP)

Fürsorgeleistungen sind ein wichtiges Thema. Deswegen haben wir von der FDP-Fraktion großen Wert darauf gelegt sicherzustellen, dass die von Gewalt betroffenen Beamten in angemessenem Umfang Fürsorgeleistungen erhalten und dass auch die psychologische Nachsorge sowie eine aktive Betreuung und Aufklärung über die Möglichkeiten eines effektiven Rechtsschutzes gegeben sind. Ich werde nachher noch einige Worte zu den Anträgen der Oppositionsfraktionen sagen, die andere Vorstellungen haben.

Schließlich zum Prüfauftrag in Bezug auf den Rechtsschutz: Auch dieses Thema ist uns wichtig. Eines muss klar sein: Wer als Polizeibeamter im wahrsten Sinne des Wortes seinen Kopf hinhält, hat Anspruch darauf, dass der Rechtsstaat ihn anschließend nicht im Regen stehen lässt. Das sind wir unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten schuldig.

Ich möchte einige Worte zu den Anträgen der Oppositionsfraktionen sagen: Der Antrag der GRÜNEN ist vom Grundsatz her gut, und ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich den meisten Punkten zustimmen könnte. Was allerdings die Schaffung von Grundlagen betrifft, wonach der Freistaat rechtskräftig bei Schadensersatz-, Schmerzensgeld und Kostenerstattungsansprüchen in Vorleistung treten und Zahlungen übernehmen soll, so meine ich, dass wir hierzu das Ergebnis eines Prüfauftrags, der bereits erteilt ist, abwarten sollten. Ich meine aber auch, dass die Richtung die richtige ist, und kann mir gut vorstellen, diesen Überlegungen beizutreten.

Ich halte es auch für sinnvoll, in der polizeilichen Kriminalstatistik Körperverletzungsdelikte gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gesondert auszuweisen. Es wird immer wieder gesagt, dass Gewalt gegen Polizeibeamte ein im Ansteigen begriffenes Phänomen ist. Das müssen wir entsprechend belegen, und wenn es so ist, müssen wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Alles in allem ist das ein Antrag, der in die richtige Richtung geht und sich inhaltlich mit dem Thema auseinandergesetzt hat.

Das kann man leider vom Antrag der Freien Wähler nicht behaupten. Ich sage ganz ehrlich: Dieser Antrag ist enttäuschend. Wenn man einen Antrag von einer Interessenvertretung übernimmt, dann sollte man sich auch inhaltlich mit dem auseinandersetzen, was darin steht. Das ist offensichtlich nicht geschehen. Wenn die Freien Wähler in ihrem Antrag in mehreren Punkten Gesetzesverschärfungen fordern und sich an dem gesetzgeberischen Aktionismus beteiligen, den andere in anderen Bundesländern schon betreiben, dann werden sie ihrem Anspruch nicht gerecht.

Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist geholfen, wenn sie bei der Kostenerstattung bessergestellt werden, den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist geholfen, wenn wir Fürsorgeleistungen verbessern. Aber ihnen ist nicht geholfen, wenn wir mit scheinbar tauglichen Maßnahmen rechtsstaatliche Gesichtspunkte zurückstellen. Ich sage zu § 113 StGB ganz deutlich: Ja, es ist richtig, dass hier ein Missverhältnis zwischen der Beschädigung eines Polizeifahrzeugs und der Verletzung eines Polizeibeamten besteht. Es handelt sich aber um zwei verschiedene Regelungsgegenstände. Das liegt auch daran, dass generell im deutschen Strafrecht Gewalt gegen Personen relativ niedrig bestraft wird, während Sach- und Vermögensdelikte im Verhältnis dazu hoch bestraft werden. Das ist kein Phänomen, das die Polizei alleine betrifft. Eine solide Auseinandersetzung mit der Thematik würde das zeigen.

Die FDP ist an der Seite der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, wenn es darum geht, sachlich etwas zu verbessern, wenn es darum geht, die Ausstattung zu verbessern, wenn es darum geht, Schutz zu geben. Sie ist nicht die Partei, die sich dafür einsetzt, blind Gesetze zu verschärfen. Wir verschließen uns nicht von vornherein einer Diskussion über Gesetzesverschärfungen, aber sie als Allheilmittel anzusehen, halten wir für zu wenig.

Ich darf deshalb zusammenfassen: Die FDP-Fraktion wird dem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen. Sie wird die Anträge der Opposition ablehnen, den Antrag der GRÜNEN mit dem Hinweis, dass noch einige Punkte abzuklären sind, aber der Weg in die richtige Richtung geht; das Gleiche gilt für den

Antrag der SPD. Anders ist es bei dem Antrag der Freien Wähler, weil dieser im Tenor ziemlich inhaltsleer ist und das meiste erst in der Begründung zum Ausdruck kommt; insofern können wir dem Antrag auch inhaltlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Dr. Fischer. Nun hat Herr Staatsminister Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es außerordentlich, dass sich auf Antrag der CSU-Fraktion und mit nachgezogenen Anträgen aller anderen Fraktionen das gesamte Haus so intensiv mit dem notwendigen Schutz für die Kolleginnen und Kollegen von der Bayerischen Polizei beschäftigt. Das ist in der Tat dringend notwendig, und ich freue mich darüber, dass letztendlich ein so großer Rückhalt für unsere Polizei im Bayerischen Landtag festzustellen ist.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Nicht für Sie!)

- Herr Kollege Dürr, bei manchen Kollegen habe ich allerdings das Gefühl, dass eher scheinheilig Krokodilstränen vergossen werden, als dass eine nachhaltige Unterstützung unserer Bayerischen Polizei zu beobachten wäre.

(Beifall bei der CSU)

Es sind die großen Auseinandersetzungen, wenn ich an die Vorfälle in Berlin, in Hamburg im Schanzenviertel oder in Dresden in den letzten Wochen sowie viele kleine Anlässe denke, bei denen wir immer wieder mit einer zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte konfrontiert sind. Ich freue mich, dass es in einer Reihe von Punkten im Hohen Hause eine breite Übereinstimmung gibt. Ich will aber auch deutlich sagen: Wenn man anlässlich der Vorkommnisse vom 1. Mai von einer Deeskalationsstrategie spricht, beispielsweise die niedersächsische Polizei zur Verstärkung anfordert und gleichzeitig den niedersächsischen Kollegen verbietet, einen Wasserwerfer mitzubringen, da man gegenüber den Chaoten deeskalieren wolle, sage ich: Eine solche Strategie macht keinen Sinn, und die politische Rückendeckung versagt in den entscheidenden Momenten. So werden wir nicht weiterkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass wir uns darüber einig sind, der Polizei den entsprechenden Rückhalt zu geben, und wir uns darüber einig sind, dass die Polizei die entsprechende Ausstattung braucht, dass sie die notwendige

personelle Stärke braucht. Es gehört zu unserem Einsatzkonzept, dass die Polizei dort, wo es notwendig ist, von Anfang an stark präsent ist, weil allein eine entsprechende Präsenz der Polizei in bestimmten Momenten eine gewisse abschreckende Wirkung hat, weil dann bestimmte Chaoten von vornherein wissen, dass sie keine Chance haben. Es ist besser, sie verzichten dann von vornherein darauf, als dass es zu einer größeren Straßenschlacht käme.

Es ist wichtig, auch im Rechtsschutz und bei der Gestaltung der Entschädigungsmöglichkeiten für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten notwendige Verbesserungen vorzunehmen. Herr Kollege Schneider - wo ist er? - hat an die Diskussion erinnert, die wir nach dem Fall Mannichl im Hohen Hause geführt haben. Ich darf Ihnen mitteilen, Herr Kollege Schneider, dass nach Auskunft des Finanzministeriums, das für diese Dinge, wie Sie wissen, federführend zuständig ist, zum 01.08., also in zweieinhalb Wochen, die neuen Richtlinien in Kraft treten werden. Diese Richtlinien werden in den nächsten Tagen bereits publiziert. Die Punkte, über die wir damals diskutiert haben, werden dabei mit aufgegriffen, also die effektive Betreuung und Aufklärung im Zusammenhang mit dem effektiven Rechtsschutz und der erleichterte Rechtsschutz bei extremistischem Hintergrund, bei dem die Kosten für den Rechtsbeistand auch in größerem Umfang vom Staat übernommen werden können. Alles das wird in den neuen Richtlinien des Finanzministeriums berücksichtigt. Das zeigt, dass die Probleme auch weiter verfolgt werden, wenn wir sie erkennen, und dass Zusagen, die hier im Hohen Haus gegeben werden, auch eingehalten werden.

In der Tat bleibt viel zu tun. Wenn die Gewalt gegen Polizeibeamte einen größeren Umfang annimmt, müssen wir auch über das Strafrecht reden, auch wenn es kein Allheilmittel ist, Herr Kollege Fischer. Auch darüber haben wir im Januar im Zusammenhang mit dem Konzept gegen den Rechtsextremismus schon gesprochen. Es wurde ausdrücklich der Auftrag erteilt, dass geprüft wird, welche Verbesserungen im Strafrecht notwendig sind. Ich habe dieses Thema auch in der Innenministerkonferenz eingebracht. Dort wird es ebenfalls intensiv bearbeitet. Ich gehe davon aus, dass wir bei der Innenministerkonferenz im Herbst zu einem breiten Einvernehmen kommen werden. Dann werden wir auch an diesem Thema konsequent weiterarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Über die anderen Maßnahmen werden wir dem Hohen Haus im Herbst konsequent berichten. Wir brauchen eine weiterhin starke und motivierte Bayerische Polizei, die im Bayerischen Landtag einen breiten Rückhalt hat. Dafür danke ich Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1838 - das ist der interfraktionelle Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD. Gegenstimmen? - Die Fraktion der Freien Wähler und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1848 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der Freien Wähler, die Fraktion der SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1849 - das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen? - Die Fraktionen der CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1850 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
Bundesratsvotum (Drs. 16/1839)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Befassung des Landtags bei Entscheidungen im Bundesrat - Änderung des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in

Angelegenheiten der Europäischen Union nicht im Schnellverfahren (Drs. 16/1851)

Zwei Hinweise: Zum Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde namentliche Abstimmung beantragt. Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat eine Neufassung. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, sie vorzulesen. Sie liegt allen Fraktionen vor. Wenn damit Einverständnis besteht, eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Förster. Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem Karlsruher Urteil, mit dem der Lissabonner Vertrag grundsätzlich für verfassungskonform erklärt wurde, ist in Deutschland eine Diskussion über eine notwendige stärkere Einbindung der parlamentarischen Organe, also von Bundestag und Bundesrat, bei EU-Entscheidungen der Exekutive entbrannt. Diese Einbindung verlangt das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf das sogenannte Begleitgesetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, in Ihrer Partei wird dabei heftigst gestritten. Der Streit geht bis hin zu persönlichen Angriffen Ihres Generalsekretärs auf verdienstvolle Europaabgeordnete wie zum Beispiel Elmar Brok und bis hin zu wechselseitigen Vorwürfen, dass der jeweils andere keine Ahnung von dem Thema hätte. Taliban-Vorwürfe und systematische Demontagen Ihres Landesgruppenchefs in Brüssel möchte ich dabei gar nicht erwähnen. Ich will auch zu dieser aus meiner Sicht triebgesteuerten Wahlkampfkraftmeierei heute nicht viel sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nur eines sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Treiben Sie es nicht so weit, dass am Ende die Interessen Deutschlands in Europa Schaden nehmen. Wir brauchen als Deutsche und als Bayern eine funktionsfähige und leistungsstarke Europäische Union. Dazu brauchen wir den Lissabon-Vertrag. Wir brauchen auch eine starke und wirksame Vertretung Deutschlands und Bayerns in Brüssel.

(Beifall bei der SPD)

Eine deutsche Bundesregierung als lahme Ente kann die Interessen des bayerischen Löwen nicht zur Geltung bringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es steht viel auf dem Spiel.

(Eberhard Sinner (CSU): Und Sie sind ein Löwenbaby!)

- Natürlich gehöre ich als Bayer zu den Löwen.

Herr Sinner, wenn einige in Ihrer Partei, aus welchen parteitaktischen Motiven auch immer, es unter dem Mäntelchen "mehr Demokratie" darauf anlegen, dass der Lissabon-Vertrag doch noch zu Fall gebracht wird, indem aus Deutschland das falsche Signal an die Iren geht, wenn Ihre Parteifreunde damit Erfolg hätten, ginge sehr viel kaputt. Das wäre ein Fiasko für Deutschland, für Bayern und für uns alle.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich glaube aber, dass wir uns mit den ausgewiesenen Europapolitikern in Ihrer Fraktion in diesem Punkt einig sind.

(Franz Maget (SPD): Da müssen Sie ihm recht geben! - Eberhard Sinner (CSU): Reden Sie mehr zu Ihrem Antrag!)

- Herr Sinner, ich komme zu meinem Antrag, für den ich um Ihre Zustimmung werbe, denn er ist ein zutiefst bayerischer Antrag. Er ist kein europapolitischer Antrag, auch wenn er im Zusammenhang mit dem Karlsruher Urteil steht.

(Widerspruch des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

- Ich weiß, Sie fühlen sich hier besonders betroffen, und deswegen drücken Sie Ihre Betroffenheit in Form eines Angriffs aus. Das müssen Sie auch einmal aushalten.

Unser Antrag steht im Zusammenhang mit dem Karlsruher Verlangen, die Legislative gegenüber der Exekutive zu stärken. Das heißt, Karlsruhe fordert eine größere Mitwirkung des Parlaments in politischen Entscheidungen. Das gilt nach meiner und nach Meinung der SPD nicht nur für supranationale Konstellationen wie für die EU, sondern das gilt noch mehr für ein föderatives System. Deshalb wollen wir mit unserem Antrag erreichen, dass die Staatsregierung - ich zitiere aus unserem Antrag - "vor Entscheidungen im Bundesrat ihr Abstimmungsverhalten jeweils vor der Sitzung der Länderkammer dem Landtag durch ein Mitglied der Staatsregierung darzulegen und zu begründen" hat. In einer parlamentarischen Demokratie sollte das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, denn der Geist unserer Verfassung ist eindeutig ein parlamentarischer. Er besagt, dass der einzig legitime Ort für politische Willensbildungen und Entscheidungen die Parlamente sind.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, bei den Diskussionen über den Föderalismus in der letzten Legislaturperiode hatte ich für mich persönlich das Gefühl, die SPD wäre etwas parlamentslastiger und Ihre Frak-

tion etwas exekutivhöriger. Doch die Diskussion über weiterreichende Rechte und Kompetenzen des Parlaments, wie sie momentan gegenüber der Exekutive auf Bundesebene geführt wird, hat mich nun eines Besseren belehrt. Noch nie haben wir von Markus Ferber, Alexander Dobrindt oder Horst Seehofer so oft gehört, wie wichtig das Parlament sei. Ich zitiere Ihren gegenwärtigen Generalsekretär aus Ihrem Parteiorgan "Bayernkurier" vom 11. Juli 2009: "Es gehört zur parlamentarischen Kontrolle, dass sich die Regierung bei wichtigen Entscheidungen an die Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat halten muss und sich nicht einfach darüber hinwegsetzen darf."

(Eberhard Sinner (CSU): Der "Bayernkurier" erschließt ja ganz neue Leserkreise!)

- Natürlich. Sie sehen: Im Gegensatz zu Ihnen setzen wir uns auch mit anderen Meinungen auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Sinner, es wird Sie besonders wundern, dass ich mit Herrn Dobrindt völlig übereinstimme, wenn ich für uns in Bayern das Wort "Bundestag" durch das Wort "Landtag" ersetze; denn was für das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament in Berlin gilt, muss uns auch hier in Bayern recht und billig sein. Wir haben eine unmittelbare parlamentarische Gestaltungsaufgabe. Dieser können und müssen wir gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Weder über die Aktivitäten der bayerischen Vertreter im Ausschuss der Regionen noch über das Abstimmungsverhalten der Bundesrats-Vertreter Bayerns in Europafragen werden wir Parlamentarier vorab intensiv informiert. Wir werden auch nicht zu unserer Meinung als Volksvertreter befragt. Die Staatsregierung wird damit ihrer Verantwortung gegenüber dem Bayerischen Landtag nicht hinreichend gerecht.

Zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN möchte ich zwei Anmerkungen machen. Der erste Teil - vor allem in der neuen Fassung - bleibt sogar hinter unserem Antrag zurück. Während wir fordern, dass die Staatsregierung den Landtag vor Entscheidungen einzubeziehen hat, fordern Sie, Herr Kollege Dr. Runge, weichgespült, dass die Staatsregierung über das, was wir fordern, zu berichten hat. Das ist völlig ungewohnt angesichts Ihrer sonst zu beobachtenden gnadenlosen Härte. Wenn in diesem Hohen Hause irgendjemand dieser Forderung nicht zustimmen kann, sollte er einmal sein parlamentarisches Selbstverständnis grundlegend hinterfragen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diesem Punkt wird die SPD zustimmen.

Wir hatten anfangs ein gewisses Magengrummeln beim zweiten Teil Ihres Dringlichkeitsantrags in der ursprünglichen Fassung. Dieses Magengrummeln haben Sie jedoch beheben können. Der jetzigen Formulierung können wir ohne Weiteres zustimmen. Bei der Formulierung "nicht im Schnelldurchlauf beraten und beschlossen werden" klingt bei mir noch zu viel von der christsozialen Melodei durch, die von denen angestimmt wurde, die eine rechtzeitige Hinterlegung der Ratifikationsurkunde vor einem irischen Votum verhindern wollten. Ich erinnere nur an eine Aussage von Herrn Kollegen Dobrindt, mit der er den Zeitplan für das Begleitgesetz bis zum irischen Referendum am 4. Oktober infrage gestellt hatte. Die jetzige Fassung ist für uns aber ohne Weiteres zustimmungsfähig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie die aktuelle Diskussion über eine stärkere Beteiligung des Parlaments seriös führen wollen, sollten Sie sich unserem Anliegen für dieses Parlament nicht verschließen. Über die Details, wie der Landtag von der Staatsregierung vor einer Sitzung des Bundesrats zu informieren und einzubinden ist, können wir uns sicherlich verständigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, wir arbeiten bereits an anderen Baustellen sehr konstruktiv zusammen. Wie wäre es denn zum Beispiel mit dem Vorschlag, dass die Staatsministerin nach den Kabinettsitzungen, in denen Bundesratsvoten festgelegt werden, zu uns in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten kommen sollte? Wenn Sie - losgelöst von dem Verfassungsgerichtsurteil - von der Bundesregierung eine stärkere Beteiligung des Parlaments fordern, sollten Sie dieses Anliegen für unsere eigene Arbeit im Bayerischen Landtag übernehmen. Berlin soll regeln, was dort zu regeln ist. Wir im Bayerischen Landtag sollten konstruktiv unsere Hausaufgaben erledigen, also die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten verbessern. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

(Franz Maget (SPD): Jetzt kommt der Kuschel-Martin!)

Herr Kollege Maget, warum vor der Sommerpause nicht auch einmal etwas Neues?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Sitzung hat Herr

Kollege Erwin Huber gemeint, der Runge gebe das Lämmlein. Herr Huber hat unserem Antrag aber trotzdem nicht zugestimmt, weil er den Runge kenne und wisse, dass dieser die CSU hereinlegen wolle. Heute ist das ganz anders.

Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Gestern und heute kamen zahlreiche Emissionäre mehrerer Fraktionen zu uns, um über unseren Antrag zu verhandeln. Das hat uns gefreut und sehr geehrt. Nochmals zur Erklärung: Der Absatz 1 des Antrags ist gewissermaßen eine Krücke.

(Eberhard Sinner (CSU): So sieht er auch aus!)

Mit dieser Krücke wollen wir erreichen, dass der Ältestenrat die gemeinsame Beratung dieses Antrags mit dem aufgerufenen SPD-Antrag gestattet. Wir glauben, dass ein Thema, das zwei Wochen lang das Kernthema in der Medienberichterstattung war, in der letzten Sitzung des Bayerischen Landtags nicht fehlen sollte. Unser erster Antrag wurde nicht genehmigt. Der Anlass und der Ansatz beider Anträge sind partiell gleich. Wir hätten uns nicht unbedingt so bemühen müssen, bis der Ältestenrat Ja sagt. Es war aber nun einmal so.

Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich ist es angebracht und angesagt, dass wir uns über eine Analogie der jüngst von CSU-Größen angestoßenen Debatte Gedanken machen. Wenn der Bundestag vor Entscheidungen der Bundesregierung im Europäischen Rat oder im Ministerrat mitreden soll und mitreden darf, ist es selbstverständlich billig zu fordern, dass auch der Bayerische Landtag mitreden darf, bevor die Vertreter der Staatsregierung ihr Votum im Bundesrat abgeben. Deswegen werden wir dem Antrag der SPD zustimmen. Nachher werden wir hören, wie es in der Praxis aussieht. Man kann durchaus das eine oder andere Argument abwägen. Wir glauben aber, dass es jetzt um ein Signal und um die richtige Richtung geht. Deshalb hoffen wir auf eine breite Zustimmung zum SPD-Antrag.

Geschätzter Herr Kollege Dr. Förster, Sie haben sehr gegrint, als Sie die Motivation des ersten Absatzes unseres Antrags kommentiert haben. Wir haben diesen Absatz absichtlich seicht formuliert, damit Sie und alle anderen in diesem Hause zustimmen können. Dieser Absatz sollte niemandem als Ausrede dienen können, diese Forderung abzulehnen. Wesentliches Anliegen unseres Antrags ist eine sachgerechte und angemessene Behandlung des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union. Eine solche sachgerechte Behandlung drohte verhindert zu werden.

Noch einmal zu dem Urteil, das Herr Kollege Dr. Förster dankenswerterweise angesprochen hatte: Das Bun-

desverfassungsgericht hat am 30. Juni entschieden, dass zwar das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon nicht verfassungswidrig ist, dass aber das Begleitgesetz, konkret das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte von Bundestag und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union, verfassungswidrig ist. In der Debatte wurde hier vieles durcheinandergeworfen. Ich sage klar: Dieses Urteil ist europafreundlich und demokratiefreundlich.

Das Verfassungsgericht betont an mehreren Stellen seines Urteils die Europafreundlichkeit des Grundgesetzes. Es gibt zum Beispiel den Satz mit der Europarechtsfreundlichkeit. Das Gericht sagt aber auch, dass das Demokratieprinzip nicht verhandelbar sei. Das Gericht weist zu Recht auf die Defizite hin, die diesbezüglich im Moment in der Europäischen Union bestehen, ganz besonders im Hinblick auf das Europäische Parlament. Hier verweist das Gericht auf die fehlende gleichheitsgerechte Wahl und Besetzung des Europäischen Parlaments und auf die nicht hinreichende Stellung im Kompetenzgefüge. Das Gericht sagt dazu konkret: Das Parlament sei nicht hinreichend im Kompetenzgefüge gerüstet. Dies könnte jedoch hingenommen werden, weil die Europäische Union ein völkerrechtlich begründeter Herrschaftsverband sei, der dauerhaft vom Vertragswillen souverän bleibender Staaten getragen sei. Das ist eine ganz wichtige Aussage.

Zum Begleitgesetz: Die Richter sagen klar, dass der Bundestag und der Bundesrat etwas getan haben, was sie nicht dürfen. Sie haben gesagt, dass das Grundgesetz die deutschen Staatsorgane nicht ermächtigt, Hoheitsrechte derart zu übertragen, dass aus ihrer Ausübung heraus eigenständige weitere Zuständigkeiten begründet würden.

Dann kommen die entscheidenden Punkte, wo das Verfassungsgericht den Bundestag und je nach Zuständigkeit auch den Bundesrat verpflichtet zu handeln. Sie dürfen keine Pauschalermächtigung geben, sondern müssen sich mit jedem Einzelfall befassen und abstimmen. Es geht um drei Fälle: Erstens, die Abstimmungsmodalitäten werden von der Einstimmigkeit im Rat zur qualifizierten Mehrheit geändert; zum Zweiten, wenn die EU in nationale Souveränitäten eingreift, und zum Dritten, wenn weitere Kompetenzen von der EU beansprucht werden. Das sind die drei Felder. Alles andere, was CSU-intern debattiert wird, kann man diskutieren. Man muss aber um die Folgen wissen und sich bewusst sein, dass wir diese Debatte sehr gerne aufgreifen.

Was macht das Urteil für den Landtag so wichtig? Warum ist es uns so wichtig, dass wir gemeint haben, dass sich der Landtag mit diesem eminent bedeutenden Thema befassen soll?

Erstens finden Sie in dem Urteil an vielen Stellen konkrete Felder benannt, zu denen das Verfassungsgericht sagt, das seien besonders demokratiebedeutsame Sachbereiche und in diesen müsse besonders viel Sorge getragen werden, dass es keine Kompetenzverwischung oder Kompetenzbegehrlichkeiten gibt, denen nicht entgegengearbeitet werden kann. Mit der Polizei, der Medienordnung oder der Bildung und Erziehung sind wesentliche Felder angesprochen, für die die Landtage originär zuständig sind.

Zum Zweiten: Wir haben unsere Erfahrungen mit der Staatsregierung gemacht. Sie hat das letzte Mal massiv gepatzt. Sie hat beispielsweise im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten gesagt, sie stimme im Bundesrat nicht zu, wenn die Kompetenz-Kompetenz nicht eindeutig geklärt sei. Das Zustimmungsgesetz und das Begleitgesetz zeigen, dass darin nicht die eindeutige Klärung enthalten ist. Das heißt, die Staatsregierung hat im Bundesrat diesbezüglich versagt.

Die dritte Motivation betrifft das, was wir kommentierend zum SPD-Antrag gesagt haben. Wenn es darum geht, die Legislative gegenüber der Exekutive zu stärken, muss das auch für die Debatte im Bayerischen Landtag ein Ansatzpunkt sein. Das trifft insbesondere vor dem Hintergrund dessen zu, was wir hier erleben "durften".

(Beifall des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD)
- Johanna Werner-Muggendorfer (SPD):
Mussten!)

- Mussten. Jawohl, liebe Johanna Werner-Muggendorfer, wir sind noch hoffnungsfroh.

Zum Vierten habe ich erfahren, dass endlich das Zusammenwirken von Bundesrat und Bundestag in Europafragen über Gesetz geregelt werden soll, was bisher in den wesentlichen Punkten diffus war. Wir meinen, dass auch dabei der Landtag nicht per se ausgeblendet sein darf.

Ich habe von den vielen Verhandlungen und Emissionären gesprochen. Es wurde richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir unseren sowieso schon mehrfach geänderten Antrag nochmals geändert haben. Das heißt zum einen, Herr Kollege Sinner, um auch Ihre Aussage noch einmal aufzugreifen: Wir sagen im zweiten Absatz nicht: "Der Landtag wolle die Staatsregierung auffordern, dafür Sorge zu tragen ...", sondern wir sagen: "... sich dafür einzusetzen ..." Wir wollen die Staatsregierung aber nicht ganz außen vor lassen, weil es um deren Abstimmungsverhalten im Bundesrat geht.

Wir streichen den letzten Absatz des Antrags, weil einige Kolleginnen und Kollegen der SPD damit nicht

einverstanden sind. Wir nehmen im Satz vorher die Formulierung heraus: "nicht im Schnelldurchlauf" und ersetzen sie durch "in einem der Thematik und der Problematik angemessenen Verfahren".

Wir meinen, damit müssten Sie alle leben können. Wir werben nochmals um Zustimmung. Es geht um unsere ureigensten Interessen. Es geht um Demokratie oder Demokratieverkürzung. Es geht um Transparenz Ja oder Nein; Kontrolle Ja oder Nein. Es geht schlicht und ergreifend auch um das Selbstverständnis dieses Hohen Hauses. Deswegen haben wir die herzliche Bitte, dem in einem Kompromiss zustande gekommenen überaus wichtigen Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sinner.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Au weia! - Franz Maget (SPD): Nun müssen Sie zugeben, dass wir recht haben!)

Eberhard Sinner (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Das zuzugeben, Herr Maget, ist eine ganz andere Sache. Wir führen eine wichtige Debatte, die die CSU angestoßen hat und nicht Sie.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Debatte spielt sich in der Öffentlichkeit, im Bundestag und im Bundesrat ab. Ich möchte vorwegschicken: Der Vertrag von Lissabon macht - das haben wir im Ausschuss für Bundes- und Europafragen diskutiert und sind uns einig - Europa gegenüber dem Vertrag von Nizza insgesamt demokratischer. Ein Beispiel: Deutschland hat im Nizza-Vertrag ein Stimmengewicht von 29, Malta von 3. Deutschland hat 82 Millionen Einwohner, Malta 0,377 Millionen. Die künftige doppelte Mehrheit bringt die Stimme des Staates und das Gewicht der Bürger ein. Wir haben die Staatenunion und die Bürgerunion. Ich könnte noch viele Beispiele bringen.

Die CSU ist eine europafreundliche Partei. Theo Waigel ist der "Vater des Euro". Wir haben vor der Einführung des Euro eine harte Diskussion geführt, die sich gelohnt hat. Der Euro ist stabil. Er verdient das Vertrauen. Das ist das Verdienst der Diskussion, die wir innerhalb der CSU hatten, und das Verdienst von Theo Waigel. Das wollte ich hier in aller Deutlichkeit feststellen.

Der Euro ist kein "Esperanto-Geld", wie manche befürchtet haben.

(Franz Maget (SPD): Die Formulierung stammt doch aus der CSU!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 stellt nicht den Vertrag von Lissabon infrage. Es stellt das Begleitgesetz infrage, das vom Bundestag beschlossen worden ist. Die Beschwerdeführer haben die Kosten für die Punkte 1 und 2 voll zu tragen, während für die letzten Punkte, bei denen es um das Begleitgesetz geht, ein Splitten der Kosten erfolgt. Das zeigt deutlich, dass der Schwerpunkt beim Begleitgesetz liegt.

Zu den Kollegen der Opposition: Es ist gut, dass Sie sich Gedanken machen. Die Union hat zum Vorläufer, dem Verfassungsvertrag, der 2004/2005 behandelt wurde, ein Begleitgesetz auf Bundestagsdrucksache 15/4716 vorgelegt, auf dem als Unterzeichner von Peter Hintze bis Angela Merkel alle stehen. Wer dies abgelehnt hat, Herr Kollege Dr. Runge, waren Ihre Parteifreunde im Bundestag und Ihre Parteifreunde, Herr Maget, ebenfalls im Bundestag. Sie haben dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt. Deshalb ist Ihre Forderung, den Parlamenten eine größere Beteiligung einzuräumen, der Höhepunkt der Heuchelei.

(Franz Maget (SPD): Das wollten wir immer schon, und das sollten Sie auch wollen!)

- Natürlich, deswegen haben wir damals - -

(Franz Maget (SPD): Dann stimmen Sie unserem Antrag doch zu!)

- Sie lesen in den Unterlagen und hören offenbar nicht zu.

(Franz Maget (SPD): Das hat mit unserem Antrag nichts zu tun!)

- Das hat sehr viel damit zu tun.

Wir haben bereits 2005 die Beteiligung auf europäischer Ebene gebilligt, Sie aber abgelehnt. Das will ich festhalten.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Jetzt haben wir 2009!)

- Wir sind jetzt bei 2009.

Wir haben aufbauend auf den Gesetzentwurf 14 Punkte vorgelegt. Sie legen inhaltlich nichts vor - ich bleibe bei dem Antrag der GRÜNEN zum Lissaboner Vertrag. Sie wollen, nachdem inhaltlich nichts vorliegt, sich auf die Verfahrensfragen zurückziehen, weil sich auch Ihre Fraktion im Bundestag irgendwann darauf einlassen muss.

Wir sagen in aller Deutlichkeit: Die Gründlichkeit ist wichtig und möglich, weil wir den Vorläufergesetzentwurf schon hatten, auf dem die 14 Punkte aufbauen. In dem Vorläufergesetzentwurf steht nichts von einem imperativen Mandat. Ich selbst habe in den Räten in Brüssel mit den Bundesratsentschließungen, die es gibt, verhandelt. Das war eine Leitlinie, aber kein imperatives Mandat.

Herr Dr. Förster, Sie unterstellen uns, wir wollten die Bundesregierung zu einer Lame Duck machen, und gleichzeitig fordern Sie in einem Antrag Gleiches für die Staatsregierung und hebeln Ihre eigene Argumentation in diesem Punkt aus. Herr Dr. Runge, Sie stellen Forderungen, die niemals in Ihrer Bundestagsfraktion mehrheitsfähig sind. Joschka Fischer hat glatt abgelehnt, was Sie damals vorgeschlagen haben. Er zittert heute noch, wenn er nur Ihren Namen hört, weil Sie eine andere Meinung hatten. Sie haben sich aber nicht durchgesetzt.

Der Antrag in dieser Form ist für uns nicht zustimmungsfähig. Wir haben Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, und in diesem Vorschlag, den wir gemeinsam mit der FDP gemacht haben, steht drin: "mit der gebotenen Sorgfalt und Schnelligkeit beschlossen werden muss". Jetzt nehmen Sie "Sorgfalt und Schnelligkeit" heraus und schreiben, "mit der dem Thema gebührenden Sorgfalt behandelt werden muss". Das heißt, das soll in einem der Thematik und der Problematik angemessenen Verfahren bearbeitet und beschlossen werden. Das ist natürlich ein weltbewegender Antrag.

Meine Kolleginnen und Kollegen, im SPD-Antrag soll die Staatsregierung verpflichtet werden, vor einem Votum im Bundesrat in den Landtag zu kommen. Man kann über vieles reden. Wir haben das Parlamentsinformationsgesetz, wir haben die frühzeitige Unterrichtung, wir haben die Vereinbarung zwischen Landtag und Staatsregierung. Wir sind auch daran interessiert, das alles noch zu verbessern. Frau Staatsministerin Müller wird zu den aufgeworfenen Fragen sicherlich eine Stellungnahme abgeben können. Wir müssen uns aber auch selbst fragen, wie oft haben wir von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht? - Wir haben jetzt, was die europäische Gesetzgebung betrifft, im Vorgriff auf den Vertrag von Lissabon im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten viermal Subsidiaritätswarnungen behandelt. Wir haben dreimal reagiert, damit der Bundesrat dieser Warnung Rechnung tragen soll. Das heißt, es wurde frühzeitig informiert, und das wird in Zukunft noch intensiver sein.

Ich bin auch jederzeit dafür, im Vorfeld der Beratungen europäische Themen und auch Bundesthemen im Landtag zu diskutieren. Es gibt in vielen Fällen Beschlüsse des Landtags, die die Staatsregierung in einer

gewissen Weise politisch binden. In der Vereinbarung, die wir haben, steht auch ganz klar, dass die Staatsregierung in europäischen Fragen, die die Kompetenzbereiche des Landtags besonders berühren, das Votum des Landtags besonders berücksichtigen muss bzw. berücksichtigen soll. Das heißt, wir haben hier ein Verfahren, und wir sind durchaus gesprächsbereit im Hinblick auf die Verfeinerung, die Verbesserung und die Erweiterung dieses Verfahrens.

Was den Vertrag von Lissabon betrifft, so setzen wir darauf, das die CSU einen Großteil dessen, was sie vorschlägt, durchsetzen kann und auch durchsetzen wird. Wir wollen die lebendige Diskussion europäischer Themen im Bundestag. Diejenigen, die das bisher weitgehend blockiert haben, sitzen auf der linken Seite des Parlaments. Es ist erfreulich, wenn Sie sich jetzt wenigstens einmal in Bezug auf das Verfahren bewegen. Noch erfreulicher wäre es aber, wenn Sie dazu beitragen würden, dass der Bundestag, der diesen nicht verfassungsgemäßen Entwurf vorgelegt hat, entsprechend den Vorschlägen der CSU

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): War da die CSU denn nicht dabei?)

zu einem Gesetz, das dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und darüber hinaus noch weitere Möglichkeiten der aktiven Beteiligung des Bundesrates und des Bundestages erschließt, nun doch zu einem guten Ergebnis kommt. Das bedeutet nicht das imperative Mandat, das bedeutet aber mehr Demokratie und mehr Beteiligungsmöglichkeiten des Bundestages, so wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat und wie es auch die Bürger verlangen. In diesem Sinne werden wir den Antrag der SPD ablehnen und die Forderung der GRÜNEN durch den Bericht, den die Frau Ministerin geben kann - möglicherweise wird Sie diesen Bericht im Ausschuss geben -, erfüllen. Unsere Formulierung heißt: "mit Schnelligkeit und Gründlichkeit vorgehen". Wir sind zu beidem in der Lage; wir werden diese Frage schnell und gründlich diskutieren, weil wir nicht erst heute anfangen, sondern schon einen Vorlauf seit dem Jahr 2005 haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Sinner, würden Sie bitte noch einmal zum Rednerpult kommen? - Ich habe zwei Zwischeninterventionen. Die erste stammt von Herrn Kollegen Dr. Förster. Bitte schön.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Sinner, Sie haben mich nach zwei Minuten ermahnt, ich möge doch zu meinem Antrag sprechen und nicht zu Europa. Sie selbst aber haben fast 80 % Ihrer Zeit für die Diskussion über das Urteil des Bun-

desverfassungsgerichts in Berlin verwendet. Ich hoffe aber, dass die Kollegin von der FDP und der Kollege von den Freien Wählern dafür umso mehr das Element ansprechen, um das es uns wirklich aufrichtig geht. Es geht um mehr Beteiligung des bayerischen Parlaments hier in Bayern.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Vielleicht gehen Sie darauf noch etwas mehr ein. Das andere ist: Sie haben mich darauf hingewiesen, wenn ich in Richtung Berlin von einer Lame Duck spreche und dann hier dasselbe fordere, würde ich mich ad absurdum führen. Das war eine rhetorische Falle, in die Sie prompt getreten sind. Damit sagen Sie nämlich dasselbe für sich. Wenn Sie es in Berlin fordern, dann müssen Sie es hier umsetzen. Ich freue mich, denn Sie werden jetzt, wenn Sie selbstkritisch sind, sagen: Ja, Herr Förster, da haben Sie recht, deshalb werden wir Ihrem Antrag doch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Eberhard Sinner (CSU): Herr Förster, in vielen Punkten mögen Sie recht haben, in diesem Punkt aber nicht. Ich habe gesagt, Sie unterstellen eine Lame Duck in Berlin. Es gibt kein imperatives Mandat, weder in dem Maßnahmenkatalog mit 14 Punkten noch in dem alten Gesetzentwurf. Genau das aber haben Sie apodiktisch in Ihrem Antrag stehen. Sie können das durchaus zugeben.

Ich bin auf Ihre Argumentation zum Vertrag von Lissabon eingegangen, weil das Inhalt Ihres Redebeitrags war. Ich bin offen, und auch meine Fraktion ist vom Selbstverständnis des Parlaments her offen, Beteiligungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern.

(Franz Maget (SPD): Wo steht da was von einem imperativen Mandat? Die Staatsregierung soll darlegen und begründen!)

- Ja, das weiß ich. Herr Kollege Maget, Sie mischen sich ein. Es geht um das Thema, dass die Staatsregierung vor der Abstimmung im Bundesrat das Abstimmungsverhalten darlegen soll. Lassen Sie sich einmal den Ablauf im Bundesrat darstellen.

(Franz Maget (SPD): Da steht nur: "darzulegen und zu begründen"! Das ist doch kein imperatives Mandat!)

Frau Kollegin Müller wird das anschließend tun. Wir haben eine Möglichkeit, das Parlamentsinformationsgesetz - -

(Franz Maget (SPD): Das ist aber kein Mandat!)

Verstehen Sie mich bitte richtig. Ich bin von dem Vorwurf ausgegangen, den mir Herr Förster gemacht hat, und habe für uns klargestellt, dass es eine politische Bindung, aber keine rechtliche Bindung geben kann. Seien Sie doch froh, wenn wir uns in diesem Punkt einig sind. Das heißt: Offenheit für die Diskussion im Ausschuss, Herr Förster, die wir gern fortführen werden. Es geht um die Frage: Wie kann der Landtag besser beteiligt werden? Das Thema Lissabon haben Sie hier in aller Ausführlichkeit behandelt. Sie müssen deshalb damit rechnen, dass man auf Ihre Ausführungen eingeht. Sonst hätten Sie das sicher auch gar nicht gemacht.

Präsidentin Barbara Stamm: Die zweite Zwischenintervention: Herr Kollege Dr. Runge. Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Sinner, es wäre in der Tat hilfreich und erfreulich gewesen, wenn Sie sich etwas mehr mit den beiden vorliegenden Anträgen auseinandergesetzt hätten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Sie waren in Ihrer Argumentation nicht unbedingt redlich. Im Jahr 2005 haben Sie im Bundestag wie auch im Bundesrat dem Begleitgesetz zugestimmt. Im Jahr 2008 lag der Antrag von CDU, CSU, GRÜNEN und SPD vor - eine interessante Konstellation -, und dieser Antrag erfuhr nur eine geringfügige Änderung. Auch diesem Antrag haben Sie zugestimmt. Immerhin waren Sie so freundlich, darauf hinzuweisen, dass die GRÜNEN im Bayerischen Landtag diesbezüglich seit vielen Jahren eine andere Position einnehmen. Ich erinnere daran, dass es die GRÜNEN waren, die dieses Thema im Jahr 2002 zum ersten Mal in den Bayerischen Landtag gebracht haben. Anschließend haben wir es immer wieder aufgegriffen.

Herr Sinner, ich verstehe Ihre Nöte, ich verstehe die Not in der CSU und in der FDP, denn Sie müssen sich winden. Sie suggerieren, Sie hätten einen eigenen Antrag mit eigener Formulierung. Sie haben aber keinen Antrag. Es ist schön, wenn Sie unserer ersten Forderung zustimmen. Nehmen Sie aber nicht an, wir würden der Formulierung zustimmen "in der gebotenen Schnelligkeit", nachdem wir uns in der Debatte mit der SPD und den Freien Wählern darauf verständigt haben, den "Schnelldurchlauf" herauszunehmen. Nun kommt auf einmal die CSU daher und spricht sich für die Formulierung "in der gebotenen Schnelligkeit" aus. Das signalisiert im Übrigen, dass der Ministerpräsident und einige seiner Gefolgsleute sich wieder einmal massiv in Verbalakrobatik geübt haben. Der Ministerpräsident hat nämlich immer gesagt: "Schnelligkeit darf nicht vor Gründlichkeit gehen". Jetzt bringen Sie auf einmal den

Begriff "Schnelligkeit" hinein. Herr Sinner, wir wundern uns über die Tatsache, dass Sie sich dem Koalitionspartner und Herrn Westerwelle beugen, der im Hintergrund steht. Nur hätten Sie dann der Wichtigkeit der Angelegenheit angemessen schon einen eigenen Antrag einbringen müssen. Abgestimmt wird hier über unseren Antrag.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege, wenn Sie antworten wollen.

Eberhard Sinner (CSU): Herr Kollege Runge, Sie ergehen sich jetzt in Verfahrensfragen. Wir haben eine Position in 14 Punkten, und wir sind dabei, diese Position durchzusetzen in Gründlichkeit und in Schnelligkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Sie haben keine Position. Es ehrt Sie ja, dass Sie hier weitsichtig waren, aber das hat Ihre Fraktion im Bundestag in keiner Weise interessiert. Der Unterschied ist, dass wir nicht nur hier Dinge entwickeln, sondern dass wir sie auch in Berlin durchsetzen. Darauf können Sie sich verlassen. Wenn Sie uns dabei unterstützen würden, wäre das ein fulminanter Erfolg dieser Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Sinner. Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Piazzolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für ein paar Momente hegte ich fälschlicherweise die Hoffnung, dass mein Redeauftritt heute mit Blasmusik untermalt würde. Aber das hat sich wieder verspielt in der Zeit.

Wir stehen kurz vor der Sommerpause. Für mehr als 70 Abgeordnete wird damit auch die erste Phase ihres Parlamentsaufenthaltes abgeschlossen. Da gilt es für den einen oder anderen auch, ein bisschen zurückzublicken und zu sehen, was ein Parlament, was der Bayerische Landtag leistet und was er zu leisten vermag und wie man eine solche Arbeit vielleicht noch verbessern kann. Dazu gab es schon einige Untersuchungen, und ich glaube, dieser Gedanke passt auch ganz gut in das vorliegende Bundesverfassungsgerichtsurteil.

Denn was steckt im Kern hinter diesem Bundesverfassungsgerichtsurteil? Es ist die Sorge des Bundesverfassungsgerichts, dass demokratische Rechte verletzt werden könnten, dass die Demokratie geschwächt wird, dass die Verbindung des Bürgers zu den Ent-

scheidungsträgern immer mehr abreißt. Das bezieht sich natürlich vorrangig auf das Europäische Parlament und die Europäische Union, meint aber gleichzeitig natürlich auch den Bundestag und durchaus auch die Landtage. Das heißt, man kann dieses Urteil zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie Landtage, auch der Bayerische Landtag, aufgewertet werden können.

Was ist die Rolle des Parlaments gerade auch für den Bürger? Ich glaube, das ist ein Thema, das uns alle umtreibt: die größere Entfernung des Bürgers zum politischen Betrieb.

Da gibt es gute Zeichen, da gibt es aber auch schlechte Zeichen. Ein gutes Zeichen - wir haben gerade gestern darüber gesprochen - ist die erhöhte Anwesenheit des Ministerpräsidenten im Bayerischen Landtag. Heute ist er verhindert, aber er ist so häufig hier, wie das sicherlich bei den vorherigen Ministerpräsidenten nicht der Fall gewesen ist. Das begrüßen wir, und wir bedanken uns auch dafür, weil das die Bedeutung des Parlaments und der Debatten, die hier geführt werden, deutlich macht.

Ein zweites Indiz: Insbesondere auch von unserer Frau Präsidentin wird immer wieder der Name des Hohen Hauses erwähnt. Ich höre das gerne, weil es auch deutlich macht, welche Bedeutung dieses Haus in der politischen Arena hat. Wir sind nun einmal die einzigen direkt Gewählten, die Einzigen, die wirklich gegenüber dem Wähler direkt in der Verantwortung stehen.

All dies hat mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil und mit den hier vorliegenden Anträgen zu tun.

So verstehe ich auch den Antrag der SPD, sich hier nicht fest an den Wortlaut zu klammern, sondern zu versuchen, den Bayerischen Landtag stärker in die Diskussionen um Europa einzubinden. Man kann dann darüber streiten, wie man das macht. Brücken sind ja schon gebaut worden. Vielleicht ist es schwierig, wenn jeder Minister vor Bundesratssitzungen hier auftritt und Positionen erklärt. Ich glaube aber, es würde auch dem Bundesrat durchaus gerecht werden, es würde solche Diskussionen spannender machen, und wir hätten die Möglichkeit, hier vor der Öffentlichkeit, vor den Medien zu diskutieren.

Vielleicht gibt es ja - wir werden hören, was die Frau Ministerin dann sagt - das Angebot, das ich sehr begrüßen würde, dass die eine oder andere Europadebatte, die auch im Bundesrat geführt wird, vorher in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten kommt, wie Herr Förster auch schon angedeutet hat. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir Freien Wähler haben das Parlament, den Bayerischen Landtag, immer ganz hoch angesiedelt. Er ist die Arena, wo politische Diskussionen stattfinden und stattzufinden haben. Wir sind dankbar für jeden Vorschlag, der diese Parlamentsarbeit effektiver, aber auch transparenter und demokratischer macht. In diese Richtung geht der SPD-Antrag, und deshalb werden wir ihn auch unterstützen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD sowie des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Zweitens zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der noch deutlicher das aktuelle Thema Lissabon-Vertrag in den Fokus nimmt: Selbstverständlich machen auch wir uns Sorgen, dass eine so wichtige Debatte, die nun durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts angestoßen wurde, so schnell über die Bühne gebracht werden soll. Man kann das aus staatsrechtlicher, vielleicht auch aus völkerrechtlicher Rason - in Parenthese: Wir wollen den Lissabon-Vertrag möglichst schnell unter Dach und Fach bringen - durchaus begrüßen. Vielleicht ist es ja auch die Sorge der CDU, dass das jetzt noch einfacher durchzusetzen ist als vielleicht später. Das weiß ich nicht. Nur, man sollte eine solche Debatte nicht nur im Bundestag und vielleicht im Bundesrat führen. Es wäre sehr angebracht, hier auch die Landtage einzubinden, in welcher Form auch immer.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD sowie des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Ein Blick in die Geschäftsordnung zeigt, dass es auch Möglichkeiten gibt, selbst in der Sommerpause den Landtag - nicht unbedingt im Plenum, aber in Ausschüssen - zu beteiligen.

Insofern unterstützen wir im Grundansatz den Antrag, den die GRÜNEN gestellt haben; denn er geht auch in die Richtung, die ich vorhin beschrieben habe: mehr Beteiligung des Parlaments, Aufwertung des Parlaments in wichtigen Fragen. Ich glaube auch, dass sehr viele Abgeordnete der FDP und der CSU diesem Grundanliegen durchaus zustimmen. Insofern auch diesbezüglich nochmals meine Bitte: Wenn man den Anträgen nicht zustimmen kann, wie das nach meinem Eindruck der Fall zu sein scheint, sollte man trotzdem den Inhalt, der hinter diesen Anträgen steht, also Aufwertung des Parlaments, des Landtags, und Beteiligung des Landtags in Europafragen, auf die eine oder andere Weise befördern.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Bulfon. Bitte schön.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne!

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde auch die Damen und Herren auf der Besuchertribüne wichtig. Das muss ich einmal sagen.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Wir alle! - Weitere Zurufe von der CSU und der SPD)

Ich möchte zunächst etwas tun, was in jedem Rhetorikseminar nicht gutgeheißen wird. Ich möchte Sie nämlich etwas langweilen, und zwar möchte ich Ihnen die Tagesordnung vorlesen, die im Bundesrat behandelt wird. Es handelt sich hierbei normalerweise um 93 Punkte. TOP 1 ist zum Beispiel "Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches", TOP 2 "Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen Berufsrecht",

(Zuruf von den Freien Wählern: Langweilig!)

- ich weiß, das ist langweilig, aber ich mache jetzt noch ein bisschen weiter - TOP 3 "Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes", TOP 4 "Gesetz zur Verbesserung der Absicherung von Zivilpersonal", TOP 47 "Verordnung zur Änderung verkehrsrechtlicher Vorschriften". Die Tagesordnung ist noch sehr viel länger.

Meine Damen und Herren, ist das in dieser Form praktikabel?

(Harald Güller (SPD): Ja!)

Das ist nur ein kleiner Teil der Tagesordnung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

All das würde zukünftig jeden im Landtag beschäftigen. Unsere Tagesordnungen würden ausufern. In Artikel 50 des Grundgesetzes steht:

Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in den Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

Die Länder, vertreten durch die Landesregierungen, handeln also im Bundesrat. Demnach ist es Aufgabe der Staatsregierung, Stellungnahmen zu den Vorlagen des Bundesrats zu beschließen.

Derzeit regelt das Grundgesetz nicht, dass es Aufgabe des Landtags wäre, in diesem Fall Stellung zu nehmen. Wenn uns interessiert, was im Bundesrat abläuft, können wir Anfragen stellen. Es gibt das Pickverfahren. Damit können wir uns darüber informieren, was geschieht. Das tun zum Beispiel auch die GRÜNEN. Sie haben anlässlich des Datenaustauschabkommens davon Gebrauch gemacht. Es ist wichtig, dass wir solche Themen ausführlich diskutieren, wenn sie denn für uns interessant sind; wir picken sie dann heraus. Aber mir ist noch nicht ganz klar, wie wir das unbürokratisch und praktikabel umsetzen wollen.

Insofern kann ich dem Antrag der SPD in dieser Form nicht zustimmen.

Was den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN angeht, so ist die Sache etwas anders gelagert. Es handelt sich hier um einen Berichtsantrag. Ich finde es durchaus interessant, dass wir uns berichten lassen, wie die Sache konkret ablaufen soll.

Dann wird noch auf den Lissabon-Vertrag eingegangen. Beim Lissabon-Vertrag müssen wir darauf achten, dass sich bei aller gebotenen Sorgfalt bezüglich der Mitwirkungsrechte, die wir uns in der Tat alle wünschen, Bundesrat und Bundestag stärker einbringen müssen. Denn hier agieren wir außenpolitisch. Da müssen wir aufpassen, dass wir den Vertrag in der gebotenen Schnelligkeit über die Bühne bekommen.

Ich möchte erreichen, dass das Begleitgesetz verabschiedet wird. Wir dürfen hier nicht auf die Bremse treten. Wir sollten uns hier wirklich als Europäer zeigen, damit wir den Lissabon-Vertrag - natürlich mit Sorgfalt - ratifizieren können. Damit senden wir ein positives Signal nach Europa.

Insofern könnten wir dem veränderten Antrag, den die GRÜNEN eingebracht haben, zustimmen. Mir ist allerdings wichtig, dass wir den Lissabon-Vertrag mit der gebotenen Schnelligkeit ratifizieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, würden Sie bitte am Rednerpult stehen bleiben. Herr Kollege Dr. Runge hat sich für eine Intervention gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Kollegin Bulfon, wir wollen uns nicht berichten lassen, wie die Dinge laufen. Wie die Dinge laufen, wissen wir schon. Da haben wir auch unsere hinreichenden Erfahrungen.

Tatsächlich geht es darum, die Frage zu diskutieren: Wie kann der Landtag als Legislative und als Organ zur Kontrolle der Staatsregierung im Verhältnis zur Exekutive gestärkt werden?

Wir hatten in früheren Jahren einmal mit klarer Mehrheit einen Beschluss gefasst, weil uns dankenswerterweise ein ganzer Schwung von CSU-Abgeordneten dabei unterstützt hat. Aber die Staatsregierung hat im Bundesrat genau das Gegenteil gemacht. Die Diskussion darüber wollen wir sehr wohl anzetteln.

Jetzt aber noch einmal zu Ihrem Beitrag in der Debatte. Meinen Sie wirklich, es sei hilfreich, das Feld völlig der CSU zu überlassen und das Erpressungspotenzial der Mitglieder der CSU, der Staatsregierung und vor allem des Ministerpräsidenten nochmals zu steigern? Oder meinen Sie nicht, dass es der Sache angemessen wäre - es handelt sich immerhin um das Gesetz zur Stärkung der Rechte von Bundestag und Bundesrat -, dass auch der Landtag die Möglichkeit bekommen muss, sich mit der Sache zu befassen?

Sehen Sie es uns nach, dass wir die Begrifflichkeit "Schnelligkeit" nicht aufgenommen wissen wollen, zumal wir uns auch schon von der gegenteiligen Begrifflichkeit getrennt haben. Allerdings hat Kollege Pia-zolo völlig zu Recht auf die nach der Geschäftsordnung möglichen Instrumente hingewiesen. Wir haben zum einen den Zwischenausschuss. Zum anderen haben wir die Möglichkeit, eine Sondersitzung abzuhalten.

Ich sage noch einmal: Hier geht es um unser ureigenes Interesse als Parlamentarier. Deswegen fordern wir Sie noch einmal herzlich auf, unserem Antrag in der von uns als Kompromiss formulierten Version zuzustimmen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, möchten Sie darauf antworten? - Bitte.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Runge, wir stimmen Ihrem Antrag doch zu. Das habe ich gerade deutlich gemacht. Wir stimmen also dem Antrag der GRÜNEN in der geänderten Form ohne Wenn und Aber zu.

Die Frage ist tatsächlich, warum zum Beispiel das Demokratiedefizit nicht einfach durch den Lissabon-Vertrag beseitigt werden kann. Diese Möglichkeit möchte ich einmal ansprechen. Wir beschreiten hier einen Weg über den Landtag und den Bundestag. Aber es besteht auch die Möglichkeit, Demokratiedefizite über den Lissabon-Vertrag zu beseitigen und ihn so zu ratifizieren.

Wir wollen auf keinen Fall der CSU das Feld in Sachen Europapolitik überlassen. Uns geht es tatsächlich darum, klarzustellen, dass die Dinge im Endeffekt im Bundestag entschieden werden. Da werden Sie mir sicher zustimmen, Herr Runge. Mit Ihrer Meinung setzen Sie sich im Bundestag ja in keiner Weise durch. Im Ge-

genteil, ich frage mich zeitweise sogar, ob Sie nicht der Steigbügelhalter für die CSU sind.

Vielleicht schaffen wir es, das Begleitgesetz in der gebotenen Schnelligkeit durchzubringen. Wir müssen das in den zwei Sitzungen schaffen. Wenn es in diesen zwei Sitzungen geschafft wird, dann ist dem Erfordernis Genüge getan. Dann sind wir nicht die Blockierer für Europa. Das ist für mich persönlich sehr wichtig.

Ich möchte, dass das Begleitgesetz verabschiedet wird und wir dadurch ein positives Signal nach Europa senden. Wir dürfen nicht als Blockierer dastehen. Es ist ganz wichtig, dass Deutschland hier eine diplomatische Rolle spielt. Wir dürfen auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als wären wir in Deutschland diejenigen, die blockieren. Das würde unsere Interessen massiv schädigen.

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten.

Staatsministerin Emilia Müller (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine beschränkte Redezeit. Deshalb konzentriere ich mich auf die Anträge.

(Franz Maget (SPD): Sie können so lange reden, wie Sie wollen!)

Mir ist es ein Anliegen, das Parlament umfassend zu informieren. Dafür haben wir ein Parlamentsinformationsgesetz geschaffen und eine zusätzliche Vereinbarung zwischen Landtag und Staatsregierung getroffen. Damit ist Bayern in Deutschland Vorreiter.

Diese Regelungen sichern einen reibungslosen Informationsfluss zwischen Staatsregierung und Landtag. Die Praxis zeigt, dass das Verfahren gut läuft. Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, haben das Recht und die Möglichkeit, sich gegenüber der Staatsregierung zu jedem der Gesetzgebungsverfahren zu äußern und zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt Einfluss auf die Gesetzesentwicklung zu nehmen.

Wir pflegen eine gute Zusammenarbeit. Dafür möchte ich Ihnen allen auf das Herzlichste danken. Wie wir gemeinsam noch weitere Verbesserungen erreichen können, darüber will ich nach der Sommerpause mit Ihnen gerne diskutieren.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag entspricht zentralen bayerischen Forderungen. Wir begrüßen, dass die parlamentarische Mitwirkung des Bundestags und des Bundesrats durch das Urteil gestärkt wird. Deshalb muss das Urteil im neuen Begleitgesetz mit Gewissenhaftigkeit, großer

Sorgfalt und Ernsthaftigkeit zügig umgesetzt werden. Mir ist es dabei besonders wichtig, dass wir in den laufenden Beratungen die Länderinteressen einbringen. Wir müssen jetzt die Chance, die das Urteil bietet, nutzen, um die Europäische Union bürgernäher, transparenter und demokratischer zu machen. Für die inhaltlichen Aussagen in Ihrem Antrag, Herr Runge, habe ich große Sympathien. Deshalb würde ich es sehr begrüßen, wenn wir fraktionsübergreifend eine gemeinsame Lösung finden könnten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Sinner hat um das Wort gebeten.

(Franz Maget (SPD): Das muss jetzt aber schnell gehen!)

- Gut zwei Minuten hat er.

Eberhard Sinner (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir stehen vor der Sommerpause, und wir sollten einen Beitrag dazu leisten, gemeinsame Überzeugungen gemeinsam zum Ausdruck zu bringen. Sie, Herr Runge, hatten eine Nacht Zeit, zu überlegen, und Sie kommen jetzt, fünf oder zehn Minuten vor dem Aufruf des Antrags, mit einer neuen Formulierung. Wir haben uns in der Zwischenzeit abgestimmt. Wir tragen diese Formulierung mit. Damit kann der Antrag in großer Einmütigkeit beschlossen werden. Ich denke, damit beweist der Bayerische Landtag nicht nur sein Interesse an, sondern auch seine Kompetenz in diesen Fragen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Aus der Tatsache, dass die Neuformulierung bereits in gedruckter Form vorliegt, dürfen Sie schließen, dass diese Formulierung - das habe ich vorhin schon gesagt - schon älteren Datums ist. Wir freuen uns aber, dass wir beobachten durften, wie sehr Sie mit sich gerungen haben, bis Sie davon überzeugt waren, dem Vorschlag der GRÜNEN, der Freien Wähler und der SPD doch noch zu folgen.

Eberhard Sinner (CSU): Herr Kollege Runge, wir haben die Formulierung erst vor zehn Minuten erhalten. Ich habe mit Herrn Kollegen Hacker gesprochen. Sie sehen, dass wir mit der erforderlichen Gründlichkeit und Schnelligkeit handeln. Das sollte Sie trösten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Auf die namentliche Abstimmung können wir damit verzichten!)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich als Präsidentin dieses Parlaments ganz herzlich für den Kompromiss, der jetzt gefunden worden ist, und für den Konsens bedanken. Damit können wir auch etwas Zeit sparen, weil die namentliche Abstimmung, die die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN verlangt hatte, entfällt. Wir haben gemeinsam einen Beitrag zur Stärkung der Rechte dieses unseres Parlaments geleistet. Dafür sage ich ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den Freien Wählern)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Für die Abstimmung werden die beiden Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/1839 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Darf ich auch nach dem Abstimmungsverhalten von Ihnen, Frau Kollegin Pauli, fragen? - Bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der Freien Wähler und der Kollegin Pauli ist dieser Dringlichkeitsantrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/1851 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Thomas Kreuzer (CSU): In der geänderten Fassung!)

- In der neuen Fassung, die vorliegt. Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Keine. - Frau Kollegin Pauli, Sie schließen sich dem Votum an. Damit ist dieser Antrag in folgender neuer Fassung einstimmig angenommen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, dem Landtag zu berichten, ob und unter welchen Umständen sie vor Entscheidungen im Bundesrat eine Unterrichtung des Landtags sowie eine entsprechende Debatte im Landtag über das beabsichtigte Abstimmungsvotum der Vertreter der Staatsregierung im Bundesrat für gangbar hält.

Gleichzeitig fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das neue Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der

Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union als Begleitgesetz zum Vertrag von Lissabon in einem der Thematik und Problematik angemessenen Verfahren erarbeitet und beschlossen wird.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/1840 bis 16/1843 sowie der Antrag auf Drucksache 16/1852 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer Sitzung. Wir hatten eine sehr arbeitsreiche Plenarwoche. Ich danke allen für ihre Geduld und für ihre Mitarbeit. Wir können zunächst einmal aufatmen. Die Pause für Sie wird natürlich unterschiedlich ausfallen. Wir alle wissen, dass wir wegen der Bundestagswahlen viel unterwegs sein werden. Der Urlaub sollte zwar nicht ganz ausfallen, aber er wird zumindest kürzer sein, als es uns normalerweise in der Sommerpause vergönnt ist.

Die umfangreiche Tagesordnung dieser Woche hat wieder einmal gezeigt, dass der 16. Bayerische Landtag nach der üblichen Phase der Eingewöhnung inzwischen längst Tritt gefasst hat und wir als Arbeitsparlament unsere Aufgaben verantwortungsvoll erfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir um Antworten und um Lösungen für die aktuellen Herausforderungen ringen. Das müssen wir, das ist unser Auftrag, und diesem Auftrag haben wir immer wieder nachzukommen.

Ich danke Ihnen allen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, für Ihren Einsatz und Ihr Engagement hier im Hause und außerhalb in Ihren Stimm- und Wahlkreisen. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen, die heute nicht hier sein können, weil sie krank sind. Ich glaube, wir sollten insbesondere diesen Kollegen unsere guten Wünsche mit auf den Weg geben und ihnen gute Besserung wünschen. Es ist immer gut, wenn man weiß, dass man nicht alleine ist, wenn man schwer erkrankt ist, sondern dass es andere Menschen gibt, die an einen denken. Einen ganz herzlichen Gruß an diejenigen, die erkrankt sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und darf Sie, Herr stellvertretender Ministerpräsident, bitten, diesen Dank dem Herrn Ministerpräsidenten zu übermitteln. Ich danke auch der Frau Vizepräsidentin und den Herren Vizepräsidenten des Landtags, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrats, den Vorsitzenden der Fraktionen und der Ausschüsse und Kommissionen sowie ihren Stellvertretern für die kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Danken darf ich auch den Damen und Herren von Presse, Hörfunk und Fernsehen für ihre Berichterstattung. Begleiten Sie uns auch weiterhin aufmerksam, kritisch, aber auch wohlwollend. Berichten Sie, was in diesem Hause passiert. Damit nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber den Menschen wahr, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ein herzliches Dankeschön sage ich auch der Spitze der Landtagsverwaltung, sowohl dem früheren Amtschef, Herrn Maicher, als auch dem neuen Amtschef, Herrn Worm, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes. Lassen Sie mich eines ausdrücklich sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes, in welchen Bereichen auch immer, haben in den zurückliegenden Monaten deutlich gemacht, dass sie in unserem Dienste stehen. Denken Sie alleine daran, wie aktiv die einzelnen Fraktionen sind und wie flexibel in allen Bereichen dieses Hauses gearbeitet wird. Diese Arbeit hat einen ganz besonderen Dank verdient.

(Allgemeiner Beifall)

Ein Dankeschön auch an diejenigen, die in den Fraktionsgeschäftsstellen in der Verantwortung stehen. Ich darf aber auch das Dankeschön an die Landtagsbeauftragten zum Ausdruck bringen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch denjenigen Damen und Herren besonders herzlich, die mit Hochdruck in der Baukommission arbeiten. Ich freue mich sehr, dass sich die Kolleginnen und Kollegen darauf eingelassen haben, dass wir die Enge in unseren Räumen und Büros beseitigen und die entsprechenden Maßnahmen hoffentlich termingerecht über die Bühne bringen können, und zwar bis zum Jahre 2011. Der Neubau im Nordhof wird also ganz schnell in Angriff genommen werden. Ich möchte mich hier auch ausdrücklich beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Winter, und bei seiner Stellvertreterin ganz herzlich bedanken. Wir sind darauf angewiesen, das in einem guten Einvernehmen miteinander zu machen. Vielen Dank dafür.

Das war es von meiner Seite aus. Danke und noch einmal danke vor allen Dingen auch der Polizei. Draußen ist für uns auch immer das Rote Kreuz für den Fall da, dass hier im Hause etwas passiert. Auch ihm wollen wir ganz herzlich danken!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich Herrn Kollegen Maget um das Schlusswort bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Maget (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus guter Tradition darf ich jetzt Sie alle in die Sommerpause entlassen. Zunächst möchte ich ebenfalls - ich glaube - im Namen aller Kolleginnen und Kollegen Herrn Worm und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes, die ihre Arbeit vorzüglich leisten, danken. Vielen Dank dafür, Herr Worm!

(Allgemeiner Beifall)

Danken möchte ich auch den Mitarbeitern der Ministerien, die uns zu Diensten stehen, den Landtags- und Fraktionsgeschäftsstellen, der Polizei, den Offizianten, den Reinigungskräften und allen, die dazu gehören, um unsere Arbeit zu ermöglichen und gelegentlich auch zu erleichtern. Unser Dank gilt natürlich auch den Medien und der Landtagspresse im engeren Sinne. Wir sind uns schon bewusst, dass nicht alles, was hier diskutiert wird, immer berichtenswert ist und dass nicht jeder Antrag, der hier debattiert wird, die Welt gleich aus den Angeln hebt. Trotzdem beeinflussen unsere Entscheidungen und Diskussionen den Alltag der Menschen. Wenn wir es richtig machen, sorgen wir auch dafür, dass es den Menschen in unserem Land besser gehen soll. Wir sind darauf angewiesen, dass darüber fair und kritisch berichtet wird. Deswegen ganz herzlichen Dank dafür an die Printmedien, an das Fernsehen und den Hörfunk, egal, ob öffentlich-rechtlich oder privat.

(Allgemeiner Beifall)

Die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu unserer Arbeit empfinde ich persönlich als zwiespältig. Leider nehme ich immer stärker wahr - ich denke, uns allen geht es so -, dass sich zu viele Menschen vom Politikbetrieb abwenden oder dafür nicht mehr interessieren, dass ihnen gerade der Parlamentsbetrieb möglicherweise unübersichtlich, unverständlich, langweilig oder gar überflüssig erscheint. Wir müssen an dieser Stelle alle miteinander darüber nachdenken, wie wir unsere Arbeit, wie wir unsere Diskussionen und wie wir unsere Außendarstellung verbessern, wie wir zu den Menschen deutlicher, klarer und auch verständlicher sprechen und nicht unbedingt in allgemeinen Politikfloskeln und -formulierungen reden, die dann doch ein wenig ungenau und langweilig sind.

Ich stelle aber auch fest, dass sich wieder mehr Menschen für Politik interessieren. Gerade in Zeiten der Krise wollen die Menschen Antworten auf ihre Fragen haben und die Bewältigung der Probleme nicht alleine der Wirtschaft überlassen, sondern sie fragen auch die Politik, was sie tun kann und tun will, um die wirtschaftliche Krise zu bewältigen, um für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze und, so gut es geht, auch für soziale Sicherheit zu sorgen. Gerade jetzt werden wie-

der ein handlungsfähiger Staat und eine aktive Politik gewünscht, weil man erkannt hat, dass der Markttradikalismus ein Irrweg gewesen ist, und weil es in unserer demokratischen Ordnung einen Primat der Politik geben muss. Auch das ist für uns hier im Bayerischen Landtag ein Ansporn.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ökonomen sagen, dass die wirtschaftliche Krise, die wir durchleben, der des Jahres 1929 gleiche. Trotzdem empfinden es die Menschen überwiegend nicht so, weil wir keine galoppierende Inflation und keine Massenarbeitslosigkeit haben. Das liegt aber genau daran, dass in dieser Wirtschaftskrise die Politik gegensteuert und entschiedene Maßnahmen ergreift, die der konjunkturellen Belebung dienen; ich nenne nur das kommunale Investitionsprogramm, das nach unserer Auffassung in Bayern ein wenig zügiger umgesetzt werden könnte, aber hilft, auch den Kommunen. Ich nenne als zweites Beispiel nur die Kurzarbeiterregelung, die der Bundesarbeitsminister mit der Großen Koalition großzügig ausgeweitet hat. Dass es in Bayern 300.000 Menschen in Kurzarbeit gibt, zeigt, wie wichtig diese Regelung war. Wir haben ebenso viele Kurzarbeiter wie Arbeitslose. Ich hoffe, dass sich das Instrument der Kurzarbeit auch weiterhin erfolgreich einsetzen lässt.

Alle diese Maßnahmen sind richtig. Sie sind auch erfolgreich und helfen den Menschen, kosten aber auch Geld. Deswegen wissen die Menschen auch, dass die Politik in dieser Situation keine großen Wahlversprechungen machen kann. Ich bitte auch darum, dass wir uns davor hüten, in den nächsten Wochen große Wahlversprechungen, Wahlgeschenke und Entlastungsversprechungen zu machen, die wir nicht einhalten können, auch nicht diejenigen, die die Wahlversprechen machen. Ich fürchte, dass es, wenn man den Menschen zu sehr nach dem Mund redet, zu populistisch auftritt und heute so und morgen anders redet, der Politik insgesamt und der Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen schadet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch hier in der Landespolitik können wir wichtige Entscheidungen treffen. Wenn wir es wollen, können wir für mehr Bildungsgerechtigkeit, für eine echte Gleichstellung der Frauen und für ausreichende Ausbildungsplätze sorgen sowie eine Regional- und Strukturpolitik durchsetzen, die allen Teilen Bayerns wirklich hilft. Ich denke auch daran, dass es wichtig ist, in unserem Land kleinen und mittleren Unternehmen in gleicher Weise zu helfen.

Der Sozialbericht hat in den letzten Monaten gezeigt, dass es auch in einem reichen Land jede Menge sozialer Problemlagen gibt, die uns herausfordern müs-

sen. Häufig ist dann die Antwort, die von den Oppositionsparteien gegeben wird, die richtige. Ich bitte darum, sich diese gelegentlich etwas ernsthafter anzuschauen und zu prüfen. Der frühere Ministerpräsident, Herr Dr. Beckstein, hat beim Geburtstagsfest für Renate Schmidt anlässlich ihres 65. Geburtstags Folgendes gesagt - ich zitiere Sie wörtlich -: "Anträge der Opposition werden von uns abgelehnt, dann ein paar Kommas ausgetauscht und das Ganze danach mit großer Begeisterung als eigener Antrag angenommen." Das haben Sie beim Geburtstag von Frau Schmidt preisgegeben. Sie sind ein alter Fahrersmann, Sie kennen die Praktiken. Vielleicht wäre es für den Menschen aber besser, wenn man das gleich erledigen und die richtigen Entscheidungen schneller treffen würde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aus der Krise zu lernen, ist das Gebot der Stunde, weniger Gier und Profitstreben, wieder mehr Gemeinwohlorientierung, so wie es unsere Bayerische Verfassung übrigens aufgibt. Das wären die wichtigen Lehren aus der wirtschaftlichen Krise.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen arbeitsreichen Sommer. Wenn wir uns fair miteinander auseinandersetzen und für unsere Überzeugungen streiten, dann schadet das nicht, sondern hilft der Demokratie. Und wenn man gelegentlich ins Kino oder Theater geht oder ein gutes Buch liest, dann kann das auch nicht schaden. Auf speziellen Wunsch des Herrn Finanzministers habe ich noch ein paar Buchtipps für Sie herausgesucht. Das habe ich einmal angefangen, und jetzt werde ich es nicht mehr los. Deswegen quäle ich Sie noch mit einigen wenigen Lektüretipps.

Für Herrn Seehofer würde ich einen Bestseller vorschlagen von Richard David Precht mit dem Titel: "Wer bin ich - und wenn ja, wie viele?"

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Untertitel: "Eine philosophische Reise", Goldmann Verlag, erschwinglich: 14,95 Euro.

Für den Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten würde ich eher an eine CD von Ihrem Fraktionskollegen und parlamentarischen Geschäftsführer Tobi Thalhammer

(Allgemeine Heiterkeit)

mit dem wunderschönen Titel: "Du bist mein Knuddel Schnuddel" denken.

(Allgemeine Heiterkeit)

Immerhin 15,99 Euro, aber als MP3 erhältlich. Respekt.

Für Herrn Söder - er ist leider nicht da - habe ich auch etwas gefunden von Michael Ebert. Der Titel heißt: "Planen oder treiben lassen? Wie man merkt, ob man sich zu viel oder zu wenig Gedanken um seine Zukunft macht".

(Allgemeine Heiterkeit)

Heyne Verlag, 17,95 Euro.

Herr Spaenle ist leider auch nicht da. Heute habe ich wenig Treffer. Ihm schenken wir ein T-Shirt aus der Reihe Cool-Fun-T-Shirts für 15,90 Euro mit dem Titel drauf: "Ich bin intelligent geboren, aber das Schulsystem hat mich ruiniert".

(Allgemeine Heiterkeit)

Das wäre doch auch ganz schick und wie gesagt preislich erschwinglich.

Für Hubert Aiwanger von Peter Engelbrecht: "Tausche Mähmaschine gegen Frau".

(Allgemeine Heiterkeit - Hubert Aiwanger (FW): Da behalte ich doch die Mähmaschine!)

Reportagen aus Oberfranken, Bumerang-Verlag, 15,80 Euro.

Für Frau Pauli - jetzt ist sie auch schon weg, ach nein -, für Sie habe ich auch etwas. Ein Handbuch, kostet nur 8,95 Euro, so viel sollten Sie ausgeben, von Martin Sonnenkorn: "Das Parteibuch - wie man eine Partei gründet und die Macht übernimmt".

(Allgemeine Heiterkeit)

8,95 Euro nur. Der Verlag ist auch seriös: Kiepenheuer & Witsch.

Die nächste Buchhandlung, Buchhandlung Waldmann, ist am Wiener Platz.

Der letzte Buchtipp für unsere neue SPD-Generalsekretärin, Frau Kohnen, das ist der "Immerwährende Kalender" aus dem Brunnen-Verlag mit dem Titel "Hoffnung für alle - 365 Ermutigungen aus den Psalmen".

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten der GRÜNEN und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Er ist auch erschwinglich.

Damit kommen wir alle über die Runden, meine Damen und Herren. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen Sommer. Ich hoffe, wir sehen uns gesund im Herbst wieder. Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Maget, vor allem für die guten Wünsche.

Jetzt darf ich dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Zeil, das Wort erteilen.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Liebe Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Traditionell spricht in der letzten Sitzung der Ministerpräsident zu Ihnen. Aber Sie wissen, dass er am Petersburger Dialog teilnimmt, und deswegen fällt mir heute diese Ehre zu.

Ich darf mich in seinem Namen, aber auch im Namen der gesamten Staatsregierung bei unserem Präsidium, bei den Mitgliedern und Mitarbeitern des Landtags sehr herzlich bedanken. Dieser 16. Bayerische Landtag unterscheidet sich in mancher Hinsicht von seinem Vorgänger. Einer der markanten Unterschiede sind Sie, hochverehrte Frau Präsidentin,

(Allgemeiner Beifall)

die Sie dieses Parlament so souverän und mit dem Ihnen eigenen ganz persönlichen Stil leiten. Ich darf mich für die hervorragende Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken.

Der zweite Punkt ist: Der Landtag ist vielfältiger, das erste Mal seit vielen Jahren mit fünf Fraktionen. Er ist geprägt von der fairen und konstruktiven Suche nach den besten Lösungen. Es gelingt immer wieder - das haben wir heute bei einem Punkt wieder erlebt -, Anträge einstimmig zusammenzuführen. Das zeichnet dieses Haus aus.

Seit letztem Herbst stemmen wir uns gemeinsam, meine Damen und Herren, gegen eine globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die tiefste Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Wir tragen alle als frei gewählte Abgeordnete eine große Verantwortung für unser Land. Diese Stärken jedes Einzelnen verbinden uns über die Fraktionsgrenzen hinweg. All das gibt uns politische Gestaltungskraft gerade in schwierigen Zeiten.

Ich meine, wir haben ein sehr anspruchsvolles, bisweilen auch anstrengendes Programm bewältigt. Wir haben um die richtigen Lösungen für die Bayerische Landesbank gerungen, auch um die schwierigen Fragen eines aktiven Krisenmanagements. Wir haben beraten und uns - Herr Kollege Maget, Sie haben es angesprochen - über die Umsetzung des Konjunkturpakets auseinandergesetzt. Ich darf feststellen: Dieses Konjunkturpaket ist in keinem anderen Bundesland so schnell und zielorientiert auf die kommunale Ebene her-

untergebrochen worden. Dafür bin ich allen sehr dankbar.

Mit dem Beschleunigungsprogramm haben wir zusätzliche Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro vorgezogen, haben für den Mittelstand verschiedene Maßnahmen getroffen, und wir haben - dafür bin ich dem gesamten Haus sehr dankbar - in Rekordzeit den Doppelhaushalt 2009/2010 bewältigt und damit auch die richtigen Akzente gesetzt. Wir haben in vielen rechts- und innenpolitischen Fragen neue Akzente gesetzt, Anpassungen und Veränderungen vorgenommen.

Wir haben also gemeinsam, wie das im Parlament auch richtig ist, manches Mal auch hart um den Weg gerungen. Dabei ist trotz aller Unterschiede stets eines erkennbar geblieben: Jede und jeder Einzelne von uns will das Beste für Bayern. Dafür möchte ich dem gesamten Haus meinen Dank und meinen Respekt aussprechen.

Ich möchte mich auch dem Dank an die Landtagspresse anschließen. Unsere Demokratie hängt wesentlich von einer objektiven Information der Bürgerinnen und Bürger ab. Wir tun ja auch alles, jeder von uns, um die Landtagspresse mit solchen objektiven Informationen täglich zu versorgen.

(Lachen des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts, der Fraktionen, dem Stenografischen Dienst, dem technischen Personal, allen, die zu einem angemessenen Erscheinungsbild unseres Parlaments beitragen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen, dass Sie in der jetzt beginnenden Sommerpause auch Erholung finden, Kraft tanken können für die Aufgaben und Herausforderungen des kommenden Parlamentsjahres. Ich bin Herrn Kollegen Maget sehr dankbar für die vielerlei kulturellen Gepäckstücke, die Sie uns mit auf den Weg gegeben haben. Bei der musikalischen Zuwendung

(Tobias Thalhammer (FDP): Vorsicht!)

bekenne ich ganz offen, dass ich mir von Ihnen durchaus eine mehr meinem Geschmack entsprechende Kasette gewünscht hätte.

(Beifall bei der SPD)

Aber dass es der hochgeschätzte Kollege war, ist natürlich sehr freundlich von Ihnen.

Ich habe mir natürlich auch überlegt: Welches Buch würde ich Ihnen empfehlen? - Ich habe eines gefunden, dessen Preis ich allerdings nicht kenne, weil es im Grunde unbezahlbar ist. Guido Westerwelle hat ein Buch zum "Projekt 18" geschrieben.

(Heiterkeit)

Dieses Buch würde ich Ihnen und Ihrer Fraktion durchaus als Sommerlektüre empfehlen.

(Anhaltender Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben Nachdenkenswertes über das Thema gesagt, was tun und sagen wir vor der Wahl und was wird nach der Wahl geschehen. Da in der Tat sind wir alle aufgerufen, den Bürgerinnen und Bürgern immer die Wahrheit zu sagen, und vor allen Dingen würde es vielen Bürgerinnen und Bürgern bereits genügen, wenn wir nach der Wahl wirklich so handeln würden, wie wir es ihnen vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Das ist ein Anspruch an uns alle. In diesem Sinne eine gute und erholsame Sommerpause, wenn diese natürlich auch durch zahlreiche Verpflichtungen des aufkommenden Wahlkampfes unterbrochen sein wird. Ich hoffe, dass wir uns gesund und munter nach der Sommerpause wiedersehen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Auch ich wünsche Ihnen eine gute Sommerpause und hoffe, dass wir uns im Oktober gesund wiedersehen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 13.51 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.07.2009 zur Eingabe betreffend "Geplanter Almweg zur Rappinalm über die sog. Walchgrabentrasse" (UG.0059.16)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie			
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud	X		
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			X
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard			X
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	103	45	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.07.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion FW; Verbot aller Zusatzstoffe, die nachgewiesenermaßen krebserzeugend sind, im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen, durch den Verbrennungsvorgang im Zigarettenrauch krebserzeugende Substanzen entstehen lassen oder zur Suchtentwicklung beitragen (Drucksache 16/1835)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp			X
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver			
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			X
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	57	90	8

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.07.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sammelvorladungen von abgelehnten chinesischen Asylbewerberberinnen und -bewerbern sofort einstellen (Drucksache 16/1836)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			X
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			X
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	64	93	2